Abonnementspreis
für Bielefeld und Umgegend, sowie bei sämtlichen Agenturen frei ins Haus gebracht 60 Pfg. monatlich. Durch die Post bezogen 1,80 Mk. vierteljährlich exklusive Bestellgeld.
Einzelnummer 10 Pfg.

Erscheinungstage
mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage täglich nachmittags.

Fernsprech-Anschluß Nr. 353.

Volkswacht

Organ der Sozialdemokratie
für das östliche Westfalen und die lippischen Fürstentümer.

Buchhandlung, Druckerei, Expedition und Redaktion: Schulstraße Nr. 20.

Insertionspreis
für die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg. Bei Wiederholungen entsprechender Rabatt.

Inseraten-Annahme
bis 1/29 Uhr vormittags. Größere Inserate müssen bis 5 Uhr abends tags zuvor aufgegeben sein.

Druck und Verlag der Buchdruckerei und Buchhandlung „Volkswacht" A. Gerisch & Co., Bielefeld.

Nr. 60. Bielefeld, Freitag, 12. März 1909. 20. Jahrg.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten

Der friedfertige Moskowiter.

Von einem ehemaligen Offizier wird der „Volkswacht" in Breslau geschrieben:

Rußland ist also von der Waffenbrüderschaft mit Serbien wieder abgerückt. Ich bin der Meinung, daß diese Waffenbrüderschaft überhaupt nie ernst gemeint war und die frühere Drohung Rußlands, daß es mit Serbien durch dick und dünn gehen werde, nur eine Komödie vorstellte, mit der irgend ein der Oeffentlichkeit freilich unbekannter Zweck erreicht werden sollte. Außerdem wollte man die eigene Machtlosigkeit dem Volke dadurch verschleiern, daß man den europäischen Großmächten anscheinend Trotz bot.

Rußland ist auf Jahre hinaus nicht imstande, einen großen europäischen Krieg zu führen. Es ist schon sehr zweifelhaft, ob Rußland die für einen solchen Krieg nötigen Milliarden auftreiben könnte. Aber gesetzt, es würde ihm die Riesensumme bereitwillig geliehen werden, so sind damit die zwei weiteren Fragen, ob die Verhältnisse in der Armee und im Innern des Landes das Risiko eines großen europäischen Krieges gestatten, nicht erledigt.

Den letzten Krieg, den Rußland führte, hat es bekanntlich total verloren. Nicht einen einzigen nennenswerten Sieg kann es gegen die Japaner verzeichnen. Zu Land und auf dem Wasser erbärmlich geschlagen, verdankte es die sehr günstigen Friedensbedingungen nur dem Umstande, daß Japan pekuniär erschöpft war und ihm eine Weiterführung des Krieges auch nicht viel genützt hätte, weil es das eigentliche Rußland nicht hätte erreichen können.

Ein Krieg mit einer europäischen Großmacht, oder gar mit zweien, würde an die russische Armee aber viel höhere Anforderungen stellen als der Kampf gegen Japan. In diesem Falle müßten Millionen mobilisiert werden, und daher könnte die russische Regierung die aktive Armee nicht mehr in den größeren und großen Städten zum Niederhalten der Revolution zurücklassen. Außerdem müßten **Hunderttausende** von Revolutionären eingezogen, **also in die** mobilisierte Armee eingestellt werden.

Ferner ist zu bedenken, daß der russischen Armee in einem großen europäischen Krieg keine Zeit zum Bauen so großartiger Feldbefestigungen, wie sie von ihr in Liaujang und am Schaho aufgeführt wurden, bliebe. In Ländern, in denen gute Straßen und Eisenbahnnetze zur Verfügung stehen, spielen sich kriegerische Ereignisse selbstverständlich viel schneller ab als in Operationsgebieten, die erst den Anfängen der Kultur erschlossen sind. Die russische Armee braucht aber zur Erhöhung ihrer Gefechtskraft Schanzen usw., weil sie infolge des tiefen Niveaus, auf dem die Bildung der russischen Bauern steht, einen großen Teil ihrer Soldaten auf freiem Felde mit den intelligenteren Deutschen und Oesterreichern nicht konkurrieren lassen kann. Auch während des Krieges mit Japan wurden die Russen sehr schnell geschlagen, wenn sie sich aus ihren Erdwerken herauswagten.

In der Gegenwart, wo der Krieg auch vom sogenannten gemeinen Mann ein gewisses Maß von Intelligenz verlangt, wo es unmöglich ist, eine Armee, die viele Analphabeten aufweist, militärisch genügend zu unterrichten, rächt die Vernachlässigung der Volksbildung sich eben auch im Kriege.

Der russisch-japanische Krieg hat ferner dargetan, daß im russischen Offizierkorps nicht nur die Unfähigkeit, sondern auch die Feigheit nicht selten ist. Selbst Generale haben auf diesem Gebiete „Großes" geleistet, obwohl sie dank ihrer Stellung so wie so im Hintergrunde hätten bleiben können, ohne feig zu erscheinen.

Es ist aber sehr unwahrscheinlich, daß das russische Offizierkorps in der verhältnismäßig kurzen Zeit, die seit dem Kriege mit Japan vergangen ist, sich zu seinen Gunsten wesentlich geändert hat. Wir wollen nicht bestreiten, daß eine solche Umkehr zum Besseren in wenigen Jahren möglich ist. Aber derartige Wandlungen vollziehen sich meist nur dann rasch, wenn der Sieger mitten im Lande steht und die Fremdherrschaft allenthalben bitter empfunden wird. So war es z. B. in Preußen in der Zeit von Ende 1806 bis zum Beginn der sogenannten Befreiungskriege. In Rußland aber haben die tiefen Eindrücke der Niederlage gefehlt, weil der Feind gar nicht in das Land kam, und daher werden die guten Folgen, die ein verlorener Krieg nicht selten hat, für das russische Offizierkorps wahrscheinlich ausgeblieben sein.

Zieht man die inneren Verhältnisse Rußlands in Erwägung, so kann man erst recht nicht daran glauben, daß die leitenden Kreise in Petersburg irgend welche Lust zu einer großen Waffenprobe mit europäischen Mächten fühlen können. Die äußeren Symptome einer Revolution großen Stils sind allerdings erloschen, aber das Feuer glimmt unter der Asche. Wer kann sagen, ob es nicht mächtig aufflammen wird, wenn feindliche Armeen ins Land marschieren werden? Das Haus Romanow wäre nicht das erste Fürstenhaus, das in einer Zeit zum Teufel gejagt wird, in der der regierende Herr von Truppen umgeben ist. Dem Haus Bonaparte wurde zweimal auf diese Weise über alle Regierungssorgen hinweggeholfen. Napoleon II. war sogar herzlich froh, als er den Soldaten, die er ein halbes Jahr vorher wahrscheinlich sehr gut gegen Volksaufstände hätte verwenden können, den Rücken gekehrt hatte und wenigstens mit heiler Haut bei seinen Besiegern angelangt war.

Weiter ist zu bedenken, daß ein österreichischer Vorstoß gegen Rußland auch die russische Provinz Polen treffen würde, also just den Teil Rußlands, dessen Bevölkerung unter der Petersburger Knute furchtbar zu leiden hat. Darüber kann kein Zweifel existieren, daß die russischen Polen auf jeden Fall nicht ungern österreichisch würden. Für das Deutsche Reich, oder genau gesagt, für Preußen, empfinden sie aus bekannten Gründen wahrscheinlich weniger Sympathien. Die Polen, die man in einem Kriege gegen Rußland sehr gut brauchen könnte, gegen das Deutsche Reich durch Enteignungsgesetze, Sprachenverbote usw. aufzuhetzen, stellt auch ein Meisterstück der preußischen Staatskunst dar.

Würde endlich Frankreich seinem Bundesgenossen beispringen? Die Zumutung, daß es wegen Serbien das furchtbare Risiko eines großen Krieges auf sich nehmen soll, wäre ein sehr starker Tabak. Ein Bündnis kann nicht die Verpflichtung auferlegen, daß ein Teil dem anderen bei mutwillig heraufbeschworenen Abenteuern Hilfe leistet. Auf dem Papier eingegangene Verpflichtungen können niemals so weit gehen, daß ein Land die Narreteien und Gewissenlosigkeiten eines anderen skrupellos mitmachen muß. Auch hier ist das oberste Gesetz die salus publica, die Rücksicht auf das Wohl des Volkes.

Rußland tat also gut daran, zur rechten Zeit von Serbien etwas abzurücken. Daß es so verfahren würde, war angesichts der finanziellen, militärischen und innerpolitischen Situation Rußlands vorauszusehen. R. K.

Politische Uebersicht.

Deutsches Reich.

Süddeutschland und die Nachlaßsteuer. München, 11. März. Gegenüber den zahlreichen Darlegungen, die in der letzten Zeit über die Stellung zur Reichsfinanzreform verbreitet worden sind, kann auf Grund zuverlässiger Informationen folgendes mitgeteilt werden: Die bayrische Regierung und mit ihr in erster Linie die anderen süddeutschen Bundesstaaten vertreten nach wie vor die Forderung einer Nachlaßsteuer, weil diese sich am besten mit dem Budgetrecht der Einzelstaaten vereinigen lasse. Ob diese Steuer nun nach der Regierungsvorlage oder in Form eines Ausbaues der Erbschaftssteuer mit Berücksichtigung der Deszendenten und Ehegatten Gesetzeskraft erhalten soll, ist dabei von sekundärer Bedeutung. Der Kompromißantrag Gamp hingegen wird namentlich von den süddeutschen Bundesstaaten entschieden abgelehnt. Im Anschluß an diese Mitteilung ist festzustellen, daß im bayrischen Zentrum neuerdings in der Auffassung der Nachlaßsteuer Differenzen hervortreten. Während Dr. Pichler die Nachlaßsteuer perhorresziert, erklärt sich Dr. Heim, der Führer der demokratischen Gruppe im Zentrum, bedingungsweise dafür. Es ist darum nicht unmöglich, daß wenigstens ein Teil des bayerischen Zentrums zuletzt für die Nachlaßsteuer stimmen wird.

„Germanisierungs"-Politik der Ansiedlungskommission. Die Denkschrift der Ansiedlungskommission für das Jahr 1908 hat soeben die Genehmigung des Kaisers zur Vorlage an den preußischen Landtag erhalten und wird demnächst zur Ausgabe gelangen. In der Denkschrift kommen zum Teil bereits die Wirkungen des Gesetzes vom 20. März 1908 über die Maßnahmen zur Stärkung des Deutschtums in den Ostmarken Polenenteignungsgesetz) zum Ausdruck ..... Das gesamte Landangebot ist erheblich zurückgegangen. Erworben wurden 14 Rittergüter — darunter 3 Staatsdomänen — 4 sonstige Güter und 32 Bauernwirtschaften mit einer Gesamtfläche von 14 093 Hektar zum Kaufpreise von 16 644 475 Mk. Dagegen betrug der Erwerb im Jahre 1907 3380 Hektar im Werte von 14 161 000 Mk. Von den gekauften Besitzungen befanden sich nur 1752 Hektar in polnischer Hand. Der gesamte Landerwerb der Ansiedlungskommission beläuft sich bisher auf 349 476 Hektar zum Kaufpreise von 323 Millionen Mark. Hiervon stammt aus deutscher Hand Landbesitz im Werte von 237 Millionen Mark und aus polnischer Hand von 86 Millionen Mark. — Der aus deutscher Hand erworbene Besitz ist demnach fast dreimal so groß als der erworbene polnische Besitz. Die „Germanisation" äußert sich in der Höhe der den deutschen Agrariern gezahlten Kaufpreise für ihre Güter.

Eulenburg-Prozeß. Die Erkrankung des Generalstaatsanwalts Dr. Isenbiel gibt wohl die äußere Veranlassung, eine anscheinend offiziöse Notiz über den Eulenburg-, sowie über den Harden-Moltke-Prozeß in die Presse zu lancieren. Danach hängt die Wiederaufnahme des Prozesses von dem Gutachten ab, das Geheimer Obermedizinalrat Dr. Schmidtmann und Medizinalrat Dr. Straßmann nach erneuter Untersuchung in den nächsten Tagen abgeben sollen. Sollte die Verhandlungsfähigkeit des Fürsten festgestellt werden, dann ist auf eine bestimmte Ansetzung des Termins schon in den nächsten Wochen mit Bestimmtheit zu rechnen. Wenn der Fürst noch nicht verhandlungsfähig ist, dann kann trotzdem der Harden-Prozeß stattfinden, ohne daß vorher der Eulenburg-Prozeß beendet ist. Fürst Eulenburg kann trotzdem vernommen werden, da sowohl Verurteilte, als auch Angeklagte als Zeugen vernommen werden dürfen. Die zweite Schwierigkeit würde eine längere Erkrankung des Generalstaatsanwalts bringen. — In jedem Falle steht zu hoffen, daß die beiden Prozesse in wenigen Monaten zu Ende geführt sein werden.

Aufruhrprozeß Düvell. Dresden, 11. März. In dem Aufruhrprozeß gegen den Redakteur Düvell und den Instrumentenmacher Stenzel, der am Sonnabend vor dem hiesigen Landgericht zur Verhandlung anfteht, sind 26 Zeugen geladen, 10 von der Verteidigung und 16 von der Anklagebehörde. Die meisten der letzteren sind Polizeibeamte.

Die Verteidigung des Genossen Düvell hat Rechtsanwalt Giese-Dresden übernommen, während die Verteidigung Stenzels dem Rechtsanwalt Rudolph-Dresden übertragen ist.

Lästige Ausländer? Mittweida, 11. März. Hier sind gestern acht russische Studierende des Technikums verhaftet worden. Zwei von den Verhafteten wurden später von der Polizei wieder freigegeben, die übrigen aber in Untersuchungshaft genommen. Angeblich soll ihre Ueberführung nach Dresden bevorstehen. Unter der Technikerschaft, besonders unter den russischen Studenten, herrscht starke Aufregung. Ueber die Gründe der Verhaftungen verlauten nur unkontrollierbare Gerüchte.

Steuerscheu bei dem Besitz. Die amtliche „Berliner Korrespondenz" nimmt Stellung gegen die Ausführungen des Professor Delbrück in den „Preußischen Jahrbüchern", in bezug auf die durch Steuerhinterziehungen erklärte Abneigung der Konservativen gegen die Nachlaßsteuer. Die ministerielle Auslassung findet in den Aeußerungen Delbrücks vor allem einen Vorwurf gegen die preußischen Steuerveranlagungsbehörden und betont, daß diese Behörden — städtische sowohl wie ländliche — es sich angelegen sein lassen, ihre Amtspflichten zu erfüllen. Dabei muß selbst diese amtliche Korrespondenz zugeben, daß in den letzten 10 Jahren (von 1899 bis 1908) von den abgegebenen Steuererklärungen nicht weniger als rund 1 400 000 seitens der Veranlagungsbehörden berichtigt worden sind. Das infolge der Berichtigungen mehrveranlagte Einkommen hat zusammen nahezu 2½ Milliarden, die veranlagte Mehrsteuer nahezu 83 Millionen Mark betragen.

Um diese Summen ist also doch der Staat jahrelang von den Besitzenden betrogen worden. — Die agrarische „Deutsche Tageszeitung" gibt übrigens diese preußisch-ministeriellen Auslassungen in Fettdruck ohne Kommentar wieder, während das „Berliner Tageblatt" meint, es sähe jetzt beinahe so aus, als wolle das preußische Staatsministerium zur Abwechslung wieder einmal die Reichsregierung konterkarieren und den Gegnern der Nachlaßsteuer neue Waffen liefern.

Aus dem Reichstag.

In der Finanzkommission wurde Donnerstag die **Brausteuervorlage** beraten. Dazu liegt folgender Antrag Gamp vor:

Den 1. Absatz des § 6 wie folgt zu fassen:

Die Steuer beträgt für jeden Doppelzentner des nach § 5 Abs. 3 berechneten Gesamtgewichts der in einem Brauereibetriebe innerhalb eines Rechnungsjahres steuerpflichtig gewordenen Braustoffe:

Von den ersten	250	Doppelzentnern	10,— Mk.
„ „ folgenden	750	„	12,— „
„ „ „	500	„	16,— „
„ dem Rest			20,— „

In der Regierungsvorlage lauten die Stufen folgendermaßen:

Von den ersten	250	Doppelzentnern	14,— Mk.
„ „ folgenden	1250	„	15,— „
„ „ „	1500	„	16,— „
„ „ „	2000	„	18,— „
„ dem Rest			20,— „

Der Abg. Zehnter als Berichterstatter gibt den wesentlichen Inhalt der Petition bekannt. Die Produktionskosten seien gesteigerte. Der Antialkoholismus habe zugenommen, ebenso der Obstweinverkauf, so daß das Brauereigewerbe dadurch bedrängt sei. Einzelne Brauer wünschen eine Kontingentierung; andere wünschen eine Besteuerung der alkoholfreien Getränke. Dann sind Mäßigkeitsvereine für die höhere Steuer eingetreten und wieder andere wollen, daß minderwertiges Bier geringer besteuert werden solle.

Der Abg. Gamp (kons.) tritt für seinen Antrag ein. Seine Partei sei dafür, daß das Bier höher besteuert werde. Er sei auch für die Besteuerung der alkoholfreien Getränke. Gegen eine Kontingentierung habe er große Bedenken.

Schatzsekretär Sydow meint, es sei schwer, die alkoholfreien Getränke zu besteuern. Gamp möge doch einmal darlegen, wie er sich die Besteuerung nach einer Staffel denkt.

Der Abg. Speck wendet sich gegen die verlangte Besteuerung und gegen die Kontingentierung. Es ginge nicht, in die Produktionsverhältnisse einzugreifen und die Konkurrenzmöglichkeit zu beschränken. Mehrere seiner Freunde seien bereit, höhere Beträge aus dem Bier zu bewilligen.

Ministerialdirektor Kühn sagte, in der Vorlage soll nur ein Weg bezeichnet werden, während bei der Spezialdiskussion über Einzelheiten geredet werden könne.

Der Abg. Weber erklärte, daß die Nationalliberalen bereit seien, aus dem Brauereigewerbe neue Mittel für die Reichsfinanzen schaffen zu helfen.

Der Abg. Zubeil erklärt: Die Steuer von 1906 sei von den Brauern auf die Gastwirte abgewälzt worden. Die Gastwirte haben dann die Steuer auf die Arbeiter abzuwälzen gesucht. Die Arbeiterschaft, auf die die neue Steuer wieder abgewälzt werden soll, ist nicht gewillt, diese Last zu tragen. In die schwierigste Lage kommen die Gastwirte, die schon unter den verschiedensten Besteuerungsarten des Bieres, auch kommunalen, leiden. Die Verhältnisse liegen für das Gastwirtsgewerbe Süddeutschlands anders, als für Norddeutschland. Seit 1906 ist ein großer Rückgang der Brauproduktion eingetreten. Gegen eine Besteuerung der alkoholfreien Getränke muß Front gemacht werden, da dadurch wieder die Arbeiter zuerst und am schwersten getroffen werden.

Abg. v. Richthofen tritt für die Vorlage ein.

Schatzsekretär Sydow erklärt gegenüber einigen Aeußerungen des Abg. Weber, es bestehe seitens der verbündeten Regierungen die Geneigtheit, eine andere Aichung der Schankgefäße herbeizuführen. Die verbündeten Regierungen würden demnächst mit einer Vorlage vor den Reichstag treten, die die Schankgefäße statt nach Zehnteln nach Zwanzigsteln geaicht wissen will.

Der Abg. Wiemer erklärt, seine Freunde seien nur unter Vorbehalt mit Rücksicht auf ihre Stellung in der zweiten Lesung dem Kompromiß beigetreten. Man werde um eine Besteuerung des Bieres nicht herumkommen; das Brauereigewerbe habe sich mit dieser Tatsache vertraut gemacht. Die Summe des Mehrertrages, 100 Millionen Mark, sei sehr hoch; vielleicht ließe sie sich etwas herabsetzen. — Die Frage der Besteuerung der alkoholfreien Getränke müsse sehr eingehend geprüft werden.

Der bayerische Zentrumsabgeordnete Steindl wendet sich scharf gegen die Vorlage; Abg. Noab (Ant.) tritt dagegen für die Vorlage ein. Nur wünscht er, daß durch das Gesetz die kommunale Besteuerung des Bieres ausgeschlossen werde.

* * *

Die Budgetkommission hat am Mittwoch vormittag beschlossen, bis abends zu tagen und nur eine kleine Frühstückspause zu machen.

Die Beratung setzte sofort mit Lebhaftigkeit ein bei dem sehr kostspieligen Kapitel: Bekleidung und Ausrüstung der Truppen. Gefordert werden für persönliche und sachliche Kosten 34 469 669 Mark. Während von Zentrumsseite der Wert der Bekleidungsämter bezweifelt und deren allmähliche Abschaffung empfohlen wird, tritt der General v. Lochow entschieden für die Bekleidungsämter ein. Sie hätten sich glänzend bewährt und produzierten wesentlich billiger als wie Zivilunternehmer. Herr v. Lochow machte folgende interessante Gegenüberstellung über die Kosten der vollständigen Bekleidung eines Soldaten einschließlich 1 Paar Schuhe:

	Infanterist	Husar	Feld-Artillerist
durch die Bekleid.-Aemter	75,61	81,65	79,17 M
durch Zivilunternehmer .	92,82	98,84	94,16 „

Abgeordneter Noske sprach sich für die Beibehaltung der Bekleidungsämter aus. Diese arbeiteten rationeller, als die privaten kleinen Betriebe. Aber auch aus anderen Gründen sei ihre Beibehaltung erwünscht. Die Abgabe der Arbeit an Kleinmeister bedeute eine Förderung des Elends in der Heimindustrie.

Abgeordneter Liebert bestätigt diese Angaben ausdrücklich.

Heftig debattiert wurde bei dem Titel: Beschaffung des Bedarfs an Tuch-, Leinen- und Baumwollstoffen; gefordert werden dafür 11 800 000 Mark. Da die Preise für die erwähnten Stoffe wesentlich gesunken sind, werden Abstriche gefordert und nach stundenlanger Debatte auch in der Höhe von 220 000 Mark gemacht. Obwohl früher die Zusage vom Kriegsministerium gemacht worden ist, daß Ausrüstungen neuer Truppenteile mit glänzenden Bekleidungsstücken (Knöpfen, Helmbeschlägen) nicht mehr stattfinden soll, ist ein neu gegründetes Jägerregiment trotzdem nach der alten Schablone bekleidet worden. Auf die

Rüge dieses Verhaltens antwortete der Kriegsminister ziemlich gereizt; er verteidigte auch lebhaft die Schmuckstücke der Truppen für Paradezwecke, die Federbuschen und Schützenschnüre. Dergleichen mache den Soldaten an den Paradetagen eine gar zu große Freude.

Die Besprechung dieses Titels endete mit der Annahme einer Resolution, in der der Wunsch ausgesprochen wird, daß die Arbeits- und Lieferungsvergebungen durch die Reichsmilitärverwaltung künftig nicht mehr nach dem bisher angewendeten Mittelpreisverfahren stattfinden möchte.

Nachdem dann bei den verschiedensten Titeln noch einige zehntausend Mark, in einem Falle 100 000 Mark gestrichen worden sind, vertagt sich die Kommission für eine Stunde.

Nach kurzer Mittagspause setzte die Budgetkommission ihre Beratungen fort bei dem Titel: Beschaffung und Unterhaltung der Geräte. Es wurden 933 455 Mark gefordert und nach längerer Debatte bewilligt. Zur Unterhaltung, Verbesserung und Erpachtung von Uebungs- und Schießplätzen werden 2 201 227 Mark gefordert. Lebhaft angefochten wird ein Dispositiv zu diesem Etatstitel, in dem es heißt, daß die Erträge aus der Bewirtschaftung und Verpachtung der Uebungsplätze den Fonds zufließen. Danach hätte die Militärverwaltung Einnahmen, die vom Reichstage nicht ausdrücklich bewilligt werden.

Verlangt wird vom Abgeordneten Singer, daß der Etat klarer und durchsichtiger aufgestellt wird. — Der Titel wird bewilligt mit der Maßgabe, daß er im kommenden Jahre in dem von dem Abgeordneten Singer angeregten Sinne gestaltet wird. An Manöverkosten werden 2 239 580 Mark verlangt. Die Summe ist bestimmt für die Beschaffung von Holz, Lagerstroh und zur Entschädigung von Flurschäden usw. Die Frage, ob mit Rücksicht auf die schlechten Finanzen von großen Manövern in diesem Jahre nicht abgesehen werden könne, wird vom Kriegsminister bestimmt verneint.

Nach längerer Auseinandersetzung über die Frage, ob der Fonds nicht als übertragbar bezeichnet werden soll, wird die Summe bewilligt. Bis zum nächsten Jahre soll das Reichsschatzamt sich mit dem Kriegsministerium über die Frage der Uebertragbarkeit verständigen.

In rascher Folge werden dann zu zahlreichen Positionen einige Dutzend Millionen Mark bewilligt, einige zehntausend Mark gestrichen.

Zu erregteren Auseinandersetzungen kam es noch einmal in der letzten halben Stunde bei dem Titel: Ankauf von Remontepferden, wofür 10 336 Mark verlangt werden. In den Bereich der Debatte wurden nicht nur die Pferdepreise, sondern auch die Preise für Futtermittel einbezogen. Der Einfluß des Zolltarifs von 1902 wurde dabei verschiedentlich betont.

Um 5 Uhr nachmittags vertagt sich die Kommission bis zum Donnerstag vormittag 10 Uhr.

* * *

8 Uhr-Ladenschluß. In der Reichstagkommission wurde heute ein von der Regierung als unannehmbar bezeichneter Antrag auf gesetzliche Einführung des 8 Uhr-Ladenschlusses im Handelsgewerbe angenommen.

Die Steuerscheu der Agrarier.

Dieses von Professor Delbrück jüngst vor der Oeffentlichkeit angeschnittene Kapitel ist vor einiger Zeit auch in der Budgetkommission des preußischen Abgeordnetenhauses erörtert worden. Dabei war man ungefähr gleicher Meinung wie Professor Delbrück. Es wurde widerspruchslos festgestellt, daß sich die Agrarier sehr geschickt vom Steuerzahlen drücken. In dem Bericht der verstärkten Budgetkommission über die Steuergesetze heißt es als Aeußerung eines Kommissionsmitgliedes:

„Die Einschätzung in den ländlichen Bezirken sei zu niedrig. Es fielen von den 45 Millionen Mark Ergänzungssteuern nur 7½ Millionen Mark auf ländlichen Besitz. Er glaube, daß auch bei größeren ländlichen Bezirken die Einschätzung nicht so erfolge, wie sie erfolgen solle. Dadurch werde die Ansicht derjenigen bestätigt, die der Veranlagungskommission einen andren Vorsitzenden geben wollen als den Landrat. Wenn man unter dem Gesichtspunkt der beabsichtigten Dezentralisation die Funktionen der Landräte erweitere, würde ihnen eine Abnahme dieser Tätigkeit erwünscht sein."

Die Regierungsvertreter scheinen auf die Angelegenheit in der Kommission nicht weiter eingegangen zu sein. Wenigstens finden sich keine Aeußerungen in dieser Beziehung. Dagegen hat ein andres Kommissionsmitglied jene Angaben indirekt bestätigt, indem es geltend machte: „Das Einkommen aus kleinem ländlichen Besitz erheische eine mildere Behandlung als manche andre Steuerquelle."

Die kleinen werden es weniger sein, die sich vom Steuerzahlen drücken, denn bei ihnen macht es nicht viel aus. Aber die Großen, da „schlägt es zu Buch", und die verstehen sich auch am besten auf die Sache.

Steuerideale der Hausagrarier.

Die preußischen Hausagrarier haben am Sonntag in Berlin getagt und sich u. a. mit der Steuerreform im Reich und in Preußen befaßt. Es wurde dabei folgende Resolution angenommen:

„1. Der Preußische Landesverband der Haus- und Grundbesitzervereine ist davon überzeugt, daß sowohl in Preußen als auch im Reich erhebliche Beträge durch neue Steuern aufgebracht werden müssen. Die Reform der Reichsfinanzen ist sogar eine Angelegenheit, welche im Interesse des Ansehens und der Würde des Deutschen Reiches dringend einer sofortigen Regelung bedarf.

2. Es ist unbillig, bei Aenderung des Miets- und Pachtstempels einen Unterschied zwischen ländlichem und städtischem Grundbesitz zu machen.

3. Die neuen Reichssteuern müssen dem Grundgedanken der Reichsverfassung entsprechend durch indirekte Steuern aufgebracht werden. Der Besitz wird schon in genügender Weise durch die in den Bundesstaaten und den Kommunen erhobenen Steuern getroffen. Der Preußische Landesverband wird jedoch gleichwohl einer Besteuerung des Besitzes nicht widerstreben. Er verlangt jedoch, daß bezüglich der Veranlagung und Erhebung der Steuer eine angemessene Rücksicht auf den in schwieriger wirtschaftlicher Lage befindlichen städtischen Hausbesitz genommen wird. Falls die von der Regierung vorgeschlagene Nachlaßsteuer angenommen werden sollte, so wird gebeten, dem städtischen Hausbesitz dieselben Vergünstigungen zuteil werden zu lassen, die für den ländlichen Grundbesitz vorgesehen sind.

4. Der Besteuerung von Gas und Elektrizität muß widersprochen werden, und zwar nicht allein deswegen, weil hierdurch der städtische Hausbesitz belastet wird, sondern auch, weil die Einnahmen aus den städtischen Gas- und Elektrizitätswerken in einer für die Kommunen nachteiligen Weise dadurch beeinflußt werden."

Außerdem erklärten sich die Herren für eine Verschärfung der Warenhaussteuer, damit das konkurrierende Kleinhändlertum ihnen recht hohe Mieten für die Läden zahlen kann.

Ersparnisse im Heerwesen.

Der „Straßburger Post" wird von einem älteren Offizier geschrieben:

„Und dann der Luxus, den wir uns mit der reitenden Artillerie leisten. Vierzig Batterien haben wir, brauchen aber für die Kavalleriedivisionen, wenn im nächsten Kriege wieder die gleiche Anzahl wie früher formiert wird, zwölf oder nach Einführung der Batterien zu vier Geschützen achtzehn. Wir haben also 22 reitende Batterien, die im Kriege keine andere Verwendung finden, wie die fahrenden. Da muß man doch fragen: Warum macht man sie denn nicht zu fahrenden? Zumal wie jeder Artillerist weiß, der in seine Waffe einen vorurteilsfreien Blick getan hat, daß die Schießleistungen der reitenden Artillerie unter der Menge der Pferde und der schweren Bekleidung der Kanoniere leiden und daher denen der fahrenden im allgemeinen nicht gleichkommen. Die Umwandlung würde jährlich etwa eine halbe Million Ersparnis bringen, denn es sind etwa 900 Pferde, die damit fortfallen. Frankreich hat auch schon damit begonnen. Früher als die Wege schlecht, das Artilleriematerial schwer und schwerfällig war, war die größere Beweglichkeit der reitenden Batterien auch im Verband der Infanterie von Wert. Damit ist es aber jetzt vorbei. Die fahrenden Batterien entsprechen den Anforderungen an Beweglichkeit in vollem Maße und es sind infolgedessen auch im Reglement dieselben Gangarten für sie vorgeschrieben. Schon bei den Neuformationen im Herbst 1806 widersetzte sich der damalige Generalinspekteur der Artillerie v. Hindersin einer Vermehrung der reitenden Batterien; doch vergeblich. Ob die Umwandlung jetzt durchgesetzt werden könnte? Schwerlich! Würde sie doch von mancher Seite als eine Art von Degradation angesehen werden."

Daß bei unserem Heerwesen allerhand Etikette- und Repräsentationsrücksichten eine größere Rolle spielen, als der militärische Wert einer Waffengattung, ist ja allerdings nur zu bekannt!

Wer zerstört den Mittelstand?

Wenn wir den Agitationsreden aus dem Kreise der sogen. staatserhaltenden Parteien glauben dürfen, dann hat der Mittelstand keinen gefährlicheren und schlimmeren Feind als die Sozialdemokratie. Großindustrielle und Großagrarier im Bunde lehren die bedrängten Krämer und Handwerker, daß es die Sozialdemokratie auf ihren Ruin abgesehen habe und daß sich ihre Rettung um so sicherer vollziehen würde, je energischer sie sich der Bekämpfung der Sozialdemokratie widmen.

Wo in Wirklichkeit die Feinde des Mittelstandes sitzen, das zeigt ein Artikel der „Deutschen Volkspost", amtliches Organ der deutschen Mittelstandsvereinigung. Darin wird hingewiesen auf die Zustände im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, wo der Mittelstand zunächst in kommunalpolitischer Hinsicht vom Großunternehmertum unterdrückt und in steuerlicher Hinsicht benachteiligt werde. Dann heißt es:

„Der Bergbau und die Großindustrie arbeiten aber auch nach anderer Richtung gegen den Mittelstand. Und zwar ist es die Firma Krupp, die hier das Banner trägt, dem immer mehr Großindustrielle folgen. Der Fremde, der nach Essen kommt, wird erstaunt sein, daß die Viertelmillionenstadt so wenige Geschäftsleute, so wenige Handwerker, insbesondere Bäcker und Metzger, hat. Nun, das ist einfach. Die Firma Krupp errichtet an allen Ecken und Enden ihre Konsumanstalten, durch welche sie das in einer Riesenbäckerei hergestellte Brot und das in kolossalen Massen geschlachtete Vieh, Kolonialwaren, Manufakturwaren usw. absetzen läßt ..... Krupp hat Nachahmer gefunden, große und kleine. Der Konsumanstaltsgedanke zieht von Werk zu Werk, von Zeche zu Zeche ...."

Man könnte dem noch hinzufügen, daß die großen Werksbesitzer im Industriegebiet viele Hunderte von mittleren und kleinen Bauern ausgekauft haben, daß da, wo sich einst eine landarbeitende Bevölkerung nährte, heute die Oefen glühen und die Schlote rauchen im Dienste einiger weniger Industrieherren, die so gründlich unter dem Mittelstand aufräumen, daß der Sozialdemokratie nicht mehr viel zu tun übrig bleibt.

Das mittelständische Organ hadert besonders wider die Firma Krupp, „die mehr als jede andere Rücksicht auf das deutsche Volk und seinen Hauptpfeiler, den Mittelstand, zu nehmen hätte, deren Größe aus der Steuerkraft des Mittelstandes gewachsen ist, der heute noch jährlich Millionen durch in Deutschland aufgebrachte Steuergelder zufließen. Aber was geht uns das deutsche Volk und der deutsche Mittelstand an!"

Edle Serben.

Belgrad, 11. März. Die Spionageaffäre des Majors Jankowitsch, der beschuldigt wird, mit dem österreichischen Agenten Müller in Verbindung gestanden und diesem alles Material über die serbischen Kriegsrüstungen ausgeliefert zu haben, nahm eine sensationelle Wendung, denn man entdeckte bei einer Haussuchung Wechsel und Briefe, aus denen hervorgeht, daß dem Major Jankowitsch das Material von mehreren der Verschwörerpartei angehörenden Offizieren geliefert wurde. Darum wurde die Untersuchung plötzlich niedergeschlagen und der Major in Freiheit gesetzt.

Frankreich.

ac. **Die Nachwahlen.** Ueber das Resultat der Nachwahlen am Sonntag hat der Telegraph schon berichtet. Am bedeutendsten war der Kampf im Departement Var, wo der Genosse Renaudel gegen den Clemencisten Pettin kämpfte. Der letztere hat gesiegt, obwohl er im ersten Wahlgange nur 2575 Stimmen erhalten hatte, während Renaudel 4039 Stimmen auf sich vereinigte. In der Stichwahl unterlag Renaudel mit 5826 gegen 8237 Stimmen. Zu dieser hohen Stimmenzahl konnte Pettin nur kommen durch die Unterstützung der Reaktionäre. Der ministerielle Radikalismus, so sagt Jaurès in der „Humanité", hat sich nur retten können, indem er den Mann der französischen Patriotenliga als Führer adoptierte und mit den Reaktionären einen Pakt schloß. Der Sozialismus ist die einzig wahre und zuverlässige republikanische Macht geworden. Die Wahlkomitees der Radikalen und Radikal-Sozialisten hatten sich bei der Stichwahl offen für Pettin erklärt. Wenn man von der bedauerlichen Niederlage Renaulds absieht, hat die sozialistische Partei alle Ursache mit dem Ausgang der Wahlen zufrieden zu sein, namentlich wenn man das Wachstum der Stimmen, welche die Kandidaten der Partei in sich vereinigten, in Betracht zieht. In den 9 Wahlkreisen, in denen die Partei schon vor 2 Jahren Kandidaten aufgestellt hatte, und die deswegen bei einem Vergleich herangezogen werden können, wurden im Jahre 1906 für diese 15 771 Stimmen abgegeben, während dem sie diesmal in denselben Kreisen 24 781 Stimmen auf sich vereinigten. Es ist das eine Zunahme von 9010 oder von 75 Prozent.

ac. **Das Einkommensteuergesetz** ist gestern mit 407 gegen 166 Stimmen angenommen worden. Die Genossen Vaillant und Constans setzten in längeren Erklärungen die Gründe auseinander, die sie und ihre Freunde veranlassen, für das Gesetz zu stimmen. Es ist kein „sozialistisches" Gesetz, sagte Vaillant. Wir haben niemals die Naivität besessen, ein solches durchzubringen in einer Körperschaft, die nicht eine sozialistische ist. Wir anerkennen aber den demokratischen Charakter und den sozialen Wert des Gesetzes.

In der Tat schafft das Gesetz einige der schlimmsten Ungerechtigkeiten aus der Welt. So räumt es auf mit der skandalösen Türen- und Fenstersteuer, die noch immer, von Napoleons Zeiten her, Landarbeiter und Bauern schwer bedrückte und geradezu zu einem Kulturhemmnis geworden war. Der Finanzminister Caillaux beziffert die Entlastung des flachen Landes auf 60 Millionen Frank, die des Handels auf 50 Millionen, die nunmehr durch die allgemeine Einkommensteuer aufgebracht werden. Andererseits läßt das Gesetz die indirekten Steuern und Zölle gänzlich unberührt, und diese belasten vor allem die arbeitenden Klassen. Unsere Genossen unterließen es auch nicht, darauf hinzuweisen, daß auch in Zukunft die Steuerlast das Proletariat noch am meisten bedrücken werde. Die Rede des Finanzministers wird auf Beschluß der Kammer im Lande angeschlagen werden.

Belgien.

ac. **Speisung der Kinder in Schulkantinen.** In Belgien betreiben unsere Genossen seit vielen Jahren eine lebhafte Propaganda für die Einführung von Schulkantinen, in denen die Kinder warmes Mittagessen und, sofern sie solche benötigen, auch Kleidung erhalten sollen. Dieser Propaganda haben sich auch die Liberalen und Klerikalen nicht entziehen können; beide Parteien haben ihre Vorschläge gemacht und auch die Regierung hat dazu Stellung genommen. Der nächste Parteitag der sozialistischen Arbeiterpartei wird sich ebenfalls mit der Sache beschäftigen, und so scheint es angebracht, hier kurz die Frage zu behandeln.

Die Liberalen wollen die Einrichtung nur für die „öffentlichen" Schulen eingeführt wissen. Das sind die kommunalen und staatlichen Anstalten, die, soweit sie dem Einfluß der Liberalen und Sozialisten unterstehen, im allgemeinen als recht gute Bildungsstätten bezeichnet werden können. Zum Religionsunterricht kann in Belgien niemand gezwungen werden; solcher wird nur auf Verlangen der Eltern erteilt. Ueberall dort freilich, wo der Klerikalismus herrscht, namentlich auf dem Lande, „fordern" auch die Eltern diesen Unterricht. Neben den offiziellen Schulen bestehen die privaten, zum größten Teil klerikale Anstalten. Nicht so in den größeren Städten. Dort besucht die Mehrzahl der Kinder die öffentlichen konfessionslosen Schulen. Die Liberalen argumentieren nun so: Die Zuwendung von Nahrungsmitteln und Kleidern an Schulkinder wäre als eine Ergänzung des öffentlichen Unterrichts anzusehen und diejenigen, welche die Konfessionsschule nicht unterstützen wollen, dürfe man auch nicht zwingen, dies indirekt zu tun, durch Aufbringung von Mitteln für die obigen Zwecke. Bei den privaten Schulen könne nur die Privatwohltätigkeit eingreifen.

Die Klerikalen wiederum verlangen nach den Vorschlägen von Woeste-de Trooz, daß die Verteilung nur durch die Wohltätigkeitsanstalten geschehen soll. „Provinzen und Kommunen haben in die Verteilung von Speisen, Kleidern usw. nur durch die Vermittlung der Wohltätigkeitsbureaus einzugreifen." Diese Institutionen befinden sich fast ausschließlich in den Händen der Kirche und ihrer Leute, die dadurch eine große Macht über die Kinder und deren Eltern erhalten würden.

Ganz anders unsere Genossen. Ihnen geht das Recht der Existenz des Kindes vor allem. Sie fordern neben dem obligatorischen Unterricht und der Lieferung der Lehrmittel auch die Speisung und Bekleidung für alle Kinder ohne Unterschied; die Bedürftigkeit des Kindes soll die einzige Voraussetzung für die Zuwendung sein. Die Vertreter der sozialistischen Partei im Parlament und in Kommune haben dahin zu wirken, daß unter Mithilfe von Provinz, Kommune und Staat Schulkantinen für alle Kinder im schulpflichtigen Alter, gleichgiltig welche Schule sie besuchen, errichtet werden.

Eine in diesem Sinne gehaltene Resolution liegt dem zu Ostern tagenden Parteitag zur Entscheidung vor. In Gent, St. Gilles und einigen anderen Orten, wo unsere Genossen genügend Einfluß besitzen, bestehen bereits solche Einrichtungen. Durchaus richtig ist der Grundsatz, daß das Kind nicht das Zankobjekt politischer und religiöser Parteien sein darf.

England.

ac. **Minister gegen kontraktbrüchige und betrügerische Unternehmer.** Wir haben kürzlich über die Fair-Wages-Klausel berichtet, wonach der englischen Regierung bekanntlich die Pflicht auferlegt ist (viele Provinzial- und Kommunalverwaltungen sind diesem Beispiel gefolgt), bei Vergebung von Arbeiten die betreffenden Unternehmer zur Zahlung angemessener Löhne zu verpflichten. Dieser Tage hatte die Regierung Gelegenheit, zu zeigen, ob sie es mit der Befolgung der Klausel ernst meint. Im Unterhaus erklärte auf eine Anfrage der Minister für öffentliche Arbeiten, Mr. Harcourt, folgendes: Schon seit einiger Zeit hatte ich Verdacht, daß die Firma Clarkson, welche seit einer Reihe von Jahren in den Königlichen Parks die Fuhren zu leisten haben, ihren Arbeitern die Löhne nicht zahlt, zu denen sie laut Vertrag mit uns verpflichtet ist. Es war aber schwer, etwas sicheres zu erfahren, da die Arbeiter sich scheuten, gegen ihren Arbeitgeber auszusagen. Einige waren durch Gratifikationen bestochen. Nachdem ich aber volle Sicherheit hatte, ließ ich Herrn Clarkson kommen, erklärte den Vertrag, den er gebrochen, für aufgelöst, und teilte ihm mit, daß seine Wagen vom nächsten Morgen ab nicht mehr zugelassen würden. Die ihm noch geschuldete Summe habe ich als Buße zurückbehalten und hoffe, dies Geld mit Erlaubnis des Finanzministers unter die von der genannten Firma betrogenen Arbeiter verteilen zu können.

Was würde wohl in Preußen-Deutschland mit einem Minister geschehen, der ähnlich gegen einen Unternehmer vorginge? Nun, bei uns erlaubt sich schon ein Minister so etwas nicht. Wie sagte Herr von Böttticher zu den Unternehmern? „Wir arbeiten ja nur für Sie!"

Aus der Stadt und Nachbarschaft.

* Bielefeld, 12. März.

— **Maurer-Verband.** Eine umfangreiche Hausagitation, verbunden mit Verbreitung einer Flugschrift, veranstaltet in den nächsten Tagen obiger Verband. Sämtliche Funktionäre werden deshalb zu einer Besprechung auf Montag, 15. d. M., abends 8½ Uhr, in das Lokal von Aug. Indiestel eingeladen.

Die angesagte Mitglieder-Versammlung am Sonntag, 14. März, fällt wegen der General-Versammlung des Bielefelder Konsum-Vereins aus; die nächste Versammlung findet am Mittwoch, 17. März, abends 7 Uhr, bei Indiestel statt.

Der Vorstand.

— **„Frisch Auf!"** (Abt. der Freien Turnerschaft.) Laut Beschluß der letzten Mitgliederversammlung findet das 13. Stiftungsfest der Abteilung „Frisch Auf!" der Freien Turnerschaft Bielefeld am 25. April statt.

— **Stadttheater.** Aus dem Theaterbureau wird uns geschrieben: Morgen (Sonnabend) findet eine einmalige Aufführung des Lustspiels: „Der Kaufmann von Venedig" von William Shakespeare zu kleinen Preisen statt. Sonntag gastiert Auguste Prasch-Grevenberg zum unwiderruflich letzten Male und zwar wieder in dem gestern mit geradezu sensationellem Erfolg gegebenen Schauspiel „Die fremde Frau" als Jacqueline. Montag ist das Benefiz für die erste sentimentale Liebhaberin Anna Ueberhorst; die sympathische Künstlerin wird das Klärchen Volkhardt in Beyerleins „Zapfenstreich" spielen.

— **Der Zentral-Verband der Schuhmacher Deutschlands** feiert am Sonntag bei Imkamp sein Stiftungsfest. Näheres siehe Inserat.

Versammlungen.

Bielefeld. Soz. Verein. Der nächste Bezirksvortragsabend findet in allen Lokalen (mit Ausnahme Holz) am Dienstag, 16. März, abends 8 Uhr, statt; bei Holz am Mittwoch, 17. März. Näheres in der „Volkswacht" am Montag.

Brackwede. Verband der Fabrikarbeiter. Sonntag, 14. März, im Lokale des Herrn Karl Schröder: Versammlung. Vortrag des Gen. Castrup über „Unternehmerverbände und Arbeiterorganisationen".

Schildesche. Arbeiter-Abstinentenbund. Sonntag, 14. März, nachm. 4 Uhr, bei Wörmann, Apfelstraße, Gründung einer Ortsgruppe. Vortrag des Gen. Wacker über „Alkoholismus und Arbeiterbewegung".

Babenhausen. Soz. Verein. Sonntag, 14. März, vorm. 9½ Uhr, an bekannter Stelle Besprechung. Es wird hiermit auch an den Bücherwechsel erinnert.

Herford. Soz. Verein. Ortsgruppe Friedenstal. Sonnabend, 13. März, abends 9 Uhr: Versammlung.

Bünde. Kontrollkommissionen der Tabakarbeiter für Bünde und Umgebung. Sonntag, 14. März, nachm. 5 Uhr, bei Nübel: Sitzung.

Schötmar. Soz. Verein. Sonnabend, 13. März, abends 8 Uhr: Versammlung. Gen. Klingenhagen-Bielefeld wird in dieser Versammlung anwesend sein.

Lage. Soz. Verein. Sonnabend, 13. März, abends 8½ Uhr bei Voß: Versammlung.

Lemgo. Soz. Verein. Sonnabend, 13. März, abends 8½ Uhr bei Mohrmann: Versammlung.

Münster. Arbeiter-Abstinentenbund. Sonntag, 14. März, vorm. 11 Uhr, bei Brinkmann: Versammlung.

Burgsteinfurt. Sonntag, 14. März, vorm. 11½ Uhr an bekannter Stelle: Parteibesprechung.

s. **Herford,** 11. März. literatur ruft in einem über blatte die Lehrerschaft und diese Bestrebungen nur unt zeiter, keine Arbeiter-Mutter n den Räuber- und Sherlo sten. Wer den Kindern ein len will, der komme in un s passende heraus.

s. **Herford,** 11. März. G Schlosser S. klagt gegen di es Lohnabzuges von 3 M n Abzug damit zu begründ rdnungsgemäß abgeliefert rzer Beratung, daß der Mk. noch zu zahlen sind. rikant Wolf dem Arbeite rma Breitenbach u. Co. rauchbare Bluse abgezogen. nd auch der Besitzer über ersteht sich der Inhaber dazu benfalls im Vergleiche zahl Arbeiter W. 20 Mk. für d rungenen Akkord und dem Forderung auf Herauszahlu Laufe der Verhandlung Abst

* **Herford,** 11. März. „Einigkeit" feiert am Freitag sein Kappenfest. (S

* **Holsen** bei Ahle (Kr. Ho Gewerkschaftsgenossen zur Ortsgruppe des Deutschen A worden ist. Anmeldungen z Kleine-Döpke, Holsen Nr. 1

* **Salzuflen,** 11. März. In gemeinschaftlicher Sitzun der Krankenhaus-Aerzte vo wurde Sanitätsrat Dr. Got Zimmermann gewählt. Als wählt. — In der darauffolge wurde als 1. Punkt dem A nach längerer Debatte zug 30 000 Mark. Der vorgerück Realschuletat erledigt. Ben der Stadt rund 17 000 Mark mit der Werlerbrücke steht her fertiggestellt war, bei d eingestürzt), erwiderte der hausen-Hannover ersucht sei von seiten der Unternehmer achten abgegeben, welches sch Gutachten in den nächsten T dann eine vertrauliche Besp statt. Von 360 Bewerbern stellt. Die Wahl wird nächs

* **Schötmar,** 11. März. trübe sieht es hier bei der schmuckindustrie beschä Wochenlöhne von 15 Mk. nic Familien aussieht, zumal au mittelpreise in den letzten J läßt sich leicht ausmalen. brikanten würden die Löhn Verhältnissen entsprechend bitter getäuscht, sind doch s Hier hilft nur ein gemeinsa Organisation. Gelegenheit Sonntag nachmittag 3½ U findenden öffentlichen Vers Kammindustrie beschäftigten der anderen Gewerkschaften Kollegen auf diese Versamm

* **Barntrup,** 11. März. hier der frühere Nachtwäc Verstorbene war vorige Wo glücklich auf seine Kaffeefla

s. **Herford**, 11. März. **Zum Kampfe gegen die Schmutzliteratur** ruft in einem über die ganze Stadt verbreiteten Flugblatte die Lehrerschaft und Aufsichtsbehörde auf. Wir können diese Bestrebungen nur unterstützen. Kein organisierter Arbeiter, keine Arbeiter-Mutter sollte es leiden, daß sich die Kinder an den Räuber- und Sherlock Holms-Geschichten das Leben verekeln. Wer den Kindern eine Unterhaltungslektüre in die Hand geben will, der komme in unsere Zentralbibliothek und suche sich das passende heraus.

s. **Herford**, 11. März. **Gewerbegerichtssitzung.** Der Schlosser S. klagt gegen die Herforder Motorenfabrik wegen des Lohnabzuges von 3 Mk. Der Vertreter der Firma sucht den Abzug damit zu begründen, daß der Kläger die Arbeit nicht ordnungsgemäß abgeliefert habe. Das Gericht entscheidet nach kurzer Beratung, daß der Lohnabzug unstatthaft ist und die 3 Mk. noch zu zahlen sind. — Im Vergleich zahlt der Möbelfabrikant Wolf dem Arbeiter B. 38,76 Mk. — 30 Mk. hat die Firma Breitenbach u. Co. der Direktrice W. für eine unbrauchbare Bluse abgezogen. Auf Vorhaltungen des Vorsitzenden und auch der Beisitzer über die Ungesetzlichkeit dieses Abzuges, versteht sich der Inhaber dazu, im Vergleiche 20 Mk. zu zahlen. — Ebenfalls im Vergleiche zahlt die Firma König u. Böschke dem Arbeiter W. 20 Mk. für die Differenz zwischen einem aufgerungenen Akkord und dem zustehenden Tagelohn. Von der Forderung auf Herauszahlung der Strafgelder hatte W. im Laufe der Verhandlung Abstand genommen.

* **Herford**, 11. März. **Der Arbeiter-Turnverein „Einigkeit"** feiert am Sonnabend im Lokale des Herrn Freitag sein Kappenfest. (Siehe Inserat in heutiger Nummer.)

* **Holsen** bei Ahle (Kr. Herford), 11. März. Den Partei- und Gewerkschaftsgenossen zur Nachricht, daß hier am Orte eine Ortsgruppe des Deutschen Arbeiter-Abstinentenbundes gegründet worden ist. Anmeldungen zum Beitritt nimmt entgegen: Aug. Kleine-Döpke, Holsen Nr. 123.

* **Salzuflen**, 11. März. **Stadtverordnetensitzung.** In gemeinschaftlicher Sitzung wurden als 1. Punkt die Wahlen der Krankenhaus-Aerzte vorgenommen. Als leitender Arzt wurde Sanitätsrat Dr. Gottschalk, als dessen Stellvertreter Dr. Zimmermann gewählt. Als Armenarzt wurde Dr. Meier gewählt. — In der darauffolgenden Sitzung der Stadtverordneten wurde als 1. Punkt dem Ankauf des Frodermannschen Hauses nach längerer Debatte zugestimmt. Der Kaufpreis beträgt 30 000 Mark. Der vorgerückten Zeit wegen wurde nur noch der Realschuletat erledigt. Bemerkt sei hierbei, daß der Zuschuß der Stadt rund 17 000 Mark beträgt. Auf eine Anfrage, wie es mit der Werlerbrücke steht (dieselbe ist, nachdem sie kurz vorher fertiggestellt war, bei dem Hochwasser zu Anfang Februar eingestürzt), erwiderte der Magistrat, daß Herr Prof. Borkhausen-Hannover ersucht sei, ein Gutachten abzugeben. Auch von seiten der Unternehmer hat ein Sachverständiger ein Gutachten abgegeben, welches schon vorliegt, von ersterem wird das Gutachten in den nächsten Tagen vorgelegt werden. — Es findet dann eine vertrauliche Besprechung wegen der Baumeisterstelle statt. Von 360 Bewerbern sind jetzt 3 auf die engere Wahl gestellt. Die Wahl wird nächste Woche stattfinden.

* **Schötmar**, 11. März. **Holzarbeiterverband.** Recht trübe sieht es hier bei den in der Kamm- und Haarschmuckindustrie beschäftigten Arbeitern aus; sind doch Wochenlöhne von 15 Mk. nichts Seltenes. Wie es da in manchen Familien aussieht, zumal auch hier die Wohnungen und Lebensmittelpreise in den letzten Jahren ganz ungeheuer gestiegen sind, läßt sich leicht ausmalen. Mancher, der geglaubt hat, die Fabrikanten würden die Löhne der Arbeiter den wirtschaftlichen Verhältnissen entsprechend von selbst erhöhen, sieht sich jetzt bitter getäuscht, sind doch sogar noch Abzüge gemacht worden. Hier hilft nur ein gemeinsamer Anschluß aller Arbeiter an die Organisation. Gelegenheit hierzu ist den Kollegen in der am Sonntag nachmittag 3½ Uhr im Saale des Hotel Korf stattfindenden öffentlichen Versammlung aller in der Holz- und Kammindustrie beschäftigten Arbeiter gegeben. Die Mitglieder der anderen Gewerkschaften ersuchen wir, unsere unorganisierten Kollegen auf diese Versammlung aufmerksam zu machen.

* **Barntrup**, 11. März. **Unglücksfall.** Gestern verstarb hier der frühere Nachtwächter Heinr. Pettenpohl. Der Verstorbene war vorige Woche, von der Arbeit kommend, so unglücklich auf seine Kaffeeflasche gefallen, daß er mehrere Rippen brach, die ihm in die Lunge drangen. Unter qualvollen Schmerzen erlag der Bedauernswerte seinen Verletzungen.

* **Detmold**, 11. März. **Den Landtagsabgeordneten** ist gestern folgende Vorlage zugegangen: **Gesetz betr. Quartiervergütung.** Die Landkasse vergütet den Quartiergebern oder den Gemeinden, welche solche Quartierlast selbst tragen, für Quartiergewährung **ohne** Verpflegung in Friedenszeiten an Fähnriche und Unteroffiziere 0,50 Mk. täglich, an Gemeine 0,25 Mk. täglich. Der aus Reichsmitteln zu bezahlende Servis wird auf diese Vergütung angerechnet. Dies Gesetz tritt am 1. April 1909 in Kraft und gilt bis zum 31. März 1919. In der Begründung wird gesagt, daß das Gesetz vom 14. April 1905 mit dem 31. März außer Kraft treten soll. Es heißt dann weiter, daß die aus Reichsmitteln zu leistenden Vergütungen laut Reichsgesetz vom 17. Mai und 9. Juni 1906 für Quartierleistungen mit Verpflegung durchweg höher sind, als die nach dem Gesetz vom 14. April 1905 aus Landesmitteln gewährten Vergütungen und deshalb diese Sätze nicht erhöht werden brauchten. Dagegen aber erscheine es als billig, für die Quartiergewährung **ohne** Verpflegung auch weiterhin aus Landesmitteln Zuschüsse zu gewähren. Die Stadt Detmold soll auch dann Anspruch auf Vergütung haben, wenn die einzuquartierenden Mannschaften in Kasernen untergebracht und dafür Stamm-Mannschaft des dort garnisonierenden Truppenteils in Bürger- und städtische Quartiere gelegt werden.

* **Hamm**, 12. März. **Gestern mittag wurde die 3. Leiche auf der Zeche Radbod zutage gefördert.** Man hofft, sehr bald auch die 4. Leiche freilegen zu können. Am Sonntag vormittag soll die Beerdigung der 4 Opfer stattfinden.

Bielefelder Stadttheater.

cn. Donnerstag, 12. März: **Die fremde Frau** (La femme X), Schauspiel in 4 Akten von Alexandre Bisson. Bisher hatte sich Bisson nur auf dem Gebiet des tollsten französischen Schwanks bewegt, es ist ein ungeheurer Sprung, den er mit der „Fremden Frau" gewagt hat, denn dies Stück ist geradezu als bürgerliches Trauerspiel zu bezeichnen. Der Staatsanwalt Fleuriot hat Jacqueline, ein reizendes, lebenslustiges Mädchen, welches ihn liebt, ebenfalls aus Liebe geheiratet. Aber er versteht sie nicht zu behandeln, und so kommt es, daß sie sich einem Liebhaber ergibt. Dabei vom Ehemann ertappt, flieht sie aus dem Hause. Das Stück beginnt damit, daß ihr fünfjähriger Sohn von einer schweren Krankheit genesen ist und sie kommt, um ihren Mann um Verzeihung zu bitten und ihr heißgeliebtes Kind zu sehen. Aber sie wird rauh vom Manne verstoßen. Unmittelbar darauf ändert sich auf die Vorhaltungen seines Freundes Noëls, der Jacqueline ebenfalls geliebt hat, sein Sinn, und er beschließt, die Arme aufzusuchen und in sein Heim zurückzuführen. Damit schließt der erste Akt, welcher das Vorspiel darstellt.

Die eigentliche Tragödie spielt 20 Jahre später. Es ist Fleuriot nicht gelungen, sie wiederzufinden, sie hat die Zeit über ein Abenteuerleben in England und Amerika geführt, dabei von Stufe zu Stufe sinkend. Jetzt kommt sie in Gesellschaft eines Lumpen von Buenos Ayres in Bordeaux an, ihr, der im höchsten Maße Abergläubischen, deren Körper aber auch schon durch den Genuß von Aether, Opium und Morphium vollständig zerrüttet ist, verkünden die Karten den nahen Tod, aber auch, daß sie vorher noch einmal Mann und Kind sehen wird. In Bordeaux erfährt sie, daß ihr Gesellschafter einen Erpressungsversuch, zu dem ihr Schicksal das Material abgeben soll, auf ihren Mann plant, und erschießt den Lump, weil sie die Gefahr auf keine andere Weise von ihrem Sohne abzuwenden weiß. Verhaftet, verweigert sie jede Auskunft und bleibt stumm, sie will als femme X sterben. Aber eben ihr Sohn wird ihr Offizialverteidiger, und sie erfährt dies durch das Plaidoyer des Staatsanwalts, während sie ihren ebenfalls im Sitzungssaal anwesenden Mann schon vorher erkannt hat. Der glänzenden, aus tiefstem Mitgefühl unwiderstehlich hervorströmenden Beredtsamkeit ihres Sohnes gelingt es, die Geschworenen zu einem Freispruch zu bestimmen. Und das Glück tötet sie. Sie stirbt, umgeben von ihren Lieben.

Theatermache, keine wirkliche dramatische Kraft. Und so liegt denn auch kein wirklich dramatischer Konflikt vor, sondern nur ein armes, elendes Frauenschicksal, welches durch die Mutterliebe einen versöhnenden Abschluß findet. Zugegeben muß aber werden, daß die Mache meisterhaft ist. Und es sind Rollen darin. In erster Linie die der Jacqueline. Auguste Prasch-Grevenberg, der Gast vom Meiningischen Hoftheater, spielte sie in vollendeter Weise. Es war höchste Schauspielkunst, was sie uns bot. Was in der Rolle lag, holte sie heraus, und es ist allein auf ihr Konto zu schreiben, wenn zeitweise der Charakter der künstlichen Mache zurücktrat und man ein Kunstwerk zu sehen glaubte. Besonders im ersten und letzten Akte war sie bewunderungswürdig. Der Schrei, den sie ausstieß, als sie ihren Sohn erkannte, ging wohl sämtlichen Zuschauern durch Mark und Bein, in diesem Schrei lag der Menschheit ganzer Jammer, der das Herz bis in die innersten Tiefen bewegte. Hans Freiben gab den Staatsanwalt Fleuriot tadellos. Von den kleineren Rollen, die alle gut vertreten waren, heben wir besonders hervor Milada Walden als die Wirtschafterin Fleuriots. Dagegen gefiel uns Hubert Hopkirk als Raymond Fleuriot nicht besonders. Er überwand einen Ton der Gleichgiltigkeit in seiner Stimme nicht ganz, der zu dieser Rolle auch nicht im geringsten paßt.

Vermischtes.

Von der Luftschiffahrt. Friedrichshafen, 11. März. Das Flugschiff „Zeppelin I" unternahm heute vormittag 9½ Uhr bei klarem, windstillem Wetter einen neuen Aufstieg und schlug die Richtung nach Lindau ein. Nach kurzer Fahrt tauchte „Z. I." gegen ½12 Uhr wieder aus dem Nebel auf. Als das Luftschiff sich über dem Arsenal am Riedle befand, auf dem die neue Luftschiffhalle aufgestellt werden soll, hatte es den Anschein, als ob eine Landung auf festem Boden ausgeführt werden sollte. Der Ballon senkte sich fast bis zur Erde herab, stieg aber sofort wieder und nahm die Richtung nach Manzell, wo das Luftschiff nach verschiedenen Manövern gegen 12¼ Uhr auf dem See niederging. Infolge des starken Windes war die Bergung sehr schwierig. Es dauerte längere Zeit, bis das Luftschiff in gleicher Richtung mit der Hallenöffnung war. Kurz nach ½1 Uhr war jedoch „Z. I" glücklich in der Halle geborgen.

Die Affäre Steinheil. Paris, 11. März. In hiesigen Gerichtskreisen glaubt man, daß das Verfahren gegen Frau Steinheil wahrscheinlich eingestellt wird. Ein neues und wie es heißt das letzte Verhör erfolgt heute. Die Untersuchung dürfte am Sonnabend abgeschlossen werden. Der Untersuchungsrichter hat das Entlassungsgesuch der Witwe Steinheil vorläufig ablehnend beschieden.

Paris, 11. März. Die Weigerung, Frau Steinheil vorläufig aus der Haft zu entlassen, hängt mit einer in allerjüngster Zeit gemachten hochwichtigen Feststellung zusammen. Es wurde unumstößlich nachgewiesen, daß Frau Steinheil am Morgen nach dem Morde telephonisch ihren Freund, den Schloßbesitzer Borderel in Balaives, anrief. Damit erweist sich die Angabe, die Witwe sei gefesselt und gefnebelt, keiner Bewegung fähig gewesen, als eine dreiste Unwahrheit.

Der Typhus in Madrid. Paris, 11. März. Wie von der spanischen Grenze berichtet wird, hält die spanische Zensur sämtliche Telegramme auf, welche über die ernste sanitäre Lage in Madrid berichten. Der Typhus greift immer mehr um sich. Gestern erkrankten auf offener Straße drei Personen an Typhus. Alle Hospitäler sind überfüllt. Im St. Johannes-Hospital werden 300 Typhuskranke verpflegt; auch der Bürgermeister Penal ist an Typhus erkrankt.

Erdbeben. Madrid, 11. März. In Alicante herrscht infolge eines gestern wahrgenommenen leichten Erdstoßes Panik. Zahlreiche Einwohner, die weitere Erdstöße befürchten, haben ihre Wohnungen verlassen und kampieren im Freien, andere verbleiben Tag und Nacht in den Kirchen. Viele abergläubische Personen haben ihr Testament gemacht; obgleich die Blätter zur Beruhigung mahnen auf Grund von Erkundigungen bei der französischen Sternwarte, nimmt die Besorgnis unter den Einwohnern immer mehr zu.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: **Max Sachs**, für den Inseratenteil: **Wilhelm Böttcher**, beide in Bielefeld.



Herren-Anzüge

In den für die Saison besonders modernen Stoffen, Farben und Fassons bringe ich enorm grosse Auswahl. Meine Preise sind unerreicht billig. Die Ausstattung ist in jeder Weise elegant und solide. Der Sitz ist ganz vorzüglich; auch für extra schlanke und besonders korpulente Herren führe richtig passende Grössen in unerreichter Auswahl. Durch gute Rosshaarverarbeitung ist das hässliche Einfallen der Achselstellung auch bei längerem Tragen ausgeschlossen.

In billigen Preislagen, Mk. 9—18, bringe ich erprobte, solide Artikel. 1455
Die guten Mittelpreislagen, Mk. 20—28, zeichnen sich durch besondere Solidität aus.
Die besseren Anzüge, Preislage Mk. 30—48, sind vollständiger Ersatz für Mass.

Ernst Spanier Bielefeld

Niederstrasse 8—10.

Erstes Spezial-Geschäft für bessere Herren- und Knaben-Bekleidung.

Alsbergs Gardinen-Verkauf

bietet infolge der auffallend billigen Preise, der grossen Auswahl, und der zum Verkauf gelangenden nur prima Qualitäten ganz horrende Vorteile.

Kongress-
Scheiben-Gardinenstoff
Serie I Wert bis 30 Pfg. Mtr. **15** ₰ — Serie II Wert bis 75 Pfg. Mtr. **30** ₰

Grosser Posten
Kongress-Stoff
110 cm breit, Wert 54 bis 115 Pfg. Einheitspreis Meter **48** ₰

ca. 1000 Meter
Scheiben-Gardinen
englisch Tüll, auf beiden Seiten eingefasst, darunter feine Reliefqualitäten
Meter **18** ₰ **30** ₰ **48** ₰

Grosser Posten
Brise bises
— solide englische Tüllware —
Stück **18** ₰ **48** ₰ **57** ₰

Bordeaux und olive
Halbtuch-Tischdecken
140/140 cm gross, m. reich. Stickerei Wert Mk. 1.95 Stück **85** ₰

Ca. 1000 Fenster
Englisch Tüll-Gardinen

Serie I	Serie II	Serie III	Serie IV	Serie V
Fenster 2 Flügel	Fenster 2 Flügel	Fenster 2 Flügel	Fenster 2 Flügel	Fenster 2 Flügel
2.75	**4.85**	**6.75**	**7.75**	**9.75**

Ca. 500 Meter
Köper-Spachtelborde
weiss und creme, bis 40 cm breit

Ser. I	Ser. II	Ser. III	Ser. IV
25 ₰	**39** ₰	**48** ₰	**78** ₰

Breite
Engl. Tüll-Gardinen

Ser. I	Ser. II	Ser. III	Ser. IV	Ser. V
25 ₰	**48** ₰	**68** ₰	**95** ₰	**1.25**

Zurückgesetzte **Fenster- und Tür-Dekorationen**
prima Tuchqualitäten, bestehend aus 2 Schals und 1 Lambrequin

Wert	Serie I	Serie II	Serie III
bis Mk. 30.00	Garnitur **6.75**	Garnitur **9.50**	Garnitur **12.50**

Band-Bettdecken
220/330 cm gross
Wert Mk. 15.00 bis Mk. 24.00
zum Aussuchen Stück **9.75**

ca. 1000 Meter
Prima Erbstüll-Blenden
mit Volant
Meter **68** ₰ Meter **95** ₰

Posten
Köper-Spachtel-Rouleaus
mit reicher Applikation 80/200 cm
Wert b. 4.50 — Serie I Fenster **1.45** — Serie II Fenster **2.90**

Tuch-Gallerie-Borden
in vornehmster Ausführung
Wert bis 1.75
Meter **29** ₰ **68** ₰ **95** ₰

Elegante
Tuch-Tischdecke
mit reicher Applikation
Wert bis 11.50 — **2.90** **4.75** **6.75**

S. Alsberg & Cie.

1453

Freitag, den 12. März, abends 8 Uhr:
6. Abonnements-Konzert
des städtischen Orchesters
im Stadttheater.
Leitung: Städt. Musikdirektor Professor **W. Lamping.**

1. **Mendelssohn:** Ouverture Meeresstille u. glückl. Fahrt.
2. „ Scherzo u. Notturno a. d. „Sommernachtstraum.
3. **Schumann:** Ouverture Genoveva.
4. **Beethoven:** Symphonie Nr. 3, „Eroica".

Vorverkauf in der Musikalien-Handlung **H. Selle.** 1366

Stadttheater.
Sonnabend, den 13. März 1909: abends 7½ Uhr:
Klassikervorstell. zu kleinen Preisen.
Nur einmalige Aufführung!
Der Kaufmann von Venedig.
Sonntag, den 14. März 1909: abends 7 Uhr:
Zweites und unwiderruflich letztes außerordentliches Gastspiel
Auguste Prasch-Grevenberg.
„Die fremde Frau".

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands
Zahlstelle Bielefeld-Brackwede.
Sonntag, den 14. März 1909, vormittags 10 Uhr, im Lokale des Herrn **C. Schröder:**
Mitglieder-Versammlung
Tagesordnung:
1. „Unternehmerverbände u. Arbeiter-Organisationen". Referent: **Wilhelm Castrup.**
2. Die Neuregelung der Lokal-Unterstützungen.
3. Verschiedenes.

Zu recht zahlreichem Besuch der Fabrikarbeiter ladet ein
1446 **Die Lokalverwaltung.**



Habe diese Woche ein **schweres, fettes 5jähriges Pferd** geschlachtet. 1452*
Gustav Specht,
Herforderstr. 107b,
am Kleinbahnhof.
Telephon 892.

Gratulationskarten
für alle Gelegenheiten stets größte Auswahl
Buchhandlung „Volkswacht".

Trinkt Aha's Excelsior! 1113

Frauen! Berücksichtigt bei Eueren Einkäufen die Inserenten der **„Volkswacht".**

Für Konfirmanden!

Mit ganz besonderer Sorgfalt sind neue, elegante und haltbare Stoffe gewählt. Die Zutaten und Ausstattung meiner Anzüge sind die besten, die Verarbeitung ist einer guten Massarbeit vollständig gleich. Der Sitz ist ganz tadellos.

Anzüge
in schwarz, Cheviot, Twillet, Kammgarn und Tuch-Kammgarn
Mk. **7, 8, 9, 10, 12, 14, 15, 16, 17, 18, 20** bis **40.**
Blaue Cheviot-Anzüge
von den einfachsten bis zu den feinsten Qualitäten.

Konfirmanden-Hüte
Mk. **1.00, 1.10, 1.25, 1.50, 1.80** bis **3.00.**
1454

H. Hettlage
Niederwall. BIELEFELD. Ecke Jahnplatz.

Konfirmanden-Hüte

in den neuesten Formen
und
gut bewährten Qualitäten
1461
von Mark **1.50 1.75 2.00 2.25 2.50 2.75 3.00 4.50**

Allergrösste Auswahl. Billigste Preise.

Guido Schuckelt, Kürschnermeister,
Niedernstrasse 28, Ecke Renteistrasse.
Gegründet 1882. **Fernsprecher 1345.**

Deutscher

224. Sitzung vom Donnerstag,

Am Bundesratstisch: v. S

Die Beratung des Entwurf gesetzt. Dazu liegen zwei Antr Antrag Dr. Thaler (Ztr.) u

Abg. Dr. Spindler (Ztr. der Kommissionsvorschlag das Zuckerlösung zugesetzt werden da ich daher abzulehnen. Dagege Antrag Paasche an, der die Zu entfernen will. Ebenso schließe an, den Termin für die Zuckeru hat einen § 6b eingefügt, wonac schnittener deutscher Weißwein Verkehr kommen darf. Da di mung das ganze Gesetz scheiter fallen lassen, falls die Regierung stimmt, bei Aufstellung der G Kontrolle einzuführen. (Beifall

Abg. Dr. Paasche (natl.) Daß gute Weine gezuckert werde Produkte verlangten eine höhe

Geh. Regierungsrat Frhr. Ausführungen Paasches. Es Interesse der Winzer diese al zuckern.

Abg. Preiß (Elsässer): Di setz beibehalten werden. Ein werden. Ich bitte beide Ant Ausland hat sicherlich kein Re unter deutschem Namen in den

Abg. Lehmann-Wiesbad Engelzungen reden könnten, wir nicht. Das Gesetz bleibt auf ha Paasche, die Zweckbestimmung es handelt sich nicht darum, gut darum, billige durch Zuckerung bestimmung der Zuckerung leze Leute gesprochen, die schon übe geradezu entsetzt sind. Vielfach Wein schmackhaft zu machen, mehren. Auf keinen Fall darf werden. Das Verbot, daß Ve ländischen Weinen nicht als de kommen, soll nach den Ausführ die Handelsverträge verstoßen. nicht erschweren. Aber nach a ein Verstoß gegen den italieni liegend. Wir behalten uns weit vor und hoffen, daß die Regie läßt, das immerhin gewisse V Soz.)

Abg. Schüler (Ztr.): I des Hauses will ich mich kurz träge des Herrn Dr. Paasche Zuckerung. Die Vorwürfe des müssen zurückgewiesen werden. Weinhändler sind es, die die lungen der Winzer verhalten si 1:100. (Beifall i. Ztr.)

Abg. Frhr. Heyl zu Herrn zwang ist keineswegs eine diff ländischen Weine zugunsten der ren-Erzberger lauf ausschließli Weines nach seinem überwiegen durchführbar.

Abg. Wieland (Südd. Vp (Beifall), sehe mich aber doch eble Wein soll dem gutmütigen vorgesetzt werden. (Beifall.) Klima abhängig (Zustimmung) nen Gegenden unseres lieben (Sehr richtig!) In Deutschland fall.) Besonders in Berlin. weiß ich nicht, ich war nämlic Zurufe. Htkt.) Der Mann a auf einen guten reinen Tropf Redner wendet sich endlich gege mann.

Abg. Dr. Thaler (Ztr.) der Zuckerzusatz nicht normiert, gelassen werden soll, als es nöt gangen die Süßigkeit der guten

Abg. Grégoire (Lothr.) wünsche und Schmerzen der lo Ein Blockantrag auf Schlu Mehrheit angenommen.

Die §§ 3, 4, 5, 6 werden unte anträge angenommen. Zu

Abg. Vogt (W. Vg.), dem zustimmen.

Abg. Dr. David (Soz.): wäre ein rechter Schildbürgerst daß Weine die Namen nahegele ien. Der Antrag Erzberger mischten Weines nach seinem Konsequenz ist, wenn kein Rü Wein Rüdesheimer heißen darin, so darf er nach dem Ant heißen. Einen solchen Wider schließen.

Nachdem der Abg. Erzbe vernünftig hinzustellen versuch seine Unsinnigkeit noch einmal Roeren-Erzberger gegen eine Die §§ 6a und 6b werden in de nommen, obwohl auf die Bem (Ztr.), das „unannehmbar" der zu nehmen. Staatssekretär v. drücklich die Erklärung abgibt, Wort wie „unannehmbar" kein

Der Rest des Gesetzes wird den Beschlüssen der Kommissio Resolution, welche Einfuhr und Kontrolle der Herkunft de

Es folgt die zweite Lesung Doppelsteuer, die unverändert

Nächste Sitzung: Dienstag

Preußische

Abgeordn

51. Sitzung vom Donnerstag, d

Am Ministertisch: Frhr. v. S

Auf der Tagesordnung steht Gesetzentwurfs, betreffend die

1. Beilage zur Volkswacht.

Nr. 60. Bielefeld, Freitag, 12. März 1909. 20. Jahrg.

Deutscher Reichstag.

224. Sitzung vom Donnerstag, 11. März, 2 Uhr nachmittags.

Am Bundesratstisch: v. Schön, v. Bethmann-Hollweg.

Die Beratung des Entwurfs eines Weingesetzes wird fortgesetzt. Dazu liegen zwei Anträge Paasche (natl.), sowie ein Antrag Dr. Thaler (Ztr.) und Hormann (Fr. Vp.) vor.

Abg. Dr. Spindler (Ztr.): Bezüglich der Zuckerung trifft der Kommissionsvorschlag das richtige, daß nur 20 Prozent Zuckerlösung zugesetzt werden darf. Diesen Antrag Paasche bitte ich daher abzulehnen. Dagegen schließe ich mich dem anderen Antrag Paasche an, der die Zweckbestimmung aus dem Gesetze entfernen will. Ebenso schließe ich mich dem Antrag Hormann an, den Termin für die Zuckerung auszudehnen. Die Kommission hat einen § 6b eingefügt, wonach mit ausländischen Weinen verschnittener deutscher Weißwein nicht als deutscher Wein in den Verkehr kommen darf. Da die Regierung an dieser Bestimmung das ganze Gesetz scheitern lassen will, so könnte man sie fallen lassen, falls die Regierung der Resolution der Kommission zustimmt, bei Aufstellung der Grundsätze des Vollzugs strengere Kontrolle einzuführen. (Beifall im Ztr.)

Abg. Dr. Paasche (natl.) begründet seine beiden Anträge. Daß gute Weine gezuckert werden, sei nicht zu befürchten. Manche Produkte verlangten eine höhere Zuckerung.

Geh. Regierungsrat Frhr. v. Stein wendet sich gegen die Ausführungen Paasches. Es sei nicht richtig, daß das eigene Interesse der Winzer diese abhalte, auch gute Produkte zu zuckern.

Abg. Preiß (Elsässer): Die Zweckbestimmung muß im Gesetz beibehalten werden. Ein gutes Produkt darf nicht gezuckert werden. Ich bitte, beide Anträge Paasche abzulehnen. Das Ausland hat sicherlich kein Recht darauf, daß seine Produkte unter deutschem Namen in den Handel kommen.

Abg. Lehmann-Wiesbaden (Soz.): Wenn wir auch mit Engelzungen reden könnten, wir überzeugten die Regierung doch nicht. Das Gesetz bleibt auf halbem Wege stehen. Dem Antrag Paasche, die Zweckbestimmung zu streichen, stimmen wir zu. Denn es handelt sich nicht darum, gute Lagen zu zuckern, sondern nur darum, billige durch Zuckerung zu verbessern. Auf die Maximalbestimmung der Zuckerung lege ich den größten Wert. Ich habe Leute gesprochen, die schon über einen Zusatz von 20 Prozent geradezu entsetzt sind. Vielfach wird ja gezuckert, nicht um den Wein schmackhaft zu machen, sondern um die Menge zu vermehren. Auf keinen Fall darf über 20 Prozent hinaus gestattet werden. Das Verbot, daß Verschnitte aus deutschen mit ausländischen Weinen nicht als deutsches Erzeugnis in den Handel kommen, soll nach den Ausführungen des Herrn v. Schön gegen die Handelsverträge verstoßen. Wir wollen gewiß den Verkehr nicht erschweren. Aber nach allem, was wir gehört haben, ist ein Verstoß gegen den italienischen Handelsvertrag nicht vorliegend. Wir behalten uns weitere Anträge für die dritte Lesung vor und hoffen, daß die Regierung das Gesetz nicht scheitern läßt, das immerhin gewisse Vorteile bringt. (Bravo! bei den Soz.)

Abg. Schüler (Ztr.): Im Hinblick auf die Geschäftslage des Hauses will ich mich kurz fassen. (Bravo! Htkt.) Die Anträge des Herrn Dr. Paasche bedeuten eine direkte Prämie der Zuckerung. Die Vorwürfe des Herrn Hormann gegen die Winzer müssen zurückgewiesen werden. Nicht die Winzer, sondern die Weinhändler sind es, die die Weine verlängern. Die Verfehlungen der Winzer verhalten sich zu denen der Weinhändler wie 1:100. (Beifall i. Ztr.)

Abg. Frhr. Heyl zu Herrnsheim (natl.): Der Deklarationszwang ist keineswegs eine differenzierte Behandlung der ausländischen Weine zugunsten der inländischen. Der Antrag Roeren-Erzberger (auf ausschließliche Benennung eines gemischten Weines nach seinem überwiegenden Bestandteil) ist praktisch undurchführbar.

Abg. Wieland (Südd. Vp.): Ich hatte vor, nicht zu reden, (Beifall), sehe mich aber doch genötigt dazu. (Widerspr.) Der edle Wein soll dem gutmütigen Publikum so rein wie möglich vorgesetzt werden. (Beifall.) Die Güte des Weines ist vom Klima abhängig (Zustimmung) und das Klima ist in den einzelnen Gegenden unseres lieben deutschen Vaterlandes verschieden. (Sehr richtig!) In Deutschland wird viel Wein getrunken. (Beifall.) Besonders in Berlin. (Zuruf: In Bremen auch!) Das weiß ich nicht, ich war nämlich noch nicht dort. (Bedauernde Zurufe. Htkt.) Der Mann aus dem Volke hat auch Anspruch auf einen guten reinen Tropfen! (Beifall und Heiterkeit.) — Redner wendet sich endlich gegen die Anträge Paasche und Hormann.

Abg. Dr. Thaler (Ztr.) begründet einen Antrag, wonach der Zuckerzusatz nicht normiert, sondern unbeschränkt soweit zugelassen werden soll, als es nötig ist, um minderwertigen Jahrgängen die Süßigkeit der guten zu geben.

Abg. Grégoire (Lothr.) verbreitet sich über die Spezialwünsche und Schmerzen der lothringischen Winzerschaft.

Ein Blockantrag auf Schluß der Debatte wird mit großer Mehrheit angenommen.

Die §§ 3, 4, 5, 6 werden unter Ablehnung aller Abänderungsanträge angenommen. Zu § 6a bittet

Abg. Vogt (W. Vg.), dem Antrage Roeren-Erzberger zuzustimmen.

Abg. Dr. David (Soz.): Die Annahme dieses Antrages wäre ein rechter Schildbürgerstreich. Soeben wurde beschlossen, daß Weine die Namen nahegelegener Gemarkungen führen dürfen. Der Antrag Erzberger will nun Benennung eines gemischten Weines nach seinem überwiegenden Bestandteil. Die Konsequenz ist, wenn kein Rüdesheimer drin ist, so darf der Wein Rüdesheimer heißen. Ist aber ein Teil Rüdesheimer darin, so darf er nach dem Antrag Erzberger nicht Rüdesheimer heißen. Einen solchen Widersinn wollen Sie bitte nicht beschließen.

Nachdem der Abg. Erzberger (Ztr.) seinen Antrag als vernünftig hinzustellen versucht und Abg. Dr. David (Soz.) seine Unsinnigkeit noch einmal dargelegt hat, wird der Antrag Roeren-Erzberger gegen eine kleine Minderheit abgelehnt. Die §§ 6a und 6b werden in der Fassung der Kommission angenommen, obwohl auf die Bemerkung des Abg. Becker-Köln (Ztr.), das „unannehmbar" der Regierung sei wohl nicht tragisch zu nehmen, Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg ausdrücklich die Erklärung abgibt, daß er mit einem so ernsthaften Wort wie „unannehmbar" keinen Scherz treibe.

Der Rest des Gesetzes wird nach unwesentlicher Debatte nach den Beschlüssen der Kommission angenommen. Ebenso die Resolution, welche Einfuhrstationen für ausländische Weine und Kontrolle der Herkunft verlangt.

Es folgt die zweite Lesung der Novelle über Beseitigung der Doppelsteuer, die unverändert angenommen wird.

Nächste Sitzung: Dienstag 2 Uhr. (Militäretat, Weingesetz.)

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

51. Sitzung vom Donnerstag, den 11. März, vormittags 11 Uhr.

Am Ministertisch: Frhr. v. Rheinbaben.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die dritte Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend die Heranziehung der Beamten, Elementarlehrer und unteren Kirchendiener zur Gemeindeeinkommensteuer.

Abg. v. d. Groeben (kons.) begründet einen Antrag, eine in der zweiten Lesung gestrichene Bestimmung wiederherzustellen, wonach den Kreisen die 100 Prozent übersteigenden Zuschläge zur Gemeindeeinkommensteuer verbleiben sollen. Im Falle der Ablehnung dieses Antrags würden seine Freunde gegen das Gesetz stimmen müssen.

Abg. Ecker (natl.) wendet sich gegen den Antrag, weil dadurch völlig neue Beziehungen zwischen den Kreisen und den Beamten geschaffen würden. Im übrigen würden seine Freunde trotz der Sonderstellung der Geistlichen für die Beschlüsse zweiter Lesung stimmen.

Ein Regierungskommissar betont demgegenüber, daß es sich lediglich um die Art der Abrechnung zwischen Gemeinden und Kreisen handele; das Dienstverhältnis der Beamten werde dadurch gar nicht berührt.

Abg. Reinbacher (Fr. Vp.) befürwortet einen Antrag, wonach das Kommunalsteuerprivileg auch für die Geistlichen beseitigt werden soll.

Abg. Hirsch (Soz.): Für den Antrag v. d. Groeben sind meine Freunde nicht zu haben. Sollte die Rechte im Falle seiner Ablehnung gegen die Vorlage stimmen, so würden wir ein Schauspiel erleben, daß die äußerste Rechte und die äußerste Linke gemeinsam dagegen stimmen. So, wie die Vorlage aus der zweiten Lesung gekommen ist, ist sie für uns unannehmbar. Ich habe bei der ersten Lesung betont, daß wir die Aufhebung des Privilegs für Beamte, Lehrer und Geistliche fordern. Wir haben ferner gegen den Unterschied zwischen den Beamten, die vor und denen, die nach dem 1. April angestellt sind, gestimmt, die Kommission hat sich nun unserem Standpunkt genähert und wenigstens die Geistlichen, Kirchendiener und Lehrer in das Gesetz hineinbezogen. Aber nachdem das Haus durch seine Beschlüsse in der zweiten Lesung die Kommissionsbeschlüsse wesentlich verschlechtert hat, können wir der Vorlage unsere Zustimmung nicht geben (Sehr richtig! bei den Soz.) In der Debatte ist eine sehr weitgehende Rücksichtnahme auf die kirchlichen Gemeinden hervorgetreten, die den politischen Gemeinden gegenüber niemals geübt wird. Den politischen Gemeinden werden immer mehr Lasten auferlegt, während andererseits die kirchlichen Gemeinden in ganz unangebrachter Weise geschont werden. Ich erinnere an das neue Lehrerbesoldungsgesetz, an das Gesetz über die Polizeikosten und an die Beschlüsse bei den Steuervorlagen. Dem Antrag der Freisinnigen werden wir zustimmen, weil wir es für richtig halten, daß die Geistlichen die gleichen Lasten zu tragen haben, wie alle anderen Beamten. Sie haben alle Schichten der Bevölkerung herangezogen, um die Lasten der Beamtenbesoldung zu tragen. Sie haben sich selbst nicht gescheut, die Einkommen von 1200 Mk. mit Steuern zu belegen. Unter diesen Umständen ist es am wenigsten angebracht, die Geistlichen von den Lasten auszunehmen; sie sollten freiwillig auf ihr Privileg verzichten. Wenn wir prinzipiell die Gleichstellung der Beamten, Lehrer und Geistlichen in bezug auf ihre Rechte und Pflichten fordern, so verlangen wir dann natürlich auch das passive Wahlrecht. Man sagt, man könne die Geistlichen nicht in den Wahlkampf hineinziehen. Aber die Geistlichen mischen sich ja auch in die politischen Kämpfe ein. Ebenso wie in dem großen politischen Kampfe es Geistliche gibt, die eine Taktik einschlagen, die ihrem Stande nicht zur Ehre gereicht, wie es andererseits Geistliche gibt, die auch im politischen Kampfe durchaus die Grenze zu halten wissen, wird das auch in den Gemeinden der Fall sein. Selbstverständlich verlangen wir das passive Wahlrecht auch für die Lehrer. Die Volksschule wird darunter nicht leiden. Denn die Mehrzahl unserer Volksschullehrer besitzt den für den politischen Kampf notwendigen Takt. Wir haben ja bereits höhere Lehrer in den Gemeindevertretungen, die sich durchaus bewährt haben. Es ist zu hoffen, daß in großen und kleinen Gemeinden die Elementarschullehrer eine Tätigkeit entfalten, die der Volksschule nur zum Segen gereicht, und wovon naturgemäß auch die heranwachsende Jugend großen Vorteil hat. Ich kann nur noch einmal erklären, daß wir dem Gesetze nach den Verschlechterungen, die es in der zweiten Lesung erfahren hat, nicht zustimmen können. Wir würden gern für die völlige Aufhebung des Privilegs stimmen, können aber eine Vorlage nicht annehmen, die nur etwas Halbes bringt. (Bravo! bei den Soz.)

Abg. Ramdohr (freikons.) tritt als Geistlicher für die Beseitigung des Privileas der Geistlichen ein. Wir wollen dem Staate geben, was des Staates ist, und wollen, daß die Parole zur Wahrheit wird: Heraus aus der Pastorenkirche und hinein in die Gemeindekirche.

Abg. Wolff-Lissa (Fr. Vg.) spricht ebenfalls für die Beseitigung des Privileas der Geistlichen.

In der Abstimmung wird der freisinnige Antrag abgelehnt, der Antrag v. d. Groeben angenommen. Der Rest des Gesetzes wird unverändert angenommen, ebenso das Gesetz in der Gesamtabstimmung gegen die Stimmen der Sozialdemokraten.

Hierauf wird das Gesetz, betr. die Wohnungsgeldzuschüsse für die Beamten nach kurzer Debatte in dritter Lesung angenommen.

Es folgt die dritte Beratung des Gesetzes, betr. die Abänderungen des Einkommensteuergesetzes und des Ergänzungssteuergesetzes.

Abg. vom Rath (natl.) polemisiert gegen frühere Angriffe des Abg. v. Hennings.

Abg. Heimann (Soz.): Das ursprüngliche Vorgehen der Regierung bei diesem Gesetz, die Lasten der Beamtenbesoldung auf die Schultern der Besitzenden zu legen, zu deren Gunsten im Reich die Wirtschaftspolitik gemacht wird, war eigentlich selbstverständlich. Aber wir sind an solche Selbstverständlichkeiten hier so wenig gewöhnt, daß wir die Vorlage freudig begrüßt haben. Doch hat sich wieder gezeigt, man soll den Tag nicht vor dem Abend loben. Der Herr Finanzminister ist auch in dieser Beziehung von einem Saulus zu einem Paulus geworden und verteidigt heute die Beschlüsse der zweiten Lesung, wonach auch die kleinen Einkommen mit den Steuerzuschlägen belegt werden sollen. Der konservative Redner hat bei der zweiten Lesung sogar die Erwartung ausgesprochen, daß die Regierung in Zukunft keine Steuervorlage mehr bringen werde, in der von dem Grundsatz, daß auch die kleinen Einkommen zu der Steuer herangezogen werden müssen, abgegangen werde. Da die Regierung sich in Preußen ja stets willenlos den Diktaten der konservativen Partei unterordnet, so ist nach diesen Worten eine Verbesserung unseres Einkommensteuergesetzes auch in Zukunft nicht zu erwarten. Zweifellos bedeutet die Vorlage in ihrer jetzigen Gestalt eine ganz unbillige Härte für die Massen der Bevölkerung. Es wird einem Manne mit 1200 Mk. Einkommen zweifellos viel schwerer, 60 Pfg. mehr Steuern zu zahlen, als die Mehrzahlung von 30 Mk. für einen Mann mit 10 000 Mk. Einkommen. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Auf der letzten Generalversammlung der Steuer- und Wirtschaftsreformer hat der konservative Herr von Bodelschwingh unter allgemeinem Beifall ausgeführt, daß es auch bei Einkommen von 10 000 Mk. schon außerordentlich knapp zugeht und jede Belastung als drückend empfunden wird. Wenn es richtig ist — ich will es dahingestellt sein lassen —, so können Sie sich ja ausmalen, wie sehr die Arbeitereinkommen von jeder, auch der kleinsten Neubelastung empfindlich getroffen werden. Prof. Wagner hat auf dieser Versammlung sehr richtig betont, daß dem kleinen Manne von seinem Einkommen nichts übrig bleibt. Uebrigens hat diese Generalversammlung ein geradezu typisches Bild von der Unduldsamkeit geboten, mit welcher die Herren Agrarier gegen jede ihnen unbequeme Auffassung vorgehen. Jahrzehnte hindurch haben die Herren dem Professor Wagner zugejubelt, wenn er eine ihnen genehme agrarische Wirtschaftspolitik wissenschaftlich verteidigte und haben seine Autorität gegen uns ins Feld geführt. In dem Augenblick aber, wo dieser Mann in einem nebensächlichen Punkte nach seiner wissenschaftlichen Ueberzeugung Anschauungen vertritt, die den Herren nicht genehm waren, weil sie gegen ihre materiellen Interessen verstießen, wurde er von ihnen in einer Weise angegriffen, die er selbst als unwürdig bezeichnet hat. (Hört, hört! bei den Soz.) Käme Herr Prof. Wagner in eine Arbeiterversammlung, um dort seine zollpolitischen Anschauungen zu vertreten, so würde er zwar sicher keinen Arbeiter bekehren, aber man würde ihn dort mit der Ruhe anhören, wie es seiner wissenschaftlichen Stellung gebührt. (Sehr wahr! b. d. Soz.; Lachen rechts.) Prof. Wagner hat nun bei seinen Ausführungen natürlich nur von den jetzt schon im Reich bestehenden indirekten Steuern gesprochen. Nach den Nachweisungen des Reichsschatzamtes beziffern sich diese auf 19 Mk. pro Kopf, d. h. eine fünfköpfige Familie ist mit 95 Mk. belastet. Dazu kommt nun noch der Tribut, den die Arbeiterfamilien infolge der durch die Zollerhöhung herbeigeführten Verteuerung der Lebensmittelzölle an die Landwirtschaft zu zahlen haben, und zu diesen schweren Lasten sollen nun noch im Reich neue ungeheure Opfer treten, die im einzelnen auf den Kopf der Bevölkerung nicht auszurechnen sind, die im ganzen aber etwa 4 Millionen Mark im Jahre betragen werden. Für Preußen kämen dann noch die jetzt zu beschließenden Zuschläge hinzu. Was das Kinderprivileg anlangt, so hat ja mein Freund Hirsch bereits nachgewiesen, daß davon die größeren Einkommen viel mehr Vorteil haben. Wenn man die Geringfügigkeit der Zuschläge betont, muß man andererseits bedenken, daß aus den schon vielfach erörterten Gründen die Kommunen ebenfalls Zuschläge zur Einkommensteuer erheben werden, und da ihnen eine Staffelung dieser Zuschläge nicht erlaubt ist, so drücken auch diese Zuschläge wieder diejenigen, die es am wenigsten vertragen. Der Oberbürgermeister Funk-Elberfeld hat dies in einer Petition im Auftrage des Vorstandes des rheinischen Städtetages ebenfalls betont. Bei dieser Sachlage sollten die Mitglieder des Hauses, die selbst Gemeindevertreter sind oder Einfluß auf die Gemeindevertretungen in ihrem Wahlkreise haben, wenigstens dafür eintreten, daß in den Kommunen die Wertzuwachssteuer eingeführt wird. Nach Hunderten von Millionen, ja nach Milliarden beziffert sich die Wertsteigerung, die der Grundbesitz in allen aufblühenden Kommunen in den letzten Jahrzehnten erfahren hat. Es bietet sich hier also eine reichlich fließende Steuerquelle, die auch allen Anforderungen entspricht, welche man an eine gute und gerechte Steuer stellen kann. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Wenn die Herren dann sehen werden, wie die Einführung der Steuer an dem Widerstand der Grundbesitzer scheitern wird, dann wird die Ueberzeugung von der Schädlichkeit des Hausbesitzerprivilegs in immer weitere Kreise dringen. Das wäre vielleicht der einzige gute Erfolg dieser Vorlage. (Sehr gut! b. d. Soz.) Es ist von allen Seiten so hingestellt worden, als ob man in der Besteuerung der großen Einkommen bereits bis an die Grenze des Möglichen gegangen sei. Solchen Behauptungen gegenüber sind die Feststellungen der neuen vergleichenden Uebersicht über die Ergebnisse der Veranlagung zur Ergänzungssteuer sehr interessant. Aus diesen amtlichen Nachweisungen ergibt sich, daß das veranlagte Vermögen der Zensiten in Preußen in den Jahren 1908 bis 1910 gegenüber der Periode 1905 bis 1907 um 9 240 000 000 Mk. gestiegen ist. (Hört, hört! bei den Soz.) Das ist fast das Doppelte der Kriegsentschädigung, die 1871 Frankreich auferlegt wurde. (Hört, hört! b. d. Soz.) 91 653 Millionen werden von genau 1½ Millionen Zensiten versteuert. Nach Prof. Delbrück kann man sagen, daß dazu noch 60 Milliarden etwa kommen, die bisher gewußt haben, sich der Steuer zu entziehen (Sehr gut! b. d. Soz.), und die, wie Prof. Delbrück ausführt, zum größten Teil in der Landwirtschaft stecken. Prof. Delbrück sagt darüber: „Wer sein Einkommen und sein Vermögen auf dem Lande hoch deklariert, macht sich dadurch in der Nachbarschaft unbeliebt, da man fürchtet, nach diesem Beispiel auch stärker herangezogen zu werden. Mir sind darüber die erbaulichsten Geschichten aus den Kreisen der Gutsbesitzer erzählt worden. Die Veranlagungskommissionen sind bei ihrer Nachprüfung milde, da an ihrer Spitze der Landrat steht (Hört, hört! b. d. Soz.), der durch Rücksichten der Politik in der Karriere gezwungen ist, es mit den Grundbesitzern nicht zu verderben!" (Zuruf b. d. Soz.: Ausgezeichnet! Lachen rechts.) Sie lachen, das sagt aber kein Sozialdemokrat, sondern eine konservative Autorität. Im übrigen ergibt sich aus der amtlichen Uebersicht, daß fast die Hälfte aller Zensiten noch nicht den 12. Teil des gesamten Vermögens in Preußen besitzen, und daß 21 000 Zensiten, also noch nicht 1/70 aller Zensiten mehr als 1/3 des gesamten Vermögens in Preußen sein eigen nennt. (Hört, hört! b. d. Soz.) Diese Zahlen beweisen, wie sich bei uns das Nationalvermögen vermehrt, und wie es sich immer mehr in wenigen Händen konzentriert. Sie beweisen auch, daß die neue Belastung bei den großen und größten Einkommen als solche überhaupt nicht gespürt wird. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Trotzdem scheut man sich nicht, in Preußen auch bei den kleinsten Arbeitereinkommen noch Zuschläge zu erheben und dem Reiche in Form der Konsumsteuern viele Hunderte von Millionen aus den Massen herauszuziehen, während die Besitzenden kaum dazu zu bekommen sind, unter allen möglichen Kautelen einen kleinen Bruchteil der Reichslasten auf ihre Schultern zu nehmen. Sie haben die Macht, und daher auch das Recht, die Steuern in der ihnen geeignet erscheinenden Weise auf die verschiedenen Klassen der Bevölkerung zu verteilen. Aber Sie werden weder uns, noch die hinter uns stehenden Massen überzeugen können, daß die Verteilung von Ihnen in einer Weise vorgenommen wird, wie es die Gerechtigkeit erforderte. (Bravo! b. d. Soz.)

Abg. Graf v. d. Groeben (kons.) verteidigt den Abg. Hennigs gegenüber dem Abg. vom Rath.

Finanzminister v. Rheinbaben: Gegenüber den Ausführungen des Abg. Heimann muß ich erneut darauf hinweisen, daß 75 Proz. der jetzt beschlossenen Zuschläge von 0,38 Proz. der Bevölkerung aufgebracht werden. Nicht nur die großen Vermögen haben zugenommen, sondern auch die Einkommen von 900 bis 3000 Mark. 1892 versteuerten diese Einkommen 2 481 000 000 Mk., 1908 6 400 000 000 Mark. (Hört, hört! rechts.) Gegenüber dem von Herrn Heimann angeführten Vorwurf des Prof. Delbrück, daß die Landräte Steuerhinterziehungen begünstigten, muß ich diesen in Schutz nehmen. Zunächst gehört zu dem steuerlichen Begriff des Vermögens nicht das Vermögen, welches sich im Auslande befindet, ferner auch nicht das Vermögen, das in Hausgeräten usw. angelegt ist. Dies Vermögen schätzen wir auf 20 Milliarden. Ferner ist auch der ganze Besitz der 6000 Mk. nicht erreicht, nicht zur Besteuerung herangezogen. Von dem angeblichen Fehlbetrag von 66 Milliarden erklären sich etwa 50 Milliarden auf diese Weise. Im übrigen gebe ich zu, daß es noch sehr viele Leute gibt, die nicht die Steuern zahlen, die sie zahlen müssen. (Sehr richtig!) Rund 1 400 000 Steuereinschätzungen mußten berichtigt werden, das mehr veranlagte Einkommen betrug 2 Milliarden, und es sind dadurch 88 Millionen Mark Steuern mehr erzielt worden. (Hört, hört!) Den Vorwurf gegen die Landräte weise ich wiederholt entschieden zurück. (Bravo! rechts.)

Abg. Dr. Pachnicke (Fr. Vg.): Gegenüber Herrn Heimann muß ich bemerken: „Du sprichst vergebens viel, um zu versagen, der andere hört vor allem nur das Nein!" Würde Herr Heimann etwa für die Vorlage stimmen, wenn wir wirklich die Ein-

kommen von 1200 bis 1500 Mk. zuschlagfrei ließen? Die Sozialdemokratie handelt auch heute den Beamten gegenüber nach der Grillenbergerschen Taktik: „Wir gönnen den Unteroffizieren jede Aufbesserung, aber wir bewilligen ihnen nicht einen Groschen." Die Sozialdemokraten übertreiben gigantisch, wenn sie in der Mehrausgabe von vierteljährlich 15 Pfg. eine schwere Gefahr für den Arbeiterstand erblicken. Wenn wir der Steuervorlage zustimmen, so deshalb, weil es sich um ein Provisorium handelt. Prinzipiell stehen Nachlaßsteuer und Vermögenssteuer nach wie vor an erster Stelle in unserem Steuerprogramm. (Bravo! bei den Freisinnigen.)

Abg. Hirsch (Soz.): Es war sonderbar, daß die Rede des Herrn Vorredners zu dieser Vorlage wesentlich aus Angriffen gegen die Sozialdemokratie bestand. Es ist mir ja psychologisch erklärlich, daß das böse Gewissen Herrn Pachnicke nicht in Ruhe läßt (Lachen b. d. Freis.), und daß er, um die berechtigten Vorwürfe, die in der Oeffentlichkeit gegen das Verhalten seiner Freunde erhoben worden sind, von sich abzulenken, nun gegen die Sozialdemokratie polemisiert. Herr Pachnicke behauptet, wir stellten Anträge auf Verbesserung von Beamtenbesoldungen, kümmerten uns aber nicht darum, wie das Geld aufgebracht wird. In der Kommission aber sind gerade von uns Anträge auf Beschaffung der Mittel gestellt worden, freilich in anderer Weise, als es den Intentionen des Herrn Pachnicke entspricht. So ist unser Antrag auf Verdoppelung der Ergänzungssteuer gegen die Stimme des sozialdemokratischen Vertreters abgelehnt worden. Nun vertröstet uns Herr Pachnicke darauf, daß seine Freunde später bei einer organischen Regelung des Einkommensteuergesetzes mit uns dafür stimmen würden, daß die Steuererhöhung erst mit 7000 Mk. beginnt. Ich fürchte nur, daß Herr Pachnicke und seine Freunde dann von den Konservativen nicht die Erlaubnis bekommen werden, so zu stimmen, wie sie es dem Programm entsprechend tun müßten. (Sehr gut! b. d. Soz.) Herr Pachnicke sagte weiter, wir haben kein Recht, von dem Untergange des Arbeiter- oder Mittelstandes zu sprechen, wenn bei 1200 Mk. Einkommen noch vierteljährlich 15 Pfg. mehr Steuern gezahlt werden müssen. In solchen Uebertreibungen hat sich niemand ergangen. Unserer Meinung nach aber sollten die Einkommen bis 1200 oder auch bis 1500 Mk. vollkommen steuerfrei bleiben. Vergessen Sie nicht, daß Sie auch durch die Erhöhung des Mietsstempels diese Einkommen noch mit 1 Mark mehr pro Jahr belasten. Man soll nicht den Minderbemittelten immer dadurch etwas vormachen, daß man sagt, es handle sich ja nur um ein paar Pfennige. Sie müssen bedenken, daß man überall, an allen Ecken und Enden, darauf ausgeht, die Minderbemittelten zu belasten. (Sehr wahr! b. d. Soz.; Lachen rechts.) Sie richten sich selbst dadurch, wenn Sie denen, welche gegen diese Lasten protestieren, nichts weiter entgegensetzen können als nur Lachen. Die Freisinnigen erklärten bei der ersten Beratung, daß die Einkommen bis zu 10 000 Mk. freigelassen werden sollen. Trotzdem haben sie dann schließlich dem Kompromiß zugestimmt, wonach schon die Einkommen von 1200 Mk. bluten müssen. (Hört, hört! b. d. Soz.) Man sollte sich nicht darauf berufen, daß es sich nur um eine vorläufige Regelung handelt. Was Sie hier tun, ist der erste Schritt, und Sie werden nachher nicht mehr zurück können, die Regierung wird sagen, jetzt sind die Einkommen von 1200 Mk. schon mit so und so viel belastet. Sie können dann froh sein, wenn nicht noch eine neue Belastung dieser geringen Einkommen erfolgt. Daß diese geringen Einkommen dann entlastet werden, daran denkt im Ernst niemand. Darüber sollten Sie sich klar werden vor Ihrer Abstimmung. (Bravo! b. d. Soz.)

Abg. Dr. Pachnicke (Fr. Vg.): Im Gegensatz zu Herrn Heimann hat Herr Hirsch wenig sachlich gesprochen. Ich bin überzeugt, die Konservativen machen gar keinen Anspruch darauf, uns irgend eine Erlaubnis zu erteilen. (Sehr richtig! rechts.) Durch ihre ständige Verneinung macht sich die Sozialdemokratie selbst einflußlos. (Sehr richtig! b. d. Freis.)

Abg. Dr. Friedberg (natl.): Durch die Gewerkschaftsbeiträge werden die Arbeiter von den Freunden des Herrn Hirsch viel höher belastet als durch diese Vorlage. Uns kommt es nur darauf an, daß in der Belastung der einzelnen Bevölkerungsklassen das richtige Verhältnis gewahrt wird. Den Sozialdemokraten aber kommt es ja doch auf die innere Wahrheit ihrer Ausführungen nicht an, sie wollen nur ein Agitationsmittel haben. (Bravo! b. d. Natl.)

Hierauf wird ein Schlußantrag angenommen.

Persönlich bemerkt

Abg. Hirsch (Soz.): Wenn Herr Pachnicke behauptete, daß ich im Gegensatz zu meinem Freunde Heimann unsachlich gewesen bin, so lag es nur daran, daß ich zufällig nach Herrn Pachnicke zu Worte kam. (Sehr gut! b. d. Soz.) Herr Dr. Friedberg hat für seine Behauptung, uns käme es nur darauf an, ein Agitationsmittel nach außen zu haben, auch nicht einen Schimmer von Beweis erbracht. Ich muß es ebenso wie er für mich in Anspruch nehmen, daß ich innerlich von der Wahrheit meiner Behauptungen durchdrungen bin. Durch den Schluß der Debatte ist es mir leider unmöglich gemacht, auf die interessante Frage einzugehen, wie es mit den Gewerkschaftsbeiträgen der Arbeiter bestellt ist. Aber das kommt noch.

Hierauf wird das Gesetz nach den Kommissionsbeschlüssen und auch in der Gesamtabstimmung angenommen.

Ebenso wird das Mantelgesetz in der Gesamtabstimmung angenommen.

Hierauf wird das Gesetz betreffend die Gebühren der Medizinalbeamten in zweiter Lesung nach längerer Diskussion in der Fassung der Kommissionsbeschlüsse angenommen.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Nächste Sitzung: Freitag 11 Uhr. (Extraordinarium des Gestüts-Etat, Etat der Domänen- und Forstverwaltung.)

Schluß 5 Uhr.

Kommunales.

d. **Von der Westfälischen Landgemeindeordnung.** Die Zusammenberufung der Gemeindeversammlung zu einer Sitzung muß unter Mitteilung der Verhandlungsgegenstände erfolgen. Eine rechtsgiltige Beschlußfassung kann nur durch die zu einer Sitzung zusammengetretene Gemeindeversammlung vor sich gehen, nicht aber etwa dadurch, daß der Gemeindevorsteher die einzelnen Mitglieder aufsucht und sie um ihre Ansicht in dieser oder jener Sache befragt und das Resultat dieser Umfrage als Gemeindebeschluß betrachtet.

Zwischen dem Tage der Einladung und dem Sitzungstage müssen, von dringenden Fällen abgesehen, zwei vollständig freie Tage liegen. Ist z. B. eine Sitzung für den Freitag einberufen, so muß die Einladung spätestens am Dienstag in den Händen der Gemeindeverordneten sein.

In welcher Weise die Einladung zur Sitzung zu bewirken ist, wird durch Beschluß der Gemeindeversammlung unter Bestätigung des Kreisausschusses festgesetzt. Liegt ein bestimmter Beschluß nicht vor, so richtet sich die Art der Einladung nach dem Herkommen. So ist es noch in vielen Gemeinden üblich, daß die Einladung durch mündliche Ansage in den Wohnungen der Mitglieder bewirkt wird. In rein ländlichen Gemeinden, wo nur Landwirte in der Gemeindevertretung sitzen, mag diese Form der Einladung genügen, da die Betreffenden ja meist immer im Hause oder in der Nähe desselben anwesend sind und deshalb immer die Punkte der Tagesordnung erfahren werden. Die Sachlage ändert sich jedoch sofort, wenn sozialdemokratische Vertreter in der Gemeindevertretung sitzen, die tagsüber ihrer Arbeit in oft stundenweit entfernten Fabriken nachgehen müssen. Hier genügt es keinesfalls, daß während der Abwesenheit des Mannes die Sitzung angesagt und der Frau vielleicht die Tagesordnung vorgelesen wird. Die sozialdemokratischen Vertreter müssen deshalb darauf dringen, daß ein Gemeindebeschluß gefaßt wird, laut welchem jedem Vertreter eine besondere, schriftliche Ladung rechtzeitig zugestellt wird. Auch die rechtzeitige Zustellung ist erforderlich, damit sich der einzelne Vertreter über die zu verhandelnden Punkte informieren und auf die Sitzung vorbereiten kann. Die vorstehend geschilderte Art der Einladung ist heute in den meisten Gemeinden des Kreises Bielefeld, manchmal natürlich erst auf wiederholtes Drängen der sozialdemokratischen Vertreter durchgeführt.

Durch Beschluß der Gemeindeversammlung können auch regelmäßige Sitzungstage bestimmt werden, auch dann muß die Tagesordnung drei Tage vor der Sitzung zugestellt werden.

Beschlußfähig ist eine Gemeindeversammlung nur dann, wenn mehr als die Hälfte und wenigstens drei der gehörig eingeladenen Mitglieder mit Einschluß des Vorsitzenden, des Gemeindevorstehers, zugegen sind. Besteht eine Gemeindeversammlung z. B. aus 6 Gemeindeverordneten und dem Vorsteher, so müssen 3 Gemeindeverordnete und der Vorsteher anwesend sein, um einen giltigen Beschluß fassen zu können. Ist der Vorsteher aus der Zahl der Gemeindeverordneten gewählt, so daß er noch zugleich Gemeindeverordneter ist, so gehören ebenfalls vier Personen zur Beschlußfähigkeit. Bei der Zahl von 12 Gemeindeverordneten müssen 6 derselben und der Vorsteher, bei 18 Gemeindeverordneten 9 und der Vorsteher anwesend sein. Bei der Feststellung, ob mehr als die Hälfte der Mitglieder der Gemeindeversammlung anwesend sind, ist nach einer Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts die Zahl der Gemeindeverordneten maßgebend, die durch Gemeindestatut festgesetzt ist, nicht etwa die Zahl der sich gerade im Amte befindlichen Mitglieder. Nehmen wir z. B. an, eine Gemeindeversammlung bestände statutgemäß aus 6 Verordneten u. dem Vorsteher, es wären aber kurz nacheinander 2 Verordnete durch Tod oder aus anderen Gründen ausgeschieden, eine Nachwahl aber noch nicht erfolgt, so wird nicht gerechnet, daß die Gemeindeversammlung nur aus 5 Personen besteht und 3 zur Fassung eines giltigen Beschlusses ausreichen, sondern es ist nach wie vor die Zahl 7 maßgebend und ein giltiger Beschluß kann nur bei Anwesenheit von 4 Mitgliedern gefaßt werden.

Jede beliebige Anzahl von Mitgliedern einer Gemeindeversammlung reicht zur Beschlußfähigkeit dann aus, wenn die Versammlung zum zweitenmal zur Verhandlung über denselben Gegenstand ordnungsmäßig zusammenberufen, und auf diese Bestimmung ausdrücklich hingewiesen worden ist. Durch diese Bestimmung wird erreicht, daß der § 33, Nr. 2 des Zuständigkeitsgesetzes, welcher dem Kreisausschuß im Fall wiederholter Beschlußunfähigkeit einer Gemeindeversammlung die Beschlußfassung überträgt, für das Gebiet der Westfälischen Landgemeindeordnung keine Anwendung findet.

Die Beschlüsse der Gemeindeversammlung werden nach Stimmenmehrheit gefaßt. Wer nicht mitstimmt, wird zwar als anwesend betrachtet, die Stimmenmehrheit wird aber lediglich nach der Zahl der Stimmenden festgesetzt. Sind also bei einer aus 7 Mitgliedern bestehenden Gemeindeversammlung alle 7 anwesend, beteiligt sich jedoch nur 5 an der Abstimmung, so ist ein Antrag angenommen, wenn 3 dafür und 2 dagegen stimmen. Würden sich nur 4 Mitglieder an der Abstimmung beteiligen, von welchen 2 für und 2 gegen einen Antrag stimmten, so hat der Gemeindevorsteher oder der Amtmann, wenn dieser den Vorsitz führt, die Entscheidung, ob der Antrag angenommen oder abgelehnt sein soll.

Die Beschlüsse der Gemeindeversammlung und die Namen der dabei anwesend gewesenen Mitglieder sind in ein besonderes Buch einzutragen und von dem Vorsitzenden und wenigstens einem Mitgliede zu unterzeichnen.

Während aber die Vorschriften über die Zusammenberufung und die Beschlußfähigkeit der Gemeindeversammlung zwingende sind, deren Nichtbeachtung Ungiltigkeit der gefaßten Beschlüsse zur Folge hat, ist die Vorschrift über die Beurkundung der Beschlüsse mehr eine formale und es kann im Zweifelsfalle nach einer Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts, der Nachweis, daß die Gemeindeversammlung wirklich einen giltigen Beschluß gefaßt hat, auch auf jede andere nach der Sachlage mögliche Weise erbracht werden.

Gegen eine Arbeitslosenzählung sprach sich der Braunschweiger Stadtmagistrat aus. Die sozialdemokratische Fraktion hatte vor einigen Wochen beantragt, eine solche Zählung vorzunehmen und das Kollegium überwies am 21. Januar diesen Antrag dem Magistrat zur Berücksichtigung und mit dem Ersuchen, baldigst eine Arbeitslosenzählung nach dem Vorgang anderer Städte in die Wege zu leiten.

Der Stadtmagistrat hat diesen Antrag nunmehr in einem den Stadtverordneten zugesandten Schreiben rundweg mit der albernen Begründung abgelehnt, „daß jeder Versuch, durch eine besondere Auszählung der Arbeitslosen zuverlässige, brauchbare Unterlagen zu gewinnen, nach den in Berlin und anderen Städten gemachten Erfahrungen außerordentlich unsichere Ergebnisse erzielen würde." Die Heranziehung der Gewerkschaften zur Mitarbeit bei der Arbeitslosenzählung glaubt der Magistrat damit abtun zu können, daß er erklärt, diese Berufsvereine seien, ganz abgesehen von sonstigen Bedenken, zu mannigfaltiger Natur. — Schließlich bemerkt er, daß ihm zur Feststellung der Arbeitslosigkeit genüge, die Zahl der Arbeitslosen zu wissen, die sich bei dem städtischen Arbeitsamt als arbeitsuchend gemeldet haben.

Freisinnige Steuergrundsätze in der Stadtverwaltung. In Hagen (Westfalen) wurde eine kommunale Biersteuer eingeführt. Interessant bei der Debatte waren die Bemerkungen des Oberbürgermeisters Cuno, daß er als freisinniger Parlamentarier (er ist Reichstagsabgeordneter) gegen indirekte Steuern sei, aber politische Erwägungen könnten für ihn nicht maßgebend sein, wenn das Wohl der Stadt in Frage komme.

Acht Freisinnige stimmten für die Vorlage, die mit 24 gegen 21 Stimmen angenommen wurde.

Arbeitslosen-„Fürsorge". Bei der Arbeitslosenzählung in Altenburg (S.-A.) wurden 650 Arbeitslose festgestellt. Nach einer sechsfachen Prüfung durch das Armenamt wurden 150 Personen für „würdig" befunden, an den Notstandsarbeiten teilzunehmen, für die 10 000 Mk. von der Stadtverordnetenversammlung bewilligt worden waren. Den Leuten wurden bei achtstündiger Arbeitszeit 25 Pfg. pro Stunde bezahlt. Durch unsere Genossen wurde die Art gerügt, wie in der sechsfachen Sieberei die Ursache der Arbeitslosigkeit durch Umfrage bei den Unternehmern durch Schutzleute usw. festgestellt wurde. Daß der Magistrat von den 10 000 Mk., die für Arbeitslose bewilligt worden waren, auch noch 3000 Mk. für Werkzeuge und Materialien (Steine) ausgegeben hatte, wurde gleichfalls gerügt. Der Herr Oberbürgermeister Okwald nahm diese Kritik zum Anlaß, über die sozialdemokratische Undankbarkeit zu jammern. Das ist kommunale Arbeitslosen-„Fürsorge".

Unterstützung der Arbeitslosen. Die vom Gewerkschaftskartell Flensburg vorgenommene Arbeitslosenzählung ist nicht ohne Erfolg geblieben. Nachdem schon vor einigen Wochen die zweite Rate zur Fortsetzung der Notstandsarbeiten von den städtischen Kollegien bewilligt worden war, kam heute der Magistrat mit einem neuen Antrage. Die von der Polizei vorgenommene Kontrolle des dem Magistrat vom Kartell übermittelten Zählmaterials hat ergeben, daß sämtliche Gezählten am Zähltage arbeitslos waren. Zwar wurde vom Magistrat ein Teil ausgeschieden, die nach seiner Meinung nicht durch den wirtschaftlichen Niedergang arbeitslos waren, aber es blieben noch viele Hunderte zurück. Zudem mußte der Magistrat selbst zugeben, daß andere seit der Zählung arbeitslos wurden. Da bei den Notstandsarbeiten nur ein kleiner Teil Beschäftigung findet, hat die große Mehrzahl nichts. Viele der Arbeitslosen können es nicht über sich bekommen, die öffentliche Armenpflege in Anspruch zu nehmen. In der am 8. März stattgefundenen gemeinschaftlichen Sitzung beantragte der Magistrat: „Alle Arbeitslosen, die in Flensburg heimatsberechtigt sind, nachweislich keine Arbeit finden können, keine Armenunterstützung beziehen und länger als vier Wochen arbeitslos sind, erhalten von der Stadt wöchentlich ein zinsfreies Darlehen bis zu 12 Mk., rückzahlbar nach 6 Monaten." Nach Annahme des Antrags wurden 10 000 Mk. dafür bewilligt.

Industrie, Handel und Verkehr.

Der Preiswucher der Braunkohlen-Syndikate. Während die Preispolitik des Rheinisch-Westfälischen Kohlensyndikats ständig der berechtigten scharfen Kritik unterzogen wird, findet die nicht minder rücksichtslose und wirtschaftlich gemeingefährliche Politik der Braunkohlensyndikate leider nicht die gebührende Beachtung. Ebenso schnell wie die Braunkohlen- und Brikett-Industrie Deutschlands an Ausdehnung und Bedeutung zugenommen hat, so schnell ist auch die Syndizierung der Braunkohlenwerke erfolgt. Mit der kürzlichen Neuerrichtung des mitteldeutschen Braunkohlensyndikats unter Einbeziehung vieler bisher außenstehender Werke ist die Braunkohlen-Kartellierung fast lückenlos geschlossen. Die Vereinigung der einzelnen Syndikate zu einem Gesamtsyndikat wird eifrig angestrebt, die noch bestehenden Differenzen sind gewiß nicht unüberwindbar, schon heute bestehen z. B. zwischen der rheinischen Braunkohlenindustrie und der mitteldeutschen Braunkohlenindustrie sehr intime Beziehungen. Die Hauptinteressenten aus der rheinischen Braunkohlenindustrie sind an den Braunkohlenwerken im mitteldeutschen Revier beteiligt. Die in der Niederlausitzer Brikettverkaufsgesellschaft vereinigten Braunkohlen- und Brikettwerke lassen aus den Abschlüssen für das verflossene Geschäftsjahr 1908 am deutlichsten erkennen, in welchem Umfange der Preiswucher auch während der diesmaligen Krisenperiode von der Braunkohlenindustrie betrieben wurde. Die Gesellschaft „Ilse" bringt für 1908 22 Proz. gegen 20 Proz. Dividende für 1907 zur Verteilung, die Gesellschaft „Eintracht" kann ihren Aktionären eine Dividende von 22 Proz. gegen 22 Proz. i. V. bieten, die Niederlausitzer Kohlenwerke werden 12 Proz. Dividende gegen 10 Proz. i. V. zur Verteilung bringen. Nach Angaben aus Kreisen des Kohlengroßhandels, die der „B. Z." zugehen, galten für Briketts der Gesellschaft „Eintracht" vom April 1907 folgende Preise: Salon-Format Sommer 102 Mk., Winter 107 Mk., Würfel-Format Sommer 87 Mk., Winter 92 Mark. Im Jahre 1908 war das Niederlausitzer Syndikat errichtet worden, es diktierte für die Zeit vom April 1908 bis zum März 1909 nunmehr Preise für Salon-Format Sommer 108 Mk. (plus 6 Mk.), Winter 118 Mk. (plus 11 Mk.), Würfel-Format Sommer 96 Mk. (plus 9 Mk.), Winter 106 Mk. (plus 14 Mk.). Das Niederlausitzer Syndikat hat es also zustande gebracht, für die Zeit der schwersten wirtschaftlichen Depression Preissteigerungen bis zu 13,4 Prozent durchzusetzen. Für das Jahr 1909/10 sind für einzelne Sorten kaum nennenswerte Ermäßigungen gewährt worden. Diese skandalöse Preispolitik des Niederlausitzer Syndikats wurde aber auch von den anderen Syndikaten betätigt. Angesichts einer solchen Wirtschaft klingt es wie Hohn, wenn die Verwaltung der Gesellschaft „Eintracht" in ihrem letzten Geschäftsbericht die gemäßigte Preispolitik des Niederlausitzer Syndikats rühmt und trotz der zahlenmäßig nachzuweisenden Preissteigerung behauptet, daß von einer allgemeinen Preiserhöhung im Hinblick auf die allgemeine Lage abgesehen wurde. Immer und immer wieder muß darauf hingewiesen werden, daß die großen Brikettverbraucher, besonders die Gemeinden, nicht unterlassen dürfen, zur Verhütung eines noch stärkeren Preiswuchers sich einen entsprechenden Einfluß in Braunkohlengesellschaften zu sichern, zögern sie noch lange, so werden sie bald einer Macht wie der des Rheinisch-Westfälischen Kohlensyndikats auch in der Braunkohlenindustrie gegenüberstehen.

Militärisches.

Erpressung. Frankfurt a. M., 10. März. Das Kriegsgericht verurteilte heute den Musketier Karl Jakob Kiesel von der 5. Komp. des 166. Inf.-Reg. in Hanau wegen Erpressung zu 6 Monaten Gefängnis und Versetzung in die zweite Klasse des Soldatenstandes. Kiesel hatte einen Frankfurter Gastwirt brieflich anonym aufgefordert, ihm 20 Mk. postlagernd Hanau zu schicken, widrigenfalls ihm eine Anzeige wegen Vergehens gegen § 175 drohe.

Gehorsamsverweigerung. Glogau, 10. März. Das Oberkriegsgericht des 6. Armeekorps verurteilte den Kanonier Paul Bzonsa vom 6. Fußartillerieregiment wegen Gehorsamsverweigerung usw. gegen einen Vorgesetzten zu 4 Jahren Gefängnis.

Vereins-Kalender.

Freitag.

Männer-Gesangverein „Freie Stunde" 9 Uhr bei Sewing, Bürgerweg 93.
Gesangverein „Concordia" 9 Uhr bei Kleinert.
„Teutonia I" 9 Uhr bei Kahl, Herforderstraße 137.
Zitherklub „Alpenrose". Rickes, Nebelswall.
Freie Turnerschaft Bielefeld, Abt. „Vorwärts" 8½ Uhr bei Freudenau, Heeperstraße.
— **Abt. „Eintracht" 8½ Uhr bei Langewort, Detmolderstraße.**
— **Abt. „Eichenkranz" 8½ Uhr b. Lohmann, Altenschildescherweg.**
— **Abt. „Jahn" 8½ Uhr bei Stockbrügger, Turnerstraße.**
— **Abt. „Gadderbaum" 8½ Uhr bei Brackfiel, Hallerweg.**
— **Abt. „Hoffnung" 8½ Uhr bei Apenbrink, Herforderstraße.**
Bielefelder Kraftsportvereinigung 9 Uhr im „Berliner Hof".
Freie Radfahrer-Vereinigung, Abteilung 5, 9 Uhr bei Apenbrink.
Radfahrerverein „Tourist" Sitzung bei Helms, Jöllenbeckerstr.
Radfahrerverein „Transvaal" 9 Uhr bei Wirt Höner zu Eißen.
Radfahrerklub „Flora" 9 Uhr bei Wöhler, Heeperstraße.
Kegelklub zu den drei Linden 9 Uhr bei Kickert, Eblentrupperweg.
Buttemplerorden. Loge Bielefeld. 8½ Uhr. Gr. Kurfürstenstr. 51.
Ringklub „Aberg" 8½ Uhr bei Karl Blome, Webereistraße.
Brackwede. Arbeiter-Turnverein „Frisch Auf" 8½ Uhr bei Karl Schröder.
Brackwede. Arbeiter-Radfahrerverein „Freiheit" 8½ Uhr bei Karl Schröder.
Brackwede. Kraft-Sport-Verein 8½ Uhr bei Karl Schröder.
Theesen. Arbeiter-Gesangverein „Horstheide 8½ Uhr bei Wilhelm Meier-Ditrich.
Sudbrak. Arb.-Turnverein „Frisch Auf" b. Wirt Fohrmann.
Schildesche. Radfahrerklub „Einigkeit" 8½ Uhr im Hellingskrug.
Schildesche. Arb.-Turnverein „Deutsche Eiche" 8 Uhr bei Lechterbeck.
Schildesche. Arbeitergesangverein „Schildesche" 8½ Uhr bei Höner, Bielefelderstraße.
Schildesche. Kegelklub „Fortuna" 8½ bei Siekmann, Herforderstraße 8.
Dornberg. Turnverein Jahn 7—9 Uhr bei Judiestel, Bürgerweg.
Enger: Turnverein „Eintracht" 9 Uhr im Niermannschen Saale.
Herford. Arbeiter-Turnverein „Stiftberg" 9 Uhr bei Wirt Tiemeyer.
Herford. Arb.-Radfahrerverein „Freie Radler" 9 Uhr im Restaurant „Zur Traube", A. Seeger.
Herford. Arbeiter-Turnverein „Vorwärts" 9 Uhr bei Wirt Brockmann.
Herford. Turnverein „Eichenkranz" 9 Uhr bei Läge.
Sundern. Arbeiter-Turnverein „Freiheit" 9 Uhr bei Wirt Mester.
Oetinghausen. Arbeiter-Turnverein „Eichenkranz" 9 Uhr beim Wirt Düsdicker.
Spenge. Arb.-Turnverein „Einigkeit" 8¾ Uhr bei Heitmann.
Porta. Freie Tunerschaft, Turnabteilung abends 7 Uhr bei Herrn Fricke.
Rehme. Arbeiter-Radfahrerverein „Bahn frei" 8½ Uhr bei Möbke.
Rehme. Freie Turnerschaft 9 Uhr bei Röbke.
Werther. Arbeiter-Turnverein „Frisch Auf" 9 Uhr.
Rheda. Arbeiter-Gesangverein 8½ Uhr bei August Kipp.
Lage. Kraft-Sport-Verein 8½ Uhr bei Karl Voß, Langestr.
Lemgo. Freie Turnerschaft 8½ Uhr in Gasthaus Zu den drei Linden.
Detmold. Arbeiter-Gesangverein 8½ Uhr in der „Centralhalle".
Minden. Freier Turnerbund abends 8½ Uhr.
Stadthagen. Freie Turnerschaft 7½—9½ Uhr im Schaumburger Hof.
Stadthagen. Arbeitergesangverein „Edelweiß" 7—9 Uhr.

Kleines

Dr. Egbert Müller †. U
wir bereits gemeldet haben, i
kleine Dr. Egbert Müller, d
Das verschrumpfte, verhutzelte
merischen Augen, die hinter d
eines Kindes in diese Welt be
aufgehört. Nach mehrwöchige
hingegangen in die Gefilde der
denen er sich auf Schritt und
in jedem verdunkelten Raum
rätselhaften Aeußerungen offe
heit, er, der so oft getäuscht
weiter glaubte, trotz aller En
es sei nur an das Blumen
immer weiter kämpfte für d
Gemütes überzeugt war. Da
Lebens. Dr. Egbert Müller
eine der bekanntesten Perso
zwar, über dessen Erscheinu
Taten man lächelte, dessen G
einflößen mußten. Kein Spo

Konfirma
in grösster Auswa
F. Klei
Grösstes Spezial

Jugendl. Arbeit
14 bis 16 Jahre alt, für so
gesucht von
Schuhfabrik Westfa
Kröger & Co.
Herforderstraße 99/101.

Herford.

Sozialdem. Verein Herford-Ha
Ortsgruppe Friedenstal
Am Sonnabend, 13. M
abends 9 Uhr:
Mitgldr.-Versammlu
Tagesordnung:
Bericht von der Bezirksparte
ferenz in Herford.



Vertreter: Ad. Fischer, Bielef

Sofas
Vertikows
Spiegel
enorme Auswahl
billigste Preise be
F.
Mertens

Kleines Feuilleton.

Dr. Egbert Müller †. Ueber Dr. Egb. Müller, dessen Tod wir bereits gemeldet haben, schreibt der „Tag“: Er ist tot, der kleine Dr. Egbert Müller, der Geisterseher und Geistersucher. Das verschrumpfte, verhutzelte Männchen mit den blauen, träumerischen Augen, die hinter dicken Brillengläsern mit dem Blick eines Kindes in diese Welt der Wirklichkeit sahen, hat zu atmen aufgehört. Nach mehrwöchigem Krankenlager ist er gestern dahingegangen in die Gefilde der Geister, die er so oft gerufen, von denen er sich auf Schritt und Tritt umweht glaubte, die sich ihm in jedem verdunkelten Raum mit Klopf- und Glockentönen, mit rätselhaften Aeußerungen offenbarten. Jetzt weiß er die Wahrheit, er, der so oft getäuscht wurde und trotz alledem immer weiter glaubte, trotz aller Enthüllungen, trotz aller Prozesse — es sei nur an das Blumenmedium Anna Rothe erinnert — immer weiter kämpfte für das, wovon er in der Tiefe seines Gemütes überzeugt war. Das war die Tragik dieses seltsamen Lebens. Dr. Egbert Müller ist 79 Jahre alt geworden; er war eine der bekanntesten Persönlichkeiten in Berlin, ein Mann zwar, über dessen Erscheinung, über dessen Meinungen und Taten man lächelte, dessen Glaubensstärke aber jedem Respekt einflößen mußten. Kein Spott und kein Hohn vermochten diesen Glauben zu erschüttern. Ueber all das tröstete ihn das eine hinweg, daß er eine Gemeinde hatte, Anhänger, denen seine Worte Offenbarungen waren, offene Anhänger, aber auch heimliche. Er gehörte zwei Fakultäten als Doktor an. Er war Philosoph und Jurist und wirkte seit Jahren als juristischer Sachverständiger in literarischen Fragen. In seinen Kreisen genoß er unbedingtes Vertrauen. Was verlangte man nicht alles von ihm! Ein Mädchen hat den Schatz verloren, — Dr. Müller wird zu Hilfe gerufen. Die Geister sollen den Ungetreuen zurückbringen. Ein Kassierer ist durchgebrannt — Müller sollte bei den Geistern erfragen, wo er steckte . . . Tag für Tag kamen sie und fragten ihn. Und er wußte jedem, wenn auch nicht zu helfen, so doch zu raten. Wenn aber die „Geister“ ihn im Stich ließen, dann lag es nicht an ihnen, wie Müller glaubte, sondern an ihm, weil er nicht die richtige Beschwörungsformel gefunden. Müller wurde im September 1830 zu Magdeburg als Sohn eines preußischen Offiziers geboren. Durch die Familie seines Vaters war er mit dem Geschlecht der Grafen Schwerin und dem freiherrlichen Hause von Witten verwandt, während er mütterlicherseits aus der Gelehrten- und Humanisten-Familie Agricola abstammte. In jüngeren Jahren war Müller auf dem preußischen Ministerium des Innern in der Stellung eines Geheimsekretärs, sowie als Dezernent für literarische Angelegenheiten auf dem Berliner Polizeipräsidium tätig. In den letzten 30 Jahren seines Lebens hat sich Dr. Müller von jeher dienstlichen Tätigkeit zurückgezogen, um sich der Erforschung der spiritistischen Phänomene hinzugeben. Zum ersten Male trat er, wie erinnerlich sein wird, als spiritistischer Schriftsteller an die Oeffentlichkeit mit einer Verteidigungsschrift für den Bauernknaben Karl Wolter, welcher als Unruhstifter und Urheber des „Spukes von Resau“ zu einer mehrmonatigen Gefängnisstrafe verurteilt wurde. Seitdem hat Dr. Egbert Müller wohl in allen Strafsachen, die eine Beziehung zum Spiritismus hatten, wie besonders in den einst viel besprochenen Prozessen gegen das Blumenmedium Anna Rothe, sowie gegen das „Materialisationsmedium“ Valeska Töpfer eine hervorragende Rolle als Sachverständiger gespielt.

Die größte Uhr der Welt. Eine Riesenturmuhr und wahrscheinlich die größte Uhr der Welt wird, wie man uns mitteilt, gegenwärtig in Neuchâtel in der Schweiz für das Hauptpostamt in Algier konstruiert. Das Zifferblatt dieser durch Elektrizität angetriebenen Uhr hat einen Durchmesser von nicht weniger als 6,50 Meter, und die Größe der Zahlen, die die Stunden bezeichnen, beträgt 1,10 Meter. Die Entfernung von einer Minute zur anderen beträgt 34 Zentimeter und die von einer Stunde zur anderen 1,70 Meter.

Konfirmanden-Hüte
in grösster Auswahl zu billigsten Preisen.
F. Kleinemeyer,
Grösstes Spezialputzgeschäft am Platze. 1405

Jugendl. Arbeiter
14 bis 16 Jahre alt, für sofort gesucht von 1462
Schuhfabrik Westfalia
Kröger & Co.
Herforderstraße 99/101.

Herford.
Sozialdem. Verein Herford-Halle
Ortsgruppe Friedenstal.
Am Sonnabend, 13. März, abends 9 Uhr:
Mitgldr.-Versammlung
Tagesordnung:
Bericht von der Bezirksparteikonferenz in Herford. 1465



Vertreter: Ad. Fischer, Bielefeld.

Sofas
Vertikows
Spiegel
enorme Auswahl,
billigste Preise bei
F. Mertens. 1450

Herford.
Am Sonnabend, den 13. März, feiert der
Arb.-Turn-Verein „Einigkeit“
sein diesjähriges
Kappen-Fest
im Lokale des Wirts H. Freitag, Ahmstraße.
Auftreten erster Komiker.
Anfang 8 Uhr. 1447
Hierzu sind alle Arbeiter und Turner freundlichst eingeladen.
Der Vorstand.

Diese Woche wieder
gutes Rindfleisch
Pfund 60 Pfg.
Kalb- u. Schweinefleisch
zu billigen Preisen.
Verschiedene Wurstwaren und Aufschnitt
empfiehlt 1723
Fritz Ellenbeck,
Metzgermeister,
Herford
Lübberstr. 24. Telephon 417.

Wichtig!
für 1466
Hausbesitzer, Mieter, Bauunternehmer!
Halb verschenkt!
werden ca.
25000 Rollen Tapeten!
Für die **Saison 1909** kaufte ich eigens ein **grosses Fabriklager** und soll dieses, wie auch mein vorjähriges Lager unter allen Umständen schnellstens
ausverkauft
werden. Ich stellte die **Preise dermassen billig,** dass es sich **tatsächlich** für **jedermann lohnt, Tapeten jetzt schon,** selbst für später, zu kaufen. So **billig,** wie ich **verkaufe,** kann ich die Sachen **regulär kaum einkaufen** und dürfte sich in absehbarer Zeit solche **günstige Gelegenheit nicht** wieder bieten.
Durchgängig moderne Sachen! Keine Ladenhüter!
Tapeten, Wert 15—22 ₰, jetzt 7—13 ₰ p. Rolle
Goldtapeten Wert 30—35 ₰, jetzt v. 13 ₰ p. Rolle an
moderne Stoffsachen,
Ton in Ton Wert 50—60 ₰, jetzt 25—30 ₰ p. Rolle
Schwere Fond- und Ingraintapeten,
Wert 1.00—1.60 ℳ, jetzt 25—60 ₰ p. Rolle
Borden p. Mtr. von 2 ₰ an
„ 15—20 cm breit, p. Mtr. von 5 ₰ an
Bitte beachten Sie gefl. meine Schaufenster!
Aug. Eggers
Rathausstrasse 7. Telephon 1296.
Filiale Minden, Bäckerstrasse 15.

Milchuntersuchung.

Die chemische Untersuchung entnommener Milchproben hatte folgendes Ergebnis:

Name des Milchverkäufers	Untersuchungs-Ergebnisse: spezifisches Gewicht	Fettgehalt	Trockensubstanz	Bemerkungen
Rob. Taake	1,032	2,9 %	11,98 %	Die Milch entspricht den Anforderungen
Rauschenbach	1,031	2,8 %	11,73 %	
Nacke	1,032	2,7 %	11,58 %	
Echternkamp	1,031	2,7 %	11,52 %	
Gust. Hellmann	1,031	2,1 %	10,45 %	Die Milch entspricht nicht den Anforder.
Fritz Greife	1,031	2,4 %	10,70 %	

Vollmilch muß enthalten: 1,028 bis 1,034 spezifisches Gewicht, 2,7 % Fettgehalt und 11,5 % Trockensubstanz.

Herford, den 8. März 1909.

Die Polizeiverwaltung.
Der II. Bürgermeister. J. V.: Dr. Heß.

Biograph-Zentrale
Alter Markt 4 **HERFORD** Alter Markt 4
bleibt unerreicht! 1470
Programm:
Sonnabend 5 Uhr. Sonntag 3 Uhr.
Das grosse Stiergefecht in Nimes. (Aeußerst spannend).
In diesem Stiergefecht büßen 6 edle Pferde sowie mehrere Picadeure ihr Leben ein. **Die größte Sehenswürdigkeit, die jemals geboten.**
Das Geduldspiel. (Herrlich koloriert).
Schafskopf will sich das Leben nehmen. (Lehmanns größte Attraktion).
Der elektr. Schutzmann welcher sich zur Verfolgung von Individuen elektrische Stiefel anlegt. (Zum Wälzen.)
Der Regimentsbarbier. Ein derartiges Schnellbarbieren spottet jeder Konkurrenz, in 5 Minuten rasiert er eine ganze Kompagnie.
Des Schmugglers Liebchen. (Drama.) Eine Aufopferung, wie es von einem weiblichen Wesen kaum glaublich ist. Rührend, aus dem Leben gegriffen.
Szenen aus der französischen Revolution. (Drama.) Rührende Schaustellung inklusive Hinrichtung Kaiser Karl V.
Es ladet ergebenst ein **Die Direktion.**

Persil
Das vollkommenste selbsttätige
Waschmittel
von unerreichter Wirkung. Pakete à 35 u. 53 Pf.
Lesen Sie in Ihrem Interesse die nächste Anzeige.

Achtung! Bünde. Achtung!
Sonntag, 14. März, nachm. 4 Uhr, bei Gastwirt Nübel, Neuestraße:
Große außerordentliche
Holzarbeiter-Versammlung
aller in der Holzindustrie beschäftigten Arbeiter u. Arbeiterinnen.
Die Tagesordnung ist besonders wichtig und der Jetztzeit entsprechend gewählt.
Referent: Kollege **W. Schneegaß,** Berlin (vom Verbandsvorstand.)
Kollegen! Diese Versammlung ist außerordentlich wichtig, wir wissen, wie wir alle unter dem Druck des wirtschaftlichen Niederganges leiden, darum muß jeder Holzarbeiter unbedingt anwesend sein.
1469 **Der Einberufer.**

Wer die „Volkswacht“ unterstützt, ist wert, auch von den Leserinnen und Lesern der „Volkswacht“ unterstützt zu werden.

Betten
in nur bester Qualität
liefern zu den
billigsten Preisen
Gebr. Gottschalk,
Bielefeld, Niedernstr. 29/31. 809

Kleine Anzeigen-Ecke.

Jedes Wort kostet nur 2 Pfg., in der fetten Ueberschrift 10 Pfg. ✱ Worte mit mehr als 15 Buchstaben werden doppelt gerechnet.
Anzeigen unter dieser Rubrik werden nur bei Vorausbezahlung angenommen.

Konfirmationsgeschenke
in Uhren, Ketten, Schmucksachen kaufen Sie bei mir stets am besten und billigsten. A. Heuer, Uhrmacher, Niederwall 12. [1302*

Verehrte Hausfrau!
Meine Süßrahm-Land-Margarine, per Pfd. 70 und 80 Pfg., nebst den bekannten Zugaben, ersetzt in jeder Weise beste Naturbutter. Machen Sie bitte den Versuch. Kaufhaus Kreuzstraße 28. [1152

Kleiderschränke
von 25 Mk., Bettstellen 15 Mk., Tische 5 Mk. an. Nur Lager, kein Laden, daher billiger als jede Konkurrenz. Brunnenstraße 12 a, 2 Min. vom Stadttheater. [949

Wecker,
Taschenuhren, Uhrketten, Zimmeruhren besichtigen Sie ohne Kaufzwang und überzeugen sich, daß Sie nur bei mir reell und am billigsten kaufen. Adolf Heuer, Uhrmachermeister, Niederwall 12. [1303*

Nur
noch kurze Zeit, wegen Umzug, dauert der Totalausverkauf sämtlicher Schuhwaren weit unter früherem reellen Wert. Auf Konfirmandenstiefel erfolgt extra Vergütung. Heinr. Meyer, Mellerstraße 26. 1305*

Saiten
für Geige, Zither, Mandoline sowie Zubehörteile kaufen Sie am besten bei A. Heuer, Uhrmacher, Niederwall 12. [1301*

Nähmaschine,
gebraucht, gut erhalten, zu verkaufen. Brackwede, Kaiserstr. 178. 1431*

Preis-Skat!
Sonnabend, 13. März, abends 9 Uhr, bei Heinrich Kaiser, „Hammer Mühle“, Mühlenstraße 36. 1444

Preis-Skat
Sonnabend bei G. Freudenau, Hecperstraße. 1458

Preis-Skat
Sonntag, den 14. März, nachmittags 5 Uhr, bei Carl Hagemann. [1451*

Restaurant Schloßhof.
Sonntag, den 14. März, nachmittags 5 Uhr: Großer Preis-Skat. W. Ellermeyer. [1457*

Herde,
Oefen und Haushaltungsgegenstände in großer Auswahl, auch bei Teilzahlungen, empfiehlt C. Brakemeier Rohrteichstraße 72, gegenüber der Schule. 570

Eier
Pfd. 60 Pfg. Hille. 1410*

Apfelsinen
12 Stück 25 Pfg. Hille. [1409*

Eier,
frische, 1 Pfd. 65 Pfd., 2 Pfd. 1,25 Huch, Bleichstraße. [1426*

Heringe,
grüne, blutfrisch, 4 Pfd. 35 Pfg. empfiehlt Rose, Arndtstr. 36. [1463*

Kartoffeln
empfehle garantiert frostfreie hiesige Magnum bonum zum billigsten Preise. W. Heitkamp, Webereistraße Nr. 14. Telephon 1639. [1467*

Bäckergeselle, 1430*
jüngerer, der auch in der Feinbäckerei bewandert ist, sucht Stellung zum 1. April oder später. Hugo Kornfeld, Gütersloh, Berlinerstr. 243.

Lehrmädchen
für Aussteuernäherei gesucht. Johannistal 1. 1464*

Wohnungen
von 3 und 4 Räumen in allen Preislagen, zum 1. April oder später zu vermieten. F. Manter, Mellerstraße Nr. 59a. 1407*

Räume,
1 oder 2 große, zum 1. April zu vermieten. Kronenstraße 11a. [1468*

Fabrik
für Lagerräume billigst zu vermieten. Daselbst 1 Wohnung mit 4 resp. 5 Räumen frei. Wirt Freudenau, Hecperstraße. [1459

Heringe, [1425*
grüne, blutfrische, soeben eingetroffen. 2 Pfd. 15 Pfg. Huch, Bleichstraße.

Halte
den geehrten Bewohnern von Sieker und Umgegend mein Sarg-Magazin, sämtliche Bedarfsartikel bei Sterbefällen, sowie meinen modern ausgestatteten Leichen-Wagen bestens empfohlen. Adolf Kley, Sieker, bei Schule III. [561

Danksagung.
Für die Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meiner lieben Frau sage ich allen Verwandten, Freunden und Bekannten, sowie meinen Mitarbeitern der Spinnerei Vorwärts, Abt. Hechelei, für die Kranzspenden meinen 1472*
innigsten Dank!
Wilh. Hellweg nebst Kinder.

Bitte lesen, ausschneiden



und in Zahlung geben!

Bei **jedem** Paar

Konfirmanden-Stiefel

nehmen wir obiges 50 Pfg.-Stück in Zahlung.

Neue Formen. **Grosse Auswahl.**

Haupt-Preislagen:

6.50 **8.50** **10.50**

Schuh-Palast

Zuckerberg,

32 Niedernstrasse 32.

1445

1471

Toiletten-Seifen:

Blumen-Moschus-Glycerin-Seife	Stück	9 ₰
Abfall-Seife	3 Stück	20 ₰
Hilda-Seife		15 ₰
Lanolinseife		25 ₰
Apotheker Döring-Seife		18 ₰
Eau de Cologne-Seife	65 und	22 ₰
Aachener Thermal-Toiletteseife	45 und	25 ₰
Blumenseife	20 und	10 ₰
Lilienmilchseife	30, 22 und	20 ₰
Rasierseife		8 ₰
Gallseife		8 ₰
Solarine Handscheuerseife		10 ₰
Bay-Rum	Flasche	42 ₰
Franzbranntwein	Flasche	50 ₰
Birkenwasser	Flasche	125
Eau de Quinin	Flasche	75 ₰

Jungmann

Niedernstrasse 34.

Gewerkschaftskommission Schildesche!

Sonntag, den 14. März, abends 6½ Uhr,
im Lokale des Herrn **Wilhelm Lücking,** Bielefelderstraße:

Rezitations- u. Liederabend

ausgeführt von der
Volkssängerin Frau **Margarete Walkotte-Berlin.**

Entree à Person **20** Pfg. — Anfang präzise.

Zu diesem höchst genußreichen Abend laden wir die organisierte Arbeiterschaft von Schildesche ergebenst ein. 1456

Konfirmanden-Hüte

1449

Mk. **2.00, 2.25, 2.50, 3.00** etc.

in den neuesten Formen und **guten, bewährten** Qualitäten, empfiehlt :: ::

Heinr. Hehner,

Gehrenberg 1. **Fernsprecher 1460.**

Hochzeits-Einladungen fertigt schnell und sauber an **Buchdruckerei „Volkswacht".**

Zentral-Verband der Schuhmacher,

Zahlstelle Bielefeld

feiert am **Sonntag, den 14. März 1909,** im Lokale des Herrn **Imkamp,** Engerschestraße 1, sein diesjähriges

Stiftungs-Fest

verbunden mit Ball und sonstigen Belustigungen.

Zu diesem Feste ladet ganz ergebenst ein 1448

Das Fest-Komitee.

Brackwede. Restaurant Heinr. Bischoff.

Sonntag, den 14. März, [1473*

unter Mitwirkung der **3 fidelen Eggetaler:**

Grosser Bockbier-Abend.

Verkauf nur Bahnhofstrasse 19 (im Langendorfschen Lokal)

feinster und bester Herren- und Knaben-Konfektion, Arbeiterkleider,

zu Schleuderpreisen.

1460

Von morgen Sonnabend ab weiter ausgelegt:

Jedes Teil fast für die Hälfte des früheren Preises!

1 Bestand blauer Köper-Arbeiter-Anzüge	2.50
1 Bestand hochfeine Fantasie-Westen darunter auch Sammetwesten	1.80
1 Bestand Buckskin-Herren-Hosen	2.50
1 Bestand Knaben-Lodenjoppen	75 ₰

1 Bestand Herren-Anzüge solange Vorrat	7.50
1 Bestand hochfeine Herren-Anzüge solange Vorrat 18.00 und	13.50
1 Bestand Knaben-Paletots u. Anzüge 6.50 4.50 und	2.50
1 Bestand Burschen-Anzüge 9.50 und	6.50

Es kann sich jeder von der Billigkeit überzeugen!

Verkauf nur Bahnhofstrasse 19 (im Langendorfschen Lokal).

2.

Nr. 60.

Haarabische Bea
vor G

1s.

Der zweite Akt im Drama
Staatsgruben an der Saar nahm
Strafkammer des hiesigen Land
des Publikums seinen Anfang un
dauern, da nicht weniger als 1
der Anklagebank erschienen 30 A
18 Bergleute der Grube „Göttel
steigers Pietz, die auch als Ang
prozeß beteiligt und mit 14 Ta
Von den Angeklagten sind siebe
Meineids bezw. Verleitung zum
resp. Gefängnisstrafen bestraft w
resp. Gefängnis vorgeführt Be
zum Meineid Obersteiger Mich
und wegen Meineid die angeklag
Zuchthaus, Götzinger 15 Mo
Schmidt 9 und Brettschn
Außer dem mit Zuchthaus bestra
dem mit Gefängnis bestraften,
geführten Fahrsteiger Rietz bes
Grube „Göttelborn" unter den
und die Steiger Ruppert,
Heinrich, Rollinger, S
Die Verhandlung wird ge
Magnus, während die Anklage
Figge und Staatsanwalt Mi
Angeklagten stehen nur vier Ver
im ersten Prozeß. Als Sachverst
Bergwerksdirektor Dr. Herbig
und Groß.

Von den Angeklagten gesteht
die Schuld ein. Er gibt zu, n
hindurch von Bergleuten Geldg
bestreitet aber entschieden, daß
gelder gehandelt hätte und daß
Vorteile gehabt hätten. Das sei
wesen, weil nicht er, sondern se
der Fahrsteiger die Gedinge ab
fluß ausgeübt habe. Er habe sic
funden, das hätten seine Arbeit
unterstützt, ohne die Absicht zu h
verhältnis begünstigt zu werde
daß sein Gehalt auf 3700 Mk. n
die Bergleute mithin nicht die H
er sich dennoch von ihnen unters
zwischen 5 und 10 Mk. geschwan
gegeben worden.

Sämtliche weiteren Angekl
Schuld, trotzdem sie vom Vors
ermahnt werden, doch die Wahr
direkt auf den Kopf zusagt, w
aufbinden wollten, sollten sie sic
Die Steiger bestreiten nicht, G
es kein Bestechungsgeld gewesen.
mannsfreund" bezahlt, der and
nationalliberalen Wahlverein, wäh
Bau einer katholischen Kirche
leute, die in der Voruntersuchun
legt, die als Zeugen während de
Eid bekundet hatten, daß sie
gegeben haben, leugnen in der
Der Angeklagte Bergmann K
alles, was er vor dem Unter
falsch sei, daß er vor dem Un
Anschuldigungen gegen seine K
hoben habe, obschon alles gelogen
Diese Handlungsweise erklärt e
Kümmernisse ganz gestört gewes
Auf Antrag des Staatsanwa
Angeklagten vor dem Untersuch
wir das Wesentliche wiedergeb
Hony hat eingestanden, als

Er

Sozialer Roman aus

2

Ein entschlossener Ausdruck
„Ist es nicht besser," fragte er,
einer solchen Aufgabe zu erpro
zugehen, als sich mit Kleinigkeit
voraus weiß, daß sie nicht fehls
mal z. B. Weizen. Weizen ist
mittel der Welt. Ohne Weizen
dennoch erheben die Zeitunge
zeitungen, wie du sie nennst —
Gegenstand schweißvoller Spek
der Produzent, der kleine Ma
den Weizen baut, ruiniert, son
Brot verkleinert und verteuert
Verbrechen, wenn diese Anklage
ist es auch wirklich der Fall un
heit, oder übertreiben sie mar
tun?"

Er tat einige Züge an seine
Rauchwolken nach und fuhr bel
„Ein abscheulicheres Verbre
die ganze Menschheit kein ande
hätte, könnte sie leben und exi
Wir sind die Ernährer der V
einigten Staaten. Wenn unse
eine Mißernte haben, so gibt
zivilisierten wie halbzivilisierte
sollen gewissenlose Spekulanten
kostbare Produkt der Erde zu u
Börse zu benutzen, um sich auf
kämpfenden Volkes die Taschen
lose Verbrechen, das die una
legt. Zuerst bringen sie die Pr
Produzenten — dann treiben
und berauben die Konsumente
„Joe Leyser ist ein großer
Dickinson bedeutungsvoll.
„Ein großer Mann! Ein
aus. „Aus deinen Worten sp
dem Mammonsdienste Tempel
jedem Geldprotzen anbetend a
dieser Geist der Zeit, der sich
einigten Staaten bemächtigt
loser Geldjäger verwandelt hat
allmächtigen Dollar kennen,
eigene Ehre, wie die Wohlfah
die Schande und Schmach!"

2. Beilage zur Volkswacht.

Nr. 60. Bielefeld, Freitag, 12. März 1909. 20. Jahrg.

Saarabische Beamtenbestechung vor Gericht.

1s. Saarbrücken, 10. März.

Der zweite Akt im Drama der Beamtenbestechung auf den Staatsgruben an der Saar nahm heute morgen vor der zweiten Strafkammer des hiesigen Landgerichts unter starkem Andrang des Publikums seinen Anfang und wird wiederum mehrere Tage dauern, da nicht weniger als 104 Zeugen geladen sind. Auf der Anklagebank erschienen 30 Angeklagte, darunter 11 Beamte, 18 Bergleute der Grube „Göttelborn", und die Frau des Fahrsteigers Pietz, die auch als Angeklagte im ersten Bestechungsprozeß beteiligt und mit 14 Tagen Gefängnis bestraft wurde. Von den Angeklagten sind sieben in der Angelegenheit wegen Meineids bezw. Verleitung zum Meineid mit langen Zuchthaus- resp. Gefängnisstrafen bestraft und werden aus dem Zuchthaus resp. Gefängnis vorgeführt. Bestraft sind: Wegen Verleitung zum Meineid Obersteiger Michaely mit 1 Jahre Zuchthaus, und wegen Meineid die angeklagten Bergleute Breier 1 Jahr Zuchthaus, Götzinger 15 Monate, Schirra 12, Weiß 12, Schmidt 9 und Brettschneider 9 Monate Gefängnis. Außer dem mit Zuchthaus bestraften Obersteiger Michaely und dem mit Gefängnis bestraften, aus der Untersuchungshaft vorgeführten Fahrsteiger Rietz befinden sich folgende Beamten der Grube „Göttelborn" unter den Angeklagten: Fahrsteiger Früh und die Steiger Ruppert, Prüm, Pfloch, Jenna, Heinrich, Rollinger, Sick und Glasen.

Die Verhandlung wird geführt vom Landgerichtsdirektor Magnus, während die Anklage durch den ersten Staatsanwalt Figge und Staatsanwalt Michelka vertreten wird. Den Angeklagten stehen nur vier Verteidiger zur Seite, anstatt acht im ersten Prozeß. Als Sachverständige funktionieren die Herren Bergwerksdirektor Dr. Herbig und die Obersteiger Lämmel und Groß.

Von den Angeklagten gesteht nur der Obersteiger Michaely die Schuld ein. Er gibt zu, mehrfach und auch längere Zeit hindurch von Bergleuten Geldgeschenke angenommen zu haben, bestreitet aber entschieden, daß es sich dabei um Bestechungsgelder gehandelt hätte und daß die Bergleute deshalb materielle Vorteile gehabt hätten. Das sei schon deshalb nicht möglich gewesen, weil nicht er, sondern seine Unterbeamten, hauptsächlich der Fahrsteiger die Gedinge abschlossen, er darauf keinen Einfluß ausgeübt habe. Er habe sich in materieller Bedrängnis befunden, das hätten seine Arbeiter gewußt und ihn nur darum unterstützt, ohne die Absicht zu haben, dessenthalben im Arbeitsverhältnis begünstigt zu werden. Auf Befragen gibt er zu, daß sein Gehalt auf 3700 Mk. nebst freier Wohnung stand, daß die Bergleute mithin nicht die Hälfte dieses Einkommens hatten, er sich dennoch von ihnen unterstützen ließ. Die Beträge hätten zwischen 5 und 10 Mk. geschwankt und seien durchaus freiwillig gegeben worden.

Sämtliche weiteren Angeklagten leugnen hartnäckig jede Schuld, trotzdem sie vom Vorsitzenden scharf und eindringlich ermahnt werden, doch die Wahrheit zu sagen, trotzdem er ihnen direkt auf den Kopf zusagt, wenn sie jemand solche Märchen aufbinden wollten, sollten sie sich an einen Dümmeren wenden! Die Steiger bestreiten nicht, Geld erhalten zu haben, nur sei es kein Bestechungsgeld gewesen. Der eine hat damit dem „Bergmannsfreund" bezahlt, der andere hat gesammelt für den nationalliberalen Wahlverein, während Steiger Glasen gar für den Bau einer katholischen Kirche gesammelt hat. Auch die Bergleute, die in der Voruntersuchung ein offenes Geständnis abgelegt, die als Zeugen während der Meineidsprozesse unter ihrem Eid bekundet hatten, daß sie Bestechungsgelder gesammelt und gegeben haben, leugnen in der Hauptverhandlung alles ab.

Der Angeklagte Bergmann Halbmeyer erklärt sogar, daß alles, was er vor dem Untersuchungsrichter ausgesagt habe, falsch sei, daß er vor dem Untersuchungsrichter die schwersten Anschuldigungen gegen seine Kameraden und Vorgesetzten erhoben habe, obschon alles gelogen war, was er dort gesagt hätte. Diese Handlungsweise erklärt er damit, daß er durch häusliche Kümmernisse ganz gestört gewesen sei.

Auf Antrag des Staatsanwalts werden die Geständnisse der Angeklagten vor dem Untersuchungsrichter verlesen, aus denen wir das Wesentliche wiedergeben. Der Angeklagte Bergmann Houy hat eingestanden, als Partiemann mehrere Jahre lang in seiner Kameradschaft regelmäßig jeden Monat Geld gesammelt und persönlich an den Obersteiger Michaely und Fahrsteiger Rietz abgeliefert zu haben. Von seiner Kameradschaft habe jeder monatlich 3 Mk. gezahlt. Das Geld sei bestimmt gewesen für Michaely, Rietz und Steiger Jenna. Michaely gibt auf Befragen die Richtigkeit dieser Angaben zu, während Rietz behauptet, er habe dem Angeklagten Houy dafür Wein für seine kranke Frau geliefert, was Houy bestätigt. Auf die Frage, warum sie diese Angaben denn nicht früher machten, erklären sie, daß ihnen das früher nicht so eingefallen sei. Der Angeklagte Bergmann Brettschneider, wegen Meineid mit 9 Monaten Gefängnis bestraft, hat in der Verhandlung vor den Geschworenen zugegeben, jahrelang für die Beamten gesammelt und das Geld an den Obersteiger Michaely oder Fahrsteiger Rieß abgeliefert zu haben. Die Summe sei regelmäßig so hoch gewesen, daß jeder Beamter, der Obersteiger, der Fahrsteiger und Steiger pro Monat 10—20 Mk. erhielten. In seiner Kameradschaft habe jeder 3—5 Mk. pro Lohntag gesteuert. Auch nach seiner Verhaftung sei noch weiter gesammelt worden. Der Angeklagte Bergmann Maringer hat als Zeuge im Prozeß gegen den Angeklagten und mit 1 Jahr Gefängnis bestraften Schirra bekundet, daß er unter Schirra gearbeitet und daß dieser an jedem Lohntag Geld für den Fahrsteiger Rieß gesammelt habe. Erst habe jeder Kamerad 2 Mk. gespendet, später 3—5 Mk. Dieses Geld sei auch richtig an den Obersteiger oder Fahrsteiger abgeliefert worden. Denn er selbst habe das Geld dem Obersteiger ins Bureau hineingebracht und niedergelegt. Schirra hat damals unter den belastenden Aussagen ein Geständnis abgelegt und erklärt, daß er die Wahrheit nun sagen wolle. Diese Wahrheit ging dahin, daß er jahrelang als Partiemann Geld gesammelt und persönlich an die Beamten abgeliefert habe und zwar für jeden Beamten monatlich 15—20 Mk. Auf die Frage, weshalb die Angeklagten Schirra und Brettschneider denn vor den Geschworenen ein solches Geständnis abgelegt hätten, wenn es nicht wahr sei, daß sie Geld gesammelt hätten und ob sie glaubten, daß sie unschuldig bestraft worden seien, erklären sie, daß sie das nicht wüßten. Die Angeklagten Dümmweg und Kürr haben übereinstimmend dem Untersuchungsrichter eingestanden, für Obersteiger Michaely, Fahrsteiger Rieß und die Steiger Rollinger, Sick und Glasen gesammelt zu haben und zwar für jeden den Betrag von 10—20 Mk. Angeklagter Altmeier hat eingestanden, daß in seiner Kameradschaft der einzelne Bergmann 6—10 Mk. monatlich für die Beamten abliefern müßte. Wie die Angeklagten dazu gekommen sind, solche Angaben vor dem Untersuchungsrichter zu machen, wissen sie nicht, sie entschuldigen sich alle damit, daß sie „verwirrt" waren, während sie jetzt selbstverständlich völlig klar sind. Da eine Reihe der Angeklagten überhaupt nicht aussagt, konnte die Vernehmung der 30 Angeklagten noch in der Vormittagsstunde zu Ende geführt werden. Man hofft, in zwei Tagen auch die 104 Zeugen zu vernehmen und die Verhandlung noch diese Woche zu Ende zu führen.

Zur Charakteristik des Lebius.

veröffentlicht die „Metallarbeiterzeitung" sehr interessantes Material. Sie tut dies, wie sie schreibt, um den deutschen Arbeitern zu zeigen, wie dieser Führer der gelben Bewegung, der von den Unternehmern Geld zu ziehen sucht, indem er als Entgelt dafür ihnen gegen die Arbeiter zu helfen verspricht, auch im Privatleben zu den anrüchigsten Mitteln greift, um Geld zu erlangen.

Im Jahre 1902 wendete Lebius sich an den ihm bis dahin völlig unbekannten Jugendschriftsteller Karl May. Lebius erklärte in dem Schreiben, ein eifriger Leser und Verehrer der Schriften Mays zu sein und bat, May besuchen zu dürfen. May antwortete kühl und abweisend. Trotzdem schrieb Lebius am 7. April 1904 an May:

> Schon vor 1½ Jahren versuchte ich, mich Ihnen zu nähern, wovon die anliegende Karte ein Beweis ist. Inzwischen habe ich hier eine neue Zeitung herausgegeben, die großen Anklang findet. Könnten Sie mir nicht etwas für mein Blatt schreiben? Vielleicht etwas Biographisches, die Art, nach der Sie arbeiten oder Einzelheiten, für die sich die deutsche Maygemeinde interessiert. Mit vorzüglicher Verehrung
>
> Rudolf Lebius.

May erkundigte sich über Lebius. Er war entschlossen, sich den Lebius fernzuhalten, jedoch riet der mit May befreundete Militärschriftsteller Max Dittrich, den ihm gefährlich erscheinenden Mann zu empfangen. Er werde der ganzen Unterredung beiwohnen, um nötigenfalls Zeuge sein zu können. Lebius kam auch. Bei der Unterredung stellte sich sofort heraus, daß er die Schriften Mays überhaupt nicht kannte. Weiter zeigte die Unterredung den ganzen Charakter des Führers der Gelben. Er erklärte wohl dreimal mit besonderer Betonung: „Wer am meisten zahlt, der hat uns." Er betonte, daß er aus der christlichen Kirche ausgetreten und daß es ein Luxus sei, eine eigene Meinung zu haben. Es gäbe weiter nichts, als Hirten und Herden, Leithammel und Schafe. Aufgabe eines jeden bedeutenden Menschen sei es, wenn er sich nicht mehr als Schaf betrachte, Leithammel einer Herde zu werden, gleichviel welcher. Gehe es bei der einen Sorte von Schafen nicht, so gehe es bei der andren; man brauche nur zu wechseln, allerdings stets mit der jeweiligen nötigen Ueberzeugung, denn das begeistere die Schafe. Das heiße „pfiffig" sein. Dieser seiner Vielseitigkeit und „Pfiffigkeit" habe er alle seine bisherigen großen Erfolge zu verdanken. Den Schafherden, die man führen wolle, imponiere man besonders dadurch, daß man die Obrigkeit, die Beamten, in den Sack bekomme. Das sei sehr leicht. Jeder von all diesen Leuten habe Werg am Rocken, man brauche nur aufzupassen. Man forscht heimlich nach, was jeder einzelne für verborgene Sünden und Fehler zu verstecken hat, dadurch bekommt man ihn in die Hand. Man bringt es in das Blatt aber so, daß es keine direkte Drohung ist und doch von dem Betreffenden und allen Lesern verstanden wird. Dann hat man ihn fest. Dann muß er, wie man will. Auf diese Weise kommt man in den Ruf eines tüchtigen Kerls, man wird gefürchtet, regiert und kann erreichen, was man will. Aber nur wer Geld hat, kann das erreichen und sich eine eigne Meinung gestatten. Leider haben wir Journalisten meist keins, darum sind wir gezwungen, gegen unsre Ueberzeugung zu handeln und zu schreiben und nur denen zu dienen, von denen wir Geld bekommen. Darum wiederhole ich: „Wer am meisten zahlt, der hat uns." Zum Schluß ersuchte Lebius die Herren May und Dittrich, Mitarbeiter seines Blattes zu werden.

Obwohl May in höflicher, aber nicht mißverständlicher Weise die Mitarbeiterschaft ablehnte, wiederholte Lebius sein Ersuchen am folgenden Tage brieflich. May antwortete nicht.

Lebius hatte inzwischen von Dittrich erfahren, daß dieser eine Broschüre über May und seine Werke unter der Feder habe. Lebius suchte May auf und bat ihn, Dittrich zu veranlassen, daß dieser das Werk im Lebiusschen Verlag erscheinen lasse. May ließ den Lebius auch mit diesem Ersuchen abfallen. Dies genierte Lebius so wenig, daß er schon am nächsten Tage, am 12. Juli 1904, an May schrieb:

> Ich möchte sehr gern die Dittrichsche Broschüre verlegen und würde mir auch die größte Mühe geben, sie zu vertreiben. Durch den Rücktritt von der „Sachsenstimme" — offiziell trete ich erst am 1. Oktober d. J. aus — bin ich aber etwas kapitalschwach geworden. Würden Sie mir vielleicht ein auf 3 Jahre laufendes fünfprozentiges Darlehen gewähren? Ich zahle Ihnen die Schuld vielleicht schon in einem Jahre zurück. Als Dank dafür würde ich die Broschüre so tangieren, daß alle Welt von dem Buche spricht. Ich habe ja auf diesem Gebiet besonders große Erfahrung. Meine Zeitung kommt zustande, und zwar auf ganz solider Basis. Nun heißt es arbeiten und zeigen, daß man ein ganzer Kerl ist. Ihr Ihnen ergebener Rudolf Lebius.

May antwortete auch hierauf nicht. Am 8. August 1904 erhielt er von Lebius erneut einen Brief, der lautet:

> Die „Sachsenstimme" ist am 4. d. M. zu vorteilhaften Bedingungen an mich allein übergegangen. Ich kann jetzt schalten und walten, wie ich will. Um mich von dem Drucker etwas unabhängig zu machen, würde ich gern einige tausend Mark (3 bis 6) auf ein halbes Jahr als Darlehen aufnehmen. Ein Risiko ist ausgeschlossen. Hinter mir stehen die jüdischen Inserentenfirmen, die mich, wie die letzte Saison bewiesen hat, in weitgehendem Maße unterstützen. Das Weihnachtsgeschäft bringt wieder alles ein. Würden Sie mir das Darlehen gewähren? Zu Gegendiensten bin ich gern bereit. Die große Zahl von akademisch gebildeten Mitarbeitern erheben mein Blatt über die Mehrzahl der sächsischen Zeitungen. Wir könnten außerdem die Artikel, auf die Sie Wert legen, an 300 oder mehr deutsche und österreichische Zeitungen versenden und den betreffenden Artikel blau anstreichen. So etwas wirkt unfehlbar. In Dresden lasse ich mein Blatt allen Wirtschaften (1760) zugehen.

Ernte.

Sozialer Roman aus Amerika von E. Dewitt.

2 (Nachdruck verboten.)

Ein entschlossener Ausdruck erschien in Howards Gesicht. „Ist es nicht besser," fragte er, „seine Kraft und sein Können an einer solchen Aufgabe zu erproben und tapfer kämpfend unterzugehen, als sich mit Kleinigkeiten abzugeben, von denen man im voraus weiß, daß sie nicht fehlschlagen können. Nimm nur einmal z. B. Weizen. Weizen ist das hauptsächlichste Nahrungsmittel der Welt. Ohne Weizen kann die Welt nicht leben. Und dennoch erheben die Zeitungen — die „gelben" Sensationszeitungen, wie du sie nennst — die Anklage, daß der Weizen der Gegenstand schweißvoller Spekulationen ist, durch die nicht nur der Produzent, der kleine Mann, der den Boden bestellt und den Weizen baut, ruiniert, sondern auch dem Konsumenten das Brot verkleinert und verteuert wird. Es wäre ein unerhörtes Verbrechen, wenn diese Anklagen auf Tatsachen beruhten. Aber ist es auch wirklich der Fall und reden die Zeitungen die Wahrheit, oder übertreiben sie nur, wie sie dies ja oft zu gerne tun?"

Er tat einige Züge an seiner Zigarette, schaute den duftigen Rauchwolken nach und fuhr bedächtig fort:

„Ein abscheulicheres Verbrechen wäre kaum denkbar! Wenn die ganze Menschheit kein anderes Nahrungsmittel als Weizen hätte, könnte sie leben und existieren? Ohne Weizen — nicht. Wir sind die Ernährer der Welt — wir, das Volk der Vereinigten Staaten. Wenn unser Weizen nicht gerät, wenn wir eine Mißernte haben, so gibt es in Europa und Asien, in der zivilisierten wie halbzivilisierten Welt, Hungersnot. Und doch sollen gewissenlose Spekulanten nicht davor zurückschrecken, dieses kostbare Produkt der Erde zu unerhörten Kurstreibereien an der Börse zu benutzen, um sich auf Kosten des darbenden, leidenden, kämpfenden Volkes die Taschen zu füllen. Das ist das schamlose Verbrechen, das die unabhängige Presse ihnen zur Last legt. Zuerst bringen sie die Preise zum Sinken und berauben den Produzenten — dann treiben sie die Preise wieder in die Höhe und berauben die Konsumenten. Joe Leyser —"

„Joe Leyser ist ein großer Mann — ein feiner Kopf," sprach Dickinson bedeutungsvoll.

„Ein großer Mann! Ein feiner Kopf!" rief Winston empört aus. „Aus deinen Worten spricht der Geist unserer Zeit, der dem Mammonsdienste Tempel baut und dessen Bekenner vor jedem Geldprotzen anbetend auf dem Bauche rutschen. Es ist dieser Geist der Zeit, der sich der besitzenden Klassen der Vereinigten Staaten bemächtigt und sie in eine Rotte gewissenloser Geldjäger verwandelt hat, die keinen anderen Gott als den allmächtigen Dollar kennen, dem sie unbedenklich alles, ihre eigene Ehre, wie die Wohlfahrt ihrer Mitmenschen opfern. O, die Schande und Schmach!"

Bob Dickinson drehte sich eine neue Zigarette.

„Leyser ist kein großer, wohl aber ein durchtriebener, verschlagener und rücksichtsloser Mann, der unbedenklich über Leichen schreitet, um sein Ziel zu erreichen. Kein wahrhaft großer Mann wird dem schmutzigen Gelde nachjagen, wie er es tut. Es ist eine Beleidigung des Andenkens des korsischen Eroberers, ihn den „Napoleon des Weizens" zu nennen!"

Winston schleuderte seine Zigarette fort und schlüpfte in seinen Ueberrock; dann stülpte er seinen Zylinder auf und sprach, dem Freunde die Hand zum Abschied bietend:

„Mein Entschluß ist fest gefaßt, Bob, und durch nichts mehr zu erschüttern. Heute in einer Woche werde ich Chicago ohne einen Cent in meiner Tasche verlassen und zu Fuß nach dem Weizenstaate Kansas wandern, um dort, wie ein schlichter Mann aus dem Volke, meinen Lebensunterhalt durch meiner Hände Arbeit zu verdienen und mich durch eigenen Augenschein zu überzeugen, was es mit jenen angeblich verderblichen Weizenspekulationen in Wahrheit für eine Bewandtnis hat. Ich werde — well, wir sehen uns vorher wohl noch einmal. Gute Nacht — Bob."

Sein Freund zündete sich eine letzte Zigarette an und sann, während er sie rauchte, über das Gehörte nach. „Ich möchte doch zu gerne wissen," sagte er schließlich, „ob Winston ein Genie oder ein verrückter Kerl ist, der ins Irrenhaus gehört. Genie und Irrsinn gehen ja so oft zusammen; auf jeden Fall aber will ich das beste hoffen." Dann ging auch er zu Bett.

Ein Mann stand auf der staubigen Landstraße, die aus dem Städtchen Arbuthnot im Staate Kansas führte, und die Strahlen der untergehenden Abendsonne fielen auf ihn. Der Wanderer sah müde und leidend aus, wie wenn er in letzter Zeit viel durchgemacht hätte, aber in seinem Gesichte lag etwas, das darauf schließen ließ, daß er sich noch keineswegs für besiegt ansah. Er trug ein billiges blaues Baumwollhemd, das an der Brust offen stand und der erfrischenden Abendbrise Zutritt gewährte, schmutzige, stark abgenutzte Khakihosen und ein Paar derbe Lederschuhe, denen deutlich anzusehen war, daß sie sich schon geraume Zeit auf der Wanderschaft befanden. Der starke Sonnenbrand hatte die Haut seines Gesichts in jenen unangenehmen Zustand versetzt, wo sie sich abschält und durch eine neue ersetzt wird, und die Schwielen an den zerkratzten braunen Händen bewiesen, daß ihr Träger erst letzthin schwere körperliche Arbeit verrichtet hatte.

Soweit das Auge blicken konnte, fiel es auf endlose, durch schwarze Drahtzäune voneinander abgegrenzte Weizenfelder, einem gelben Meere vergleichbar, aus dem die zum Springen reifen Aehren nicht minder golden leuchten, als der Sonnenschein, der über sie ausgegossen lag.

„Siehe da, die Nahrung der Welt!" murmelte der Mann, indem er sich langsam im Kreise drehte und seine Blicke an dem in seiner Großartigkeit überwältigend wirkenden Bilde weidete. „Genug, um alle Armen und Elenden zu sättigen!"

Drei Wochen befand sich Winston Howard, der verwöhnte Millionärssohn, auf der Walze, wobei er es nach Art des amerikanischen Tramps nicht unterlassen hatte, auf Frachtzügen als blinder Passagier mitzufahren, bis das Zugpersonal ihn entdeckte und dann auf der nächsten Station meist etwas unsanft aus den schützenden Frachtwagen hinausbeförderte. Für die Mahlzeiten hatte er bald hier, bald dort gearbeitet, Holz gespalten, Wasser getragen, Vieh gefüttert, und die ungewohnte Lebensweise hatte unverkennbare Spuren an ihm zurückgelassen. Es war das aber gerade, was er wollte, denn die „Tramps", denen er in den ersten Tagen seiner Vagabundage auf der Landstraße begegnete, hatten ihn meist mit Erstaunen, wenn nicht mißtrauischen Blicken gemustert und ihm spöttisch den Beinamen „Gentleman Jack" verliehen. Außer dem Ausdruck seines Auges war jetzt nichts an ihm, das ihn äußerlich von dem üblichen Landstreicher unterschied. Er hatte absichtlich die Pflege seiner Hände vernachlässigt, sich ohne Hut der Sonnenglut ausgesetzt, die sein Gesicht tiefbraun färbte und kein Rasiermesser mit seinem Barte in Berührung kommen lassen, der sich zu einem üppigen Urwald ausgewachsen hatte und die feinen Züge seines Antlitzes völlig verbarg.

Ja, recht verwahrlost und heruntergekommen sah er aus, der verwöhnte Sohn des Chicagoer Multi-Millionärs, aber selbst an seiner schäbigen Khakihose und dem abgeschossenen blauen Hemd machten seine breiten Schultern und seine hohe kräftige Gestalt einen solchen Eindruck, daß die Walzbrüder, denen er unterwegs begegnete, sich hüteten, einen Streit mit ihm anzufangen, oder sich wegwerfende, verächtliche Bemerkungen über ihn zu erlauben. — Hätten sie es auf eine Katastrophe ankommen lassen wollen, so wäre er ihr nicht aus dem Wege gegangen, da er in allen Leibesübungen exzellierte und bei den Athletenspielen der von ihm besuchten amerikanischen Universität zahlreiche erste Preise davongetragen hatte.

Vor vier Stunden war er in Arbuthnot eingetroffen und hatte sich während dieser Zeit auf sieben verschiedenen Stellen um Beschäftigung als „Hand" („Hand" ist der übliche amerikanische Ausdruck für Arbeiter) beworben, war aber jedesmal abschlägig beschieden worden. Die Ernte wäre schon halb eingebracht, gab man ihm zur Antwort und man dächte deshalb nicht so sehr an die Anstellung, wie an die Entlassung von „Händen".

So war er von Arbuthnot immer weiter und weiter gewandert, bis die Entfernung zwischen ihm und dem Städtchen etwa zehn (englische) Meilen betrug.

Er hatte an jenem Tage noch nichts gegessen und sein Magen ob der ihm widerfahrenen schlechten Behandlung knurrte. Daran, daß er einmal Hunger leiden könne, echten und rechten Hunger, hatte Winston Howard nicht gedacht, als er seine abenteuerliche Wanderung antrat, um das Geheimnis der sozialen Frage zu ergründen. Es war stets ein Lieblingsspruch von ihm gewesen, daß kein arbeitswilliger Mann je zu hungern brauchte, und nun

May hatte inzwischen erfahren, daß Lebius bereits den Offenbarungseid geleistet, daß er auch den Drucker nicht bezahlt habe, sogar Honorare schuldig blieb. Trotzdem schrieb er: „Ein Risiko ist ausgeschlossen." May antwortete auf dieses Schreiben abermals nicht, indem er in dem Brief einen Betrugsversuch sah. Hierauf schrieb Lebius am 15. August 1904 an Dittrich:

„Werter Herr Dittrich! Ich gebe Ihnen für die Vermittlung 1 pZt. Mehr als 10 000 Mark brauche ich nicht. Ich würde aber auch mit weniger fürlieb nehmen. Das Honorar sende ich Ihnen am 20., wie verabredet. Können Sie nicht Dr. May bearbeiten, daß er mir Geld gibt?"

Am 27. August wiederholte er das gleiche Ersuchen an Dittrich. Dabei befand sich Lebius in so dürftigen Verhältnissen, daß er Dittrich nicht einmal die geringe Summe von 37,45 Mark Honorar zahlen konnte, so daß Dittrich gezwungen war, zu klagen und Zwangsvollstreckung vorzunehmen. Als alle diese Versuche des Lebius, Geld zu erlangen, bei May scheiterten, erhielt dieser am 7. September 1904 eine Postkarte, die lautete:

„Werter Herr! Ein gewisser Herr Lebius, Redakteur der „Sachsenstimme", erzählte einem Herrn, daß er einen Artikel gegen Sie schreibe. Ich habe es im Lokal gerade gehört. Es warnt Sie ein Freund vor dem Manne. B."

Der gerichtlich vereidigte Schreibsachverständige Werner in Dresden, Dürerstraße 61, hat begutachtet, daß diese Karte von Lebius geschrieben ist. Als May auch auf diese Karte nichts von sich hören ließ, erschien am 11. September 1904 in der „Sachsenstimme" ein Schmähartikel über May unter der dreifachen Ueberschrift:

„Mehr Licht über Karl May."
„160 000 Mark Schriftstellereinkommen."
„Ein berühmter Dresdener Kolportagenschriftsteller."

Als May auf den Artikel schwieg, folgte in der Nr. 44 der „Sachsenstimme" ein weiterer Artikel gegen May. Am Weihnachtsabend 1904 hängte Lebius in Dresdener Schaufenstern ein Plakat aus, auf welchem stand:

„Die Gräfin Montignoso in Dresden."
„Die Vortrafen Karl Mays."

Hierauf verließ Lebius Dresden. — Die Belege für die vorstehenden Angaben und die erwähnten Schriftstücke sind vorhanden. Die „Metallarbeiterzeitung" will mit weiterem Material aufwarten.

Parteinachrichten.

Ein Reichsverbandsprozeß. Genosse Brenner vom „Braunschweiger Volksfreund" wurde vom Schöffengericht Braunschweig wegen Beleidigung der Straßburger Reichsverbändler Dr. Zweigert und Militär-Bauinspektor Stegmann zu 40 Mark Geldstrafe verurteilt. Bereits im Januar fand ein Termin in dieser Sache statt, in dem jedoch die Richter als befangen abgelehnt wurden, weil sie Mitglieder des Reichsverbandes sind. Diese Zugehörigkeit zum Verbande konnte zwar nicht in Abrede gestellt werden, allein das Landgericht, und auf weiter geführte Beschwerde auch das Oberlandesgericht erklärten, daß daraus keine Befangenheit des Richters und der Schöffen hergeleitet werden könne. Der Reichsverband wird in der Begründung des ablehnenden Bescheides als ein Verein bezeichnet, der nicht mit anderen Vereinen zu vergleichen sei, weil er weit lockerer gefügt sei als andere Vereine. Damit vergleiche man die Annahme der deutschen Gerichte, wenn ein sozialdemokratischer Redakteur von einem Reichsverbändler wegen des ganz allgemein gehaltenen Wortes „Reichslügenverband" gerichtlich belangt werden. — In solchen Fällen stellen sich die höheren Gerichte regelmäßig auf den Standpunkt, daß der Reichsverband ein festgeschlossener Verein sei, dessen Mitglieder sich alle durch eine beleidigende Bezeichnung des Verbandes beleidigt fühlen und klagbar werden könnten. Das Schöffengericht billigte übrigens unserm Genossen Brenner den Schutz des § 193 des R.-St.-G.-B. in vollem Umfange zu und erkannte nur wegen formaler Beleidigung auf die vorbenannte Geldstrafe. Gegen das Urteil wird Berufung eingelegt.

Vom Strafkonto der Presse. Wegen Beleidigung des Pfarrers Koch wurde Genosse Barth, Redakteur des „Volksfreundes" zu Sonneberg, zu 200 Mark Geldstrafe verurteilt. Außerdem erhielt er wegen Beschimpfung kirchlicher Gebräuche 14 Tage Gefängnis. — Der Staatsanwalt hatte nur eine Woche beantragt. — Vor der Strafkammer zu Weimar wurde der Redakteur der Weimarischen „Volkszeitung", Genosse Georg Pfeifer in Jena, zu drei Monaten Gefängnis verurteilt, wegen Beleidigung der weimarischen Justiz durch einen Artikel, der sich mit den Vorgängen in der Strafsache des Dr. Wernsdorff befaßte. Beantragt waren sechs Monate. — Wernsdorff wurde am 8. Januar zu neun Monaten verurteilt. — Wegen angeblicher Beleidigung eines als Arbeitswilligen empfohlenen Malers in Apolda wurde Genosse Petzold von dem in Erfurt erscheinenden Parteiblatt „Thüringen" vom Schöffengericht Eisenach zu 75 Mark Strafe verurteilt. Rechtsanwalt Dr. Sommerfeld in Eisenach fühlte sich beleidigt, weil ihm in der „Thüringen" vorgehalten worden war, daß er entgegen der Abmachung statt nur den Vergleich, die gerichtliche Abschrift der Vergleichsverhandlung auf Kosten des Genossen Petzold veröffentlicht hatte. — In der Berufungsverhandlung vor dem Landgericht Eisenach wurde aber das schöffengerichtliche Urteil aufgehoben und dem Genossen Petzold 100 Mark Geldstrafe zudiktiert.

Reichstagskandidatur. Eine Wahlkreis-Versammlung in Döbeln hat einstimmig den Genossen Karl Pinkau-Leipzig wieder als Reichstagskandidaten aufgestellt.

Totenliste. In Mannheim starb Genosse Heinrich Schäfer, Kassierer der badischen Landesparteikasse und Sekretär des Sozialdemokratischen Vereins für den 11. badischen Reichstagswahlkreis, an einer Blinddarmoperation. In Schäfer, der lange Jahre Kassierer des Mannheimer sozialdemokratischen Vereins war, verliert die Partei einen tüchtigen, pflichttreuen Genossen. — In Ludwigshafen starb Genosse Jean Hauck nach 25jähriger eifriger Parteitätigkeit. Auch Hauck bekleidete lange Jahre den verantwortungsvollen Posten eines Parteikassierers, bis er sich im vorigen Jahre, durch Krankheit gezwungen, von der Parteiarbeit zurückziehen mußte.

Eine Frauenkonferenz für Niederösterreich hat am 28. Februar in Wien getagt. 39 Delegierte waren anwesend. Die Konferenz beriet über den Ausbau der politischen Frauenorganisation in Niederösterreich. Vor einem Jahre hat der Landesparteitag auf Antrag der Genossinnen beschlossen, freie politische Frauenorganisationen zu gründen, die die sozialistische Agitation unter den Frauen zu leiten haben. Innerhalb eines Jahres sind in acht Orten solche Organisationen gegründet worden, die zusammen fast 1000 Mitglieder haben. Außerdem hat der Verein sozialdemokratischer Frauen und Mädchen in Wien 1200 Mitglieder, so daß in Niederösterreich 2200 proletarische Frauen politisch organisiert sind. Auch die Verbreitung der „Arbeiterinnenzeitung" hat in Niederösterreich ganz erfreuliche Erfolge aufzuweisen. Jahrelang wurden in Niederösterreich nur 300 bis 400 Exemplare gelesen, gegenwärtig 3000 ohne Wien. Die Konferenz hatte den Genossinnen eine Richtschnur für planmäßiges Arbeiten zu geben, um die Mitglieder wirklich mit sozialistischem Geiste zu erfüllen und um neue Orte in die Organisation einzubeziehen. Auch über das Frauenwahlrecht wurde gesprochen und die Notwendigkeit betont, durch unablässige Agitation das Verständnis der Frauen für das Frauenwahlrecht zu vertiefen und sie auf einen Kampf um politische Rechte vorzubereiten. Eine Genossin wurde zur Landesvertrauensperson gewählt, die sich vorwiegend mit der Frauenagitation zu befassen hat.

Gewerkschaftsbewegung.

Die beste Lohnstatistik liefern die Gewerkschaften. Zu diesem Ergebnis führt eine Abhandlung in der letzten Nummer des vom Reichsstatistischen Amt herausgegebenen „Reichs-Arbeitsblattes" über die Lohnstatistik in Deutschland. Es ist hinreichend bekannt, daß wir es in Deutschland noch nicht zu einer allgemeinen amtlichen Lohnstatistik gebracht haben. In dem erwähnten Artikel wird nun zusammengestellt, was sonst an Lohnnachweisen vorhanden ist. Zunächst werden die nach § 8 des Krankenversicherungsgesetzes festgesetzten ortsüblichen Tagelöhne gewöhnlicher Tagearbeiter erwähnt, ferner die alljährlich in den amtlichen Nachrichten des Reichsversicherungsamtes veröffentlichten Rechenschaftsberichte der Berufsgenossenschaften, in denen die Zahl der im Berichtsjahre beschäftigten Arbeiter und die Summe der von ihnen verdienten anrechnungsfähigen Gehälter und Löhne bekannt gegeben werden. Aber im „Reichs-Arbeitsblatt" wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß diese Nachweise als keine brauchbare Lohnstatistik angesehen werden können, weil die anrechnungsfähige Lohnstatistik sich nicht mit der wirklich verdienten Lohnsumme deckt. Besser stehe es mit der Lohnklassenstatistik der Leipziger Ortskrankenkasse. Zwar gestatte auch diese Statistik nicht, Schlüsse auf den wirklichen Verdienst der Mitglieder zu ziehen, sie biete aber trotzdem ein wertvolles Material zur Beurteilung der Lohngestaltungen in den einzelnen Gewerben und für die beiden Geschlechter. Auch die Tariflöhne verdienten für die Beurteilung der Lohnverhältnisse aus dem Grunde eine besondere Beachtung, weil es sich dabei um die für längere Zeit feststehenden Lohnsätze großer Erwerbskreise handle. Als lohnstatistische Arbeiten werden noch angeführt die Erhebungen des Reichsstatistischen Amtes über Arbeitslohn und Arbeitszeit der Gemeindearbeiter in deutschen Städten, ferner die jährlich dem Reichstage vorgelegten statistischen Zusammenstellungen über die Arbeitsverhältnisse in den Betrieben der Reichsmarineverwaltung und der preußischen, bayerischen, sächsischen und württembergischen Heeresverwaltungen und verschiedener anderer von den Bundesstaaten veröffentlichten Arbeiten dieser Art. Eine weitere Gruppe lohnstatistischer Arbeiten besteht in den amtlichen Untersuchungen einer Anzahl Städte.

Die Ergebnisse all dieser Erhebungen vermögen aber, so heißt es im „Reichs-Arbeitsblatt", keine sichere und ins einzelne dringende Erkenntnis der Lohnverhältnisse der gesamten deutschen Arbeiterschaft oder auch nur eines erheblichen Teiles derselben zu ermitteln. Diese Ergebnisse geben insbesondere „keinen Aufschluß über die vielerörterte Streitfrage, ob und inwieweit die Lohnsteigerungen der letzten Jahre durch die ebenfalls gestiegenen Kosten der Lebenshaltung wieder aufgewogen werden. Ein Bedürfnis für solche Erkenntnis ist aber in hohem Grade vorhanden, und zwar ganz besonders bei der Arbeiterschaft selbst. Sie hat erkannt, daß zahlenmäßige, den Tatsachen entsprechende Nachweise ihrer Erwerbsverhältnisse und Lebensbedingungen eine unentbehrliche Waffe in ihrem Kampfe um bessere Gestaltung ihrer wirtschaftlichen Verhältnisse bilden. Mit zielbewußter Tatkraft haben sich daher die Arbeiterverbände der Aufgabe gewidmet, durch statistische Erhebungen ihre Arbeits- und Lohnverhältnisse klarzulegen. Mit großem Fleiße, unter Aufwendung erheblicher Mittel, haben sie in überaus zahlreichen Veröffentlichungen die Ergebnisse ihrer lohnstatistischen Erhebungen bekannt gegeben. Je nach der Größe der Verbände, den aufgewendeten Mitteln und der zugrunde gelegten Methode, wohnt diesen Erhebungen jedoch ein sehr verschiedenartiger Wert inne. In ihrer Gesamtheit aber bilden sie brauchbare Beiträge zur Beurteilung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse der deutschen Arbeiterschaft."

Von den Erhebungen der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine wird gesagt, daß sie an sich eine geringe Bedeutung haben, weil die Zahl der in Hirsch-Dunckerschen Vereinen organisierten Arbeiter im Verhältnis zur gesamten deutschen Arbeiterschaft gering ist. Dagegen wird im „Reichs-Arbeitsblatt" von „den außerordentlich zahlreichen, zum Teil sehr eingehenden lohnstatistischen Erhebungen der freien Gewerkschaften" gesprochen, die, trotz der vielfachen anhaftenden Mängel, eine wertvolle Bereicherung der deutschen Lohnstatistik bieten. Nachdem sodann 76 der hauptsächlichsten lohnstatistischen Veröffentlichungen der Gewerkschaften nach ihren Titeln aufgeführt worden sind, heißt es zum Schluß des Artikels: Wenn auch diese Aufzählung noch nicht vollständig ist, so läßt sie doch erkennen, welche Ausdehnung die gewerkschaftliche Tätigkeit auf diesem Gebiete gewonnen hat. Diese Anerkennung gewerkschaftlicher Tätigkeit von amtlicher Stelle ist recht beachtenswert. Bei alledem sollte man aber endlich einmal dazu übergehen, von Reichs wegen eine allgemeine Lohnstatistik zu schaffen. Die Notwendigkeit hierzu kann von keiner Seite bestritten werden.

Beruhigungsmittelchen. Im sächsisch-thüringischen Textilbezirk hat im Auftrage ihrer Kollegen die Kommission der Weber am 1. März beim Unterverband angefragt, wie es denn nun endlich mit dem revidierten Tarife stehe, der im Dezember 1907 den Arbeitern versprochen worden sei? Sie erwarte bis spätestens den 10. März Antwort. Diese ist nun in der Gestalt einer in den Betrieben angeschlagenen Bekanntmachung erfolgt und lautet:

„Der Verband Sächsisch-Thüringischer Webereien, E. V., hat die Durchprüfung der zurzeit bestehenden Mindestlohntarife beendet. Die neuen Tarife sollen am 2. April d. J. in Kraft treten, dergestalt, daß die erste Lohnzahlung nach den neuen Tarifen am 9. April d. J. stattfinden wird. Die für die einzelnen Betriebe giltigen neuen Tarife werden vom 24. März dieses Jahres ab zum Aushang gelangen.

Leipzig, den 2. März 1909.

Verband Sächsisch-Thüringischer Webereien.
Der Vorstand. Dr. F. Zehme."

Die Unternehmer haben sich die Sache sehr leicht gemacht; erst nehmen sie sich zu den Tarifberatungen fünf Vierteljahr Zeit, ziehen die Vertreter der Arbeiter zu den Beratungen nicht hinzu und dekretieren dann durch Bekanntmachung, daß die neuen Tarife vom 2. April an eingeführt werden sollen, gerade als ob die Arbeiter dazu nichts zu sagen haben. Wie weit die notwendigen Tarifverbesserungen nach den Wünschen der Arbeiter berücksichtigt worden sind, wird man erst sehen, wenn die Tarife selbst bekannt werden. Nach einer Meldung der „Köln. Zeitung" enthalten sie nur ein paar kleine Lohnerhöhungen.

Der Streik der Weber und Weberinnen bei Neugebauer und Postpischil in Langenbielau dauert unverändert fort; nur hat sich die Situation durch die teilweise Entlassung der Hilfsarbeiter und die Kündigung von fünf Aufsehern verschärft. Eigentümlicherweise sind die gekündigten Aufseher meistens solche, die eine zahlreiche Familie zu ernähren haben; einer der Gekündigten erhielt seine Kündigung ins Haus geschickt, während er seine Frau zur letzten Ruhestätte geleitete. Jedenfalls ein mehr als eigenartiger Zufall! Wie verlautet, wollte die Firma in Weigelsdorf Streikarbeit anfertigen lassen; die Ketten sind auch in Kisten per Bahn nach Weigelsdorf geschafft worden, aber die Weigelsdorfer Kollegen haben beschlossen, keine Streikarbeit zu verrichten. Am Sonnabend fand auf Veranlassung der Webereiaufseher eine Verhandlung mit der Firma statt; aber die Firma verblieb auf ihrem ablehnenden Standpunkt.

Zur Lohnbewegung der Kostümschneider und Schneiderinnen in Berlin. Wie vom Verband der Schneider mitgeteilt wird, haben die Unternehmer in der Kostümbranche einen Verband der Berliner Damenschneiderei gegründet. Diese Organisation hat sich mit der Tarifvorlage beschäftigt und sie mit Rücksicht auf die schlechte wirtschaftliche Lage für unannehmbar erklärt. Zu dieser Mitteilung der Unternehmer wird in den nächsten Tagen eine Sitzung der Vertrauensleute Stellung nehmen.

Die internationale Organisation der Lithographen, Steindrucker usw. Den internationalen Kapitalsinteressen passen sich die Gewerkschaften immer besser an. So teilt das „Bulletin", die in drei Sprachen erscheinende Zeitung des Internationalen Bundes der Lithographen, Steindrucker und verwandten Berufe, in der jüngsten Nummer mit, daß sich die Notendrucker Londons und die Verbandskollegen Finnlands angeschlossen haben. Die Notendrucker Londons bilden besondere Organisationsgruppen, während die Lithographen und Steindrucker Finnlands gemeinsam mit den Buchdruckern eine Organisation besitzen. Die Lithographen und Steindrucker gehören von jetzt ab ebenso zu ihrer Berufsinternationale wie die Buchdrucker zu der ihrigen. Dem Internationalen Sekretariat sind bis jetzt — sein Sitz ist in Berlin — die Berufsvereine Amerikas, Belgiens, Dänemarks, Deutschlands, weiterhin England, Frankreich, Finnland, Holland, Italien, Schweden, Norwegen, Oesterreich, die Schweiz und Ungarn angegliedert. Um den Verkehr der Kollegen von Land zu Land leichter zu gestalten, hat jetzt das Sekretariat eine internationale Reisekarte in Buchform herausgegeben.

Vermischtes.

Die Krankheit des Generalstaatsanwalts Isenbiel. Der öffentliche Ankläger im Prozeß Eulenburg ist nun ebenfalls schwer erkrankt. Die Ursache soll in jahrelanger Ueberanstrengung liegen. Die Aerzte konstatieren Nerven-Ueberreizung, Influenza und Spuren von Arterien-Verkalkung. Die Aerzte halten eine Wiederherstellung nicht für ausgeschlossen. Doch ist mit Sicherheit über den Verlauf der Krankheit nichts zu sagen. Dr. Isenbiel hat unter diesen Umständen seine Geschäfte seinem Stellvertreter übergeben müssen.

Eine Untergrund-Stufenbahn in Newyork. Um die von dem gewaltigen Straßenverkehr überlasteten Newyorker Verkehrswege zu ergänzen, ist jetzt von der Kommunalbehörde der Bau einer großen Untergrund-Stufenbahn in Aussicht genommen. Zunächst wird eine Linie gebaut, die unter dem Broadway laufend von der 14. bis zur 42. Straße geht und unter der 34. und 13. Straße Seitenabzweigungen erhält. In jedem Tunnel laufen vier Plattformen mit einer Geschwindigkeit von je 3, 6, 9 und 12 englischen Meilen (gleich 1,6 Kilometer) in der Stunde. Auf der schnellsten Plattform werden Sitze errichtet. In dem Entwurf wird ausgeführt, daß das Auf- und Absteigen von der einen Plattform auf die andere mit größter Leichtigkeit und völlig gefahrlos bewerkstelligt werden kann.

Briefkasten der Redaktion.

J. F., H. 1. Nein, doch kann die Verweigerung unter Umständen als Beleidigung aufgefaßt werden. 2. Ja, nur daß er einer Konzession bedarf.

H. Salzuflen. Auch dann.

überzeugte er sich am eigenen Leibe mit bitterem Ingrimm von der Haltlosigkeit seines Grundsatzes.

Von quälendem Hunger gepeinigt, näherte er sich einem Gitter, an dem eine weithin sichtbare Holztafel mit der Inschrift: „Haltefest-Farm" angebracht war.

Er schritt durch das Gitter und folgte einem schmalen, für Fuhrwerke eingerichteten Weg, etwa eine halbe Stunde lang, bis er vor dem Farmhause anlangte, wo eine Anzahl Leute damit beschäftigt war, von einigen verspätet eingetroffenen Erntewagen die mit Weizen gefüllten Säcke abzuladen. Bald war der letzte Sack herunter und der letzte Arbeiter abgefertigt, worauf sich Winston an einen Mann wandte, der die Aufsicht zu führen schien.

„Ich möchte gern als „Hand" bei Ihnen ankommen," sagte er.

Der Angesprochene musterte ihn kritisch von oben bis unten, und die Besichtigung fiel nicht zuungunsten Howards aus. Selbst nur ein Mann von kleiner Statur und kleinem Geist, hatte der Aufseher doch ein ungemein scharfes Verständnis für die praktische Seite des Farmbetriebes und ein Blick auf die breiten Schultern und die muskulösen Arme des Arbeitsuchers sagte ihm alles, was er zu wissen brauchte.

„Wir nehmen hier keine neuen „Hände" mehr an," erwiderte er schließlich. „Schon einmal auf einer Weizenfarm gearbeitet?"

„Das nicht," versetzte Winston, „aber mich hungert und ich will arbeiten, um zu leben. Sollte meinen, daß es hier doch genug zu tun gäbe, um mein Essen abzuarbeiten."

Mochte Winston den Gefährten von der Landstraße jetzt auch äußerlich gleichen, so hatte er doch noch nicht ihre besondere Sprache gelernt, und seine Ausdrucksweise fiel dem Aufseher auf. Mißtrauisch musterte dieser die Hände des Hungrigen.

„Du bist wohl noch nicht lange auf der Landstraße, Junge," fragte er. „Vielleicht ein durchgegangener Student?"

„Keine Spur davon. Ich war Buchhalter in einem Großgeschäft, hielt es aber hinter dem dicken Hauptbuch auf die Dauer nicht aus, weil ich auf dem Lande geboren und groß geworden bin."

„Hm!" grunzte der Aufseher, „tut mir leid, aber ich kann dich nicht anstellen, das wäre gegen meine Order. Gehe aber einmal ins Haus hinein und versuche dein Heil bei Mr. Kibley. Das ist der Boß (das Wort „Boß" ist aus dem holländischen „Baas" entstanden und bedeutet soviel wie Arbeitgeber oder Herr) der Farm. Vielleicht hast du Glück bei ihm."

„Ist er der Eigentümer dieser Farm?" fragte Winston.

„Eigentümer?" wiederholte der Aufseher mit breitem Grinsen. „Well, bis jetzt noch nicht und wird's wohl auch nie werden. Dies ist eine der vielen Farmen, die dem alten Smist gehören und Mr. Kibley und seine Schwester sind weiter nichts als die Verwalter. Vergiß das nicht, mein Sohn."

Der Aufseher ließ ihn stehen und Winston beschloß ohne Verzug den ihm gegebenen Rat zu befolgen. Er öffnete das Gitter, welches das kleine Wohnhaus von der für die Arbeiter bestimmten Holzbaracke abschloß, schritt den mit Kies bestreuten Pfad entlang bis an die Veranda und klopfte, da er keine Klingel sah, fest gegen die Haustür. Eine Frau von sehr wenig vertrauenerweckendem Aeußeren, in deren Gesicht häßliche und gemeine Charaktereigenschaften unauslöschliche Furchen eingegraben hatten, öffneten ihm.

„Du bist mir ein netter Kerl!" sagte die Frau, „das kann man dir schon von weitem ansehen. Mach', daß du wegkommst, du fauler Tagedieb, oder ich hetze die Hunde auf dich. Das fehlte noch, daß wir zu all den nichtsnutzigen „Händen" auch noch einen hergelaufenen Tramp füttern. Scher dich zum Teufel, Landstreicher!"

„Entschuldigen Sie, Madame," versetzte Winston und zog dabei linkisch seinen Hut vom Kopfe, „ich bin kein Bettler und wünsche auch nichts geschenkt von Ihnen. Der Aufseher hat mich an Mr. Kibley gewiesen und ich möchte gern mit ihm sprechen. Ich suche Arbeit, Madame, weiter nichts, und das ist doch kein Verbrechen."

Die alte Hexe war im Punkte höflicher Umgangsformen nicht sehr verwöhnt. Es schmeichelte ihr, daß der Landstreicher sie „Madame" anredete und sie antwortete daher etwas weniger scharf:

„Bleibe einen Augenblick stehen, wo du bist, und ich werde meinen Bruder rufen. Dem kannst du sagen, was du willst."

Einen Augenblick später stand Mr. Kibley vor Winston und schaute ihn aus triefenden Augen an. Sein Gesicht zeigte eine überraschende Aehnlichkeit mit dem seiner Schwester, nur trat der Ausdruck des Gemeinen und Schmutzigen noch schärfer bei ihm hervor.

„Ich werde einige „Hände" morgen von der Farm jagen," sagte er, „und will es mit dir versuchen. Kannst du auch fahren?"

„Ja," entgegnete selbstbewußt Winston, der ein vorzüglicher Rosselenker war.

„All right dann, morgen kannst du anfangen. Wenn du einschlägst, magst du als Fuhrmann bleiben. Lohn: ein Dollar fünfundzwanzig Cent pro Tag und das Essen. Einverstanden?"

„Mir soll's recht sein," entgegnete Winston und Kibley schlug die Tür vor seiner Nase zu.

Der Landstreicher grinste. „Herrgott," rief er aus, „habe ich ein Glück! Nach drei Wochen der Walze auf der Landstraße winkt mir endlich Arbeit, und was für Arbeit. Scheinen übrigens recht liebe, gemütliche Leute zu sein, die Dame und der Herr da drinnen!"

Er verließ die Veranda und blieb nachdenklich stehen.

(Fortsetzung folgt.)

Abonnementspreis
für Bielefeld und Umgegend, sowie bei sämtlichen Agenturen frei ins Haus gebracht 60 Pfg. monatlich. Durch die Post bezogen 1,80 M. vierteljährlich exklusive Bestellgeld.
Einzelnummer 10 Pfg.

Erscheinungstage
mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage täglich nachmittags.

Fernsprech-Anschluß Nr. 353.

Nr. 61.

Die heutige Nummer einschließlich der Unterhaltun

Die Scharfma Arbeiter

Ueber dieses immer zeitgem „Correspondenzblatt der Gener Deutschlands" folgendes:

„Alljährlich um die Fasching früher, erscheinen in der bürgerl die „Verschwendungen der Arbe und gewerkschaftliche Organisat wiederholt diese literarischen Er als dreisten und gleichzeitig plu können und einzelne bürgerliche Hand von dieser Sorte Bekämp Besonders ist es aber die von gepeitschte Presse, sowie seit einig blätter, die sich von dem alten

Neuerdings hat auch die „ ausgerechnet ein Organ der ver politik, bei dieser Uebung ihr a In einem an leitender Stelle Sozialdemokratie und die Arb einigen Zahlen der sozialdemokr vorgehen soll, daß nur geringfü der Arbeiter Verwendung find für Erweiterungsbauten der D gegeben werden. Damit soll „Mißbrauch sondergleichen", der beiter betrieben wird, erbracht

Das Blatt der Kohlengruben „nationalliberal" figuriert, wen politische Partei keine Versiche träge, die die Arbeiter für ihre ausschließlich zum Zwecke der hört natürlich auch die Sorge u eines der wichtigsten Propagand bewegung. Daß auch die „P sind, liegt ganz im Sinne der „ die die Unterdrückung des frei und ihre Mitarbeiter ohne pi setzt, wenn sie sich gegen ein U

Aber das Blatt begnügt sich der sozialdemokratischen Partei auch den Stab über die G Verschwendung der Arbeitergro weiß:

„Besonders charakteristisch freundliche Haltung der sozialdemokratischen Zahlen der sozialdemokratischen men betrugen in diesem Jahre wurden fast 21 Millionen Ma ausgegeben, also 41 Prozent vo vierte Teil dieses Betrages, nä trugen die Unterstützungen der Summe, 5,9 Millionen Mark, beträgt der Jahresbeitrag eines schaften durchschnittlich ungefäh von 15 bis 90 Mark gezahlt we geht ganz besonders klar und de grochen der Arbeiter in der Mißbrauch sondergleichen getri

Uns scheint, aus diesen Zahl „Rheinisch-Westfälische Zeitung eigene Begriffe hat, deren Bew Oeffentlichkeit überlassen. Die sind vollständig erschwindelt. D 1908 stammen; für dieses Jahr mäßige Veröffentlichung über der Gewerkschaften erfolgt. Wi Zahlen über die gewerkschaftlic bisher nur solche von vereinzel oder Juli ist auch kaum dam abrechnungen der Gewerkschafte bearbeitet sein können.

Die Statistik der Gewerksch der Statistischen Beilage Nr. 6 gangs veröffentlicht und auch Deutschen Reiches übernommen anderen als den von der „Rhe dichteten Zahlen auf. Demnach Gewerkschaften im Jahre 1907 fielen auf Arbeitslosenunterstü unterstützung 869 148 Mark, au Mark, auf Beihilfe in Not- u auf Invalidenunterstützung 384 Gemaßregelter 1 010 045 Mark fachender 346 773 Mark. Insges stützungszweige 14 006 735 Ma stützung streikender und vom Ur beiter wurden ferner 13 196 36 letzteren 13 Millionen Mark 6 147 079 Mark auf die Ausp nehmertum im Jahre 1907 die knebeln suchte. Wir verstehen e Zeitung" von dieser Zahl nichts davon berichtet; denn gerade d Absichten der Unternehmer ei Das Unternehmertum wollte in die gleiche Niederlage beibringe rung der politisch Indifferenten Sozialdemokratie angeblich zug wie das andere gelungen. Eben kräftig genug waren, um die a beiter über Wass zu halten, n vom Schlage der „Rheinisch werden. Daß dieses Scharfma rächen sucht, daß es erschwindelt in die Welt setzt, zeugt davon, schaftlich organisierten Arbeite haben.